

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beilage. — Die Einzelnummer kostet 20 Bfg. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postkontos Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig:**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Bfg., bei Platzvorschrift 40 Bfg. Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Bfg. Familienanzeigen von Privatisten die 10gep. Kolonelle mit 50%. Nachl. Anzeigen 2 M. Inlerate o. ausw. die 10gep. Kolonelle 40 Bfg. bei Platzvorschrift 50 Bfg. Anzeigen 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigbüchse und alle Postanstalten entgegen

Fast 2 Millionen Arbeitslose

Zunahme um 400 000 in 2 Wochen

Das Reichsarbeitsministerium veröffentlicht soeben die in der Arbeitslosenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung festgestellten Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger am 31. Dezember des vergangenen Jahres. Die Zunahme, die das Ministerium dabei mitgeteilt hat, ist nicht weniger als 398 000 Arbeitslose. In der Zeit vom 15. bis zum 31. Dezember neu in die Unterstühtungsberetigung hineingekommen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen erreicht damit wiederum eine Katastrophenhöhe.

Die Höchstzahl der unterstützten Arbeitslosen einschließlich der Rotstandsarbeiter wurde am 15. Januar 1927 verzeichnet und auf 2 082 000 beziffert. Der Rückgang dieser Zahl bis auf 518 800 am 15. Oktober 1927 ist von dem gesamten Bürgerium sowohl mit Erleichterung, als auch mit großer Genugtuung aufgenommen worden. Der gloriose Bilanzbericht soll die Grundlagen für dieses Abnehmens der Arbeitslosigkeit geschaffen haben. Dabei beruhen die statistischen Vergleiche zu einem erheblichen Teile auf Täuschung. Es ist durch eine sehr scharfe Aushebung der älteren und erwerbsbeschränkten Arbeitslosen, eine willkürliche Verminderung der Zahlen der Statistik erfolgt. Davon schließt die gesamte bürgerliche Öffentlichkeit. Das Schicksal der Arbeitslosen verfallt ja im Dunkel der Wohlfahrtspflege.

Nun verdirbt der Winter das schöne Konzept der Bürgerblockpartei für den kommenden Wahlkampf. In zwei Monaten, von Mitte Oktober bis Mitte Dezember, verdoppelte sich bereits wieder die Zahl der Arbeitslosen, die wohl aber über aus der Arbeitslosenversicherung, oder aus der Arbeitslosenversicherung, oder auch mit Rotstandsarbeiten beschäftigt werden mußten. Die letzte Dezemberhälfte hat dazu noch den weiteren Zugang von

298 000 gebracht, so daß also am Jahresende 1927 die Zahl der unterstützten Arbeitslosen und der Rotstandsarbeiter zusammen etwa 1 440 000 betragen haben wird. Die Kurve der Arbeitslosigkeit stand am Ende des Jahres 1927 wieder auf rund 70 Prozent ihres Höchststandes am 15. Januar 1927.

Das alles sind Ergebnisse eines Vergleichs der amtlichen Zahlen. Wie schon so oft, weisen wir aber auch sehr wieder darauf hin, daß in diese Zahlen nicht alle Arbeitslosen einbezogen sind. Genau läßt sich das Verhältnis der aus irgendwelchen Gründen nicht aus der staatlichen Fürsorge bzw. Versicherung unterstützten Arbeitslosen zur Zahl der Unterstützten nicht feststellen. Vielfache Schätzversuche haben aber als wahrscheinlich erkennen lassen, daß die offiziellen Zahlen um rund 30 Prozent erhöht werden müssen. Nimmt man eine entsprechende Erhöhung der offiziellen Arbeitslosenziffer für Ende 1927 vor, so kommt man auf eine wahrheitliche Gesamtzahl von nicht viel weniger als 1.9 Millionen.

Durch das Moskauer Telegraphenbureau verbreitet das Reichsarbeitsministerium einen Kommentar, der die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit aus weiteren Zugängen aus den Saisonberufen, aus der Einbüdung der Verminderung der Bauarbeit auf die Bau- und Bergbauarbeiten und aus dem Nachlassen der Beschäftigung in manchen Gewerben nach der Hochspannung des Weihnachtsgeschäftes zu erklären versucht. Der Kommentar schließt mit der Bemerkung: „Ob darüber hinaus in der Zunahme der Arbeitslosigkeit auch eine beginnende Abschwächung der Konjunktur zum Ausdruck kommt, läßt sich zur Zeit noch in keiner Weise übersehen.“ Es muß jedoch so wenig mit einem in Bezug auf die Konjunkturaussichten bedenklichen Momenten, daß trotz längerer Winter und nach den vorliegenden Berichten auch seit dem 1. Januar eine weitere Verminderung der Arbeitslosigkeit erfolgt ist.

Den englischen Wahlen näher!

Su den Nachwahlliegen der Labour Party

Der Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei in Northampton, der vor einigen Tagen gemeldet wurde, ist in der 35. Wahlkreiswahl, die seit den Neuwahlen im Jahre 1924 stattgefunden haben, erkämpft worden. Die Ergebnisse dieser 35. Nachwahlen sind insofern bemerkenswert, als die Konservativen dabei einen Verlust von 5 Mandaten zu verzeichnen haben, während die Liberalen 1 und die Arbeiterpartei 7 Mandate gewinnen konnten. In früheren Zeiten ist ein solcher Ausfall der Nachwahlen für die jeweilige Regierung meist der Anlaß gewesen, das Parlament noch vor dem Ablauf der Session aufzulösen, um durch Neuwahlen eine Zusammenfassung herbeizuführen, die dem Stimmungsumschwung der Wähler entspricht. Die jetzige Regierung Baldwin scheint diese Absicht nicht zu haben. Obwohl die Konservative Partei ganz eindeutig in starkem Maße an Anhang verloren hat, will sie dieses Parlament möglichst noch ein volles Jahr zusammenhalten. Ihre Mehrheit ist freilich auch außerordentlich stark. So stark, daß sie noch gut 35 Nachwahlen ertragen könnte, auch wenn sie alle mit Niederlagen für sie enden würden.

Ihren großen Sieg bei den Wahlen 1924 errangen die Konservativen bekanntlich durch einen großzügigen Wahlschwund, den sogenannten *Sinowjew-Brick*. Mit ihm gelang es ihnen, die englischen Bürger in eine so unheimliche Hoffschwermstung hineinzujagen, daß sie sich in ihrer Angst hemmungslos in die Arme der Konservativen warfen. Damit würde das Ende der ersten Arbeiterregierung besiegelt, die, wenn sie schon keine entscheidende Wendung in Englands innerer und äußerer Politik gebracht, so doch immerhin bei Durchschnitshürger einen Schreden in die Glieder gesetzt hatte. Nun ist zwar die englische Arbeiterpartei alles andere als sozialistisch und schon gar nicht revolutionär. Aber allein die Wahrnehmung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung im Parlament durch sie ist der kapitalistischen Klasse und ihren freiwilligen Helfstruppen ein Grauel. Besonders in England, wo ja Konservative und Liberale jahrzehntelang die Aufsicht vertreten haben, daß eine selbständige Arbeiterpartei völlig überflüssig ist, da die Arbeiterinteressen von ihnen, den Konservativen und Liberalen, ebensogut vertreten würden. Es hat lange genug gedauert, ehe ein großer Teil der englischen Arbeiter die Notwendigkeit eigener Klassenorganisationen anerkannte. Je mehr sich diese dann durchsetzten, um so heftiger wurde der Kampf, den die bürgerlichen Parteien gegen sie führten.

Dieser Kampf gegen die Trade Union und die Labour Party hat während der gegenwärtigen Parlamentsdauer eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Der Ministerpräsident Baldwin galt zwar immer als ein „Mann des Ausgleichs“, als einer, der selbst im Kampfe gegen den rechten Flügel der Konservativen im Vordergrund steht. Noch als er das Amt des Ministerpräsidenten schon übernommen hatte, predigte er den „inneren Frieden“, den herbeizuführen die Aufgabe seiner Regierung sein werde. Über diesen „inneren Frieden“ sollte sein wahres Gesicht sehr bald zeigen. Mit dem Feldzug gegen den Bolschewismus begann die Regierung ihren radikal-reaktionären Kurs, um ihn dann zu einem großzügigen Generalangriff auf die gesamte Arbeiterklasse, ihre wirtschaftliche Lage, und ihre Rechte zu erweitern. Unter der Regierung des „Mannes des Ausgleichs“ führte die Bourgeoisie ihr Attentat gegen die Bergarbeiter durch und dann auch den Kampf gegen die Arbeiter anderer Industrien. Was sich früher konservative Regierungen nicht gewagt hatten, die Regierung Baldwin wagte es: das Gesetz gegen die Gewerkschaften, mit dessen Hilfe die politische Bewegung der Arbeiterklasse vernichtet werden sollte. Der Streik ist mäßigungen. Die englischen Gewerkschaften haben den übermächtigen Teil ihrer Mitglieder von der Notwendigkeit der Entlastung von Beiträgen für die Labour Party überzeugen können, so daß nach den vorliegenden Berichten eine finanzielle Schwächung der Labour Party wenigstens in empfindlichem Maße nicht eingetreten ist. Trotzdem aber ist das Gewerkschaftsgesetz ein Dokument dafür, daß auch im Mutterlande der Demokratie die Bourgeoisie die Grundsätze ihrer Demokratie zertrampelt, wenn es gilt, den Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten. Es können hier nicht im einzelnen alle reaktionären Maßnahmen der Baldwin-Regierung und des Parlaments aufgezählt werden. Es sei zusammenfassend nur daran erinnert, daß alle von der Arbeiterregierung vorgehenden sozialen Pläne — das großzügige Wohnungsbaugesetz! — fallengelassen worden sind und daß eben erst vor wenigen Wochen auch die Arbeitslosenfürsorgegesetzgebung verschlechtert worden ist.

Diese Tatsachen im Zusammenhang mit der fast unvermindert fortbestehenden starken Arbeitslosigkeit bezeugen die tiefe Kluft, die zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie besteht. Wäre es nicht England, so würde man die Meldungen, daß gerade in dieser Situation Verhandlungen zwischen dem Generalrat der Gewerkschaften und führenden Industriellen auf-

Die Kommunistenhab in Frankreich

Die Kammer beschließt die Verhaftung der fünf kommunistischen Deputierten

Mit Hilfe der Radikalen Partei

SWD Paris, 12. Januar.

In der Donnerstagsitzung der Kammer, die sich schon äußerlich — die Minister sind mit Ausnahme Painlevés vollständig erschienen und die Tribünen sind überfüllt — als großes politisches Ereignis ankündigt, hielt der zum Präsidenten wiedergewählte sozialistische Abgeordnete Bouisson zunächst eine längere Rede. Er gab darin einen Rückblick über die geschichtliche Arbeit des französischen Parlamentes im vergangenen Jahre und betonte vor allem die von der Kammermehrheit der Briandischen Politik gewährte Unterstützung. Das Recht der parlamentarischen Kontrolle sei unversehrt und unbestritten geblieben; es möge auch in der Zukunft zumal wenn die Revision des Dawesplans zur Debatte stehen sollte, so bleiben. Hierauf wählte der Präsident die Fortschritte, die auf finanziellen Gebieten gemacht worden sind, erklärte jedoch, daß die Steuerlasten, die auf Konsum und Erzeugung in Frankreich liegen, zu schwer seien und eine Änderung des gegenwärtigen Steuersystems in der nächsten Zeit unerlässlich sein würde. Unter dem Vorbehalt, die die Kammer vor den Neuwahlen noch zu leisten hat, hob der französische Kammerpräsident die Erledigung der Sozialversicherung und des Siedlungsgesetzes hervor. — Diese Rede wurde von der Kammer mit großem Beifall aufgenommen.

Die Sitzung wurde dann unterbrochen, um den Ministern, die Mitglieder des Senats sind, die Teilnahme an der Wahl seines Präsidiums zu ermöglichen.

Inzwischen herrschte innerhalb und außerhalb des Kammergebäudes große Erregung wegen der Entscheidung über das Schicksal der verurteilten 5 kommunistischen Abgeordneten, von denen nur Cachin und Bailly-Latour erschienen waren.

Die Polizei hatte am Donnerstag wiederum außerordentliche Maßnahmen ergriffen; der Polizeipräsident von Paris war selbst mit den höchsten Beamten in Aktion getreten.

Als die Sitzung wieder eröffnet war, forderte Genosse Ury im Namen der sozialistischen Fraktion die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Immunität der kommunistischen Abgeordneten. Der Justizminister erklärte, daß die Verurteilung der sozialistischen Abgeordneten und die Verhaftung der Verurteilten.

Im weiteren Verlauf der Debatte, in der Kammer steigerte sich die Erregung der Abgeordneten außerordentlich. Als Justizminister Barthou gesprochen hatte, kam gleich

Marcel Cachin

zum Wort, der in geschickter Weise dagegen protestierte, daß die Regierung ihn abwechselnd im Gefängnis, in der Kammer und wieder im Gefängnis haben wolle. Die kommunistischen Abgeordneten würden sich zu einem solchen Spiel nicht hergeben, und nichts werde sie von der Ausübung ihrer Pflichten abhalten. „Wir sind hierhergeschickt worden, um unsere Ideen ehrlich zu vertreten; unsere Wähler sind ebensoviel wert wie die Thesen. Sie haben das Recht, hier vertreten zu sein!“ Dann bestieg der Sozialist Leon Blum

die Tribüne, dessen Ausführungen einen außerordentlich starken Eindruck auf die Kammer machten. Er verlangte die Beobachtung der Verfassung, die nur eine Deutung, die im Sinne der Aufrechterhaltung der parlamentarischen Immunität, zulasse. Die Regierung solle die Vertrauensfrage nur, um jene Abgeordneten, deren Einstellung sie nicht ändern wolle, zur Stimmabgabe für sich zu zwingen. Zu den Radikalen geworden, rief Blum aus: „Hier sollen Abgeordnete auf Grund jener Ausnahmebestimmungen verurteilt werden, deren Beseitigung Sie gefordert haben. Ihr Republikanismus wolle das akzeptieren, ich kann es nicht glauben!“

Ministerpräsident Poincaré springt auf, Blum aber spricht weiter, indem er den Unterrichtsminister Herriot persönlich apostrophiert, der einmal den Präsidentenstuhl der Kammer verlassen hatte, um gegen die von Caillaux zur Sanierung der Finanzen geforderten Ausnahmebestimmungen zu protestieren. Blum fragt Herriot direkt, ob er, nachdem er damals durch sein Auftreten den Sturz des Kabinetts herbeigeführt hatte, wieder für das Recht der Immunität in die Arena steigen würde. Blum schließt mit den Worten: „Das politische Problem stellt sich in seiner ganzen Bedeutung dar. Die Republikaner müssen es lösen.“

Die Aufregung hat ihren Höhepunkt erreicht. Die Lage der Regierung ist kritisch. Da verlangen ihre Freunde Unterbrechung der Sitzung, die beschlossen wird.

Die radikale Fraktion trat sich zusammen. Auch Poincaré und Justizminister Barthou waren in der Beratung. Nach einer halben Stunde wird die Kammer Sitzung wieder aufgenommen. Poincaré vertritt nochmals den Standpunkt der Regierung. Nach einer kurzen Rede des Präsidenten der Radikalen Partei, Daladier, in der er die Ausnahmebestimmungen ablehnt und erklärt, gegen die Regierung stimmen zu müssen, kommt es zur

Abstimmung.

Sie ergibt die Ablehnung des sozialistischen Antrags mit 310 gegen 227 Stimmen. Diese relativ große Mehrheit für die Regierung kann nur damit erklärt werden, daß die Kammer vor einem Sturz Poincarés im gegenwärtigen Augenblick zurückdrückte. Hierauf beantragt Genosse Ury, daß die verurteilten Kommunisten ergriffen Ablauf der Wahlperiode verhaftet werden dürfen. Auch dieser Antrag wird mit 298 gegen 229 Stimmen abgelehnt.

Beim Verlassen des Kammergebäudes wurden Cachin und Bailly-Latour verhaftet und im Automobil ins Gefängnis gebracht.

Ein großes Volksaufgebot hielt den Platz besetzt. Immerhin hatten sich gegen 1000 Personen versammelt, die im Augenblick der Verhaftung „Es lebe Cachin“ riefen. Die Kammerabstimmung dürfte zu einer Krise in der Radikalen Partei führen. Ihr Präsident, Daladier (der nicht Präsident der Fraktion ist, Red.), soll keinen Rücktritt beabsichtigen, weil ihm die Fraktion nicht gefolgt ist. 60 Radikale stimmen für die Regierung, 44 gegen sie, während sich etwa 30 der Stimme enthielten. Auch Herriot wählte sich als Mitglied des Kabinetts Poincaré nicht mehr angehend von seiner Partei unterstützt.

Faschismus in Belgien

Zerstörung einer Sowjetausstellung in Brüssel

Studenten als Vandalen

SPD Brüssel, 12. Januar.

In der vorigen Woche wurde in Brüssel eine recht interessante Sowjetausstellung eröffnet, die das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Leben Sowjetrußlands illustrieren soll. Am Donnerstagabend begaben sich etwa 100 faschistische Studenten zur Ausstellung, verschafften sich mit Gewalt Ein- und zertrümmerten Fenster, Bücher, Bilder, statistische Tabellen sowie eine große Anzahl ausgelegter Gegenstände. Zum Glück wurden die faschistischen Vandalen durch ein Alarm-Signal ihrer draußen gebildeten Kameraden verjagt, ehe sie die wertvollsten Kunstgegenstände vernichten konnten. Weiter glänzte die Polizei durch Abwesenheit, so daß die Vandalen unbehindert waren. Kurz darauf begab sich der Bürgermeister an Ort und Stelle. Eine strenge Untersuchung ist bereits eingeleitet worden.

In Arbeiterkreisen herrscht über diesen Vandalentat große Empörung. Man ist entschlossen, derartige Methoden in Belgien auf keinen Fall einzulassen.

Das Wollfische Telegraphenbüro meldet ergänzend dazu: Die gemeldeten Studentenausstellungen ereigneten sich heute nachmittag bei der Eröffnung der von der Gesellschaft für intellektuelle Beziehungen zwischen Belgien und Rußland veranstalteten Ausstellung. Die Studenten, die die auffälligen Vandalen waren, zerstörten u. a. die Fenster, zertrümmerten aufgehängte Gemälde und ausgehängte Tafeln mit statistischen Angaben. Als sie ihr Zerstörungswerk vollendet hatten, jagten sich die Studenten geschlossen zurück, wobei sie Flugblätter zurückließen, die die Unterschrift tragen: „Die nationale belgische Jugend.“

Die Räume, in denen die sowjetische Wanderausstellung untergebracht war, bieten ein Bild trübsaler Zerstörung. Papier, Bücher, Glasgeräten, Stoffen bedecken den Boden meterhoch im wüsten Durcheinander. Nur ein Schrank, in dem sich hauptsächlich Kunstwerke befanden, blieb verschont. Das Zerstörungswerk vollzog sich, wie Augenzeugen berichten, in wenigen Augenblicken. Zuerst ging eine Blüte Lenins in Trümmer. Unter ohrenbetäubendem Lärm wurde hierauf von den 60 Studenten das gesamte übrige Mobiliar, Plakate, Bilder, Tafeln, Schaustafeln und Vorhänge demoliert. Ähnliche Szenen spielten sich gleichzeitig in dem

oberen Stockwerk, wo sich gleichfalls Ausstellungsräume befanden, ab.

Der Schaden der von Studenten zerstörten Sowjetausstellung wird auf etwa 30 000 Franken geschätzt.

Der Kampf gegen die Alt-Bolschewisten Die Deportationen werden durchgeführt

SPD Berlin, 13. Januar. (Radio.)

Wie der Vorwärts erfährt, hat ein Teil der zur Verhaftung bestimmten russischen Alt-Bolschewisten den Weg in die Verbannung bereits antreten müssen, so der sehr bekannte Revolutionist Sosnowski, der ebenso wie zwei andere Verbannungs von zahlreichen jugendlichen Anhängern der Opposition auf den Bahnhof begleitet wurde, die aus ihrer Sympathie mit dem Verbannten durchaus keinen Hehl machten.

Sinowjew und Kamenev sind nach dem kleinen kaukasischen Ort Zuchum verschickt worden. Dort gibt es fast gar keine Arbeiter und die ehemals Mächtigsten werden dort unter Polizeiaufsicht stehen. Trotzki wohnt noch in Moskau, und zwar in der stilleren Wohnung des gewesenen Innenministers Jeloborobow, der jetzt als Mechaniker in einer Fabrik arbeitet. Die materiellen Verhältnisse Trotzki sind nicht so dürftig, wie vielfach angenommen wird. Er hat noch Einkünfte vom Staatsverlag, in dem seine Werke erschienen sind, darf jedoch nicht mehr als 200 Rubel im Monat beziehen. Dieser Betrag ist das offizielle Höchstmaß für Kommunisten, da sie nicht als „Bourgeois leben“ sollen. Allerdings wird diese Gehaltsgrenze bei den Nachhabern durch Naturalzulagen wesentlich überschritten.

Karl Radek ist gleichfalls nach in Moskau und seine Wohnung ist das Stützpunkt zahlreicher Besucher, die dort geradezu Versammlungen abhalten. Die Tscheta ist von diesen Versammlungen um so stärker unterrichtet, als ein Teil der Besucher sicherlich in ihrem Solde steht.

Das Reichsorgan der kommunistischen Opposition veröffentlicht an der Spitze des Blattes einen Protest gegen die Verbannung der russischen Oppositionellen, die als ein Verbrechen an Lenins Erbe und an der internationalen Arbeiterbewegung bezeichnet wird.

genommen worden sind, kaum glaubhaft finden. Aber in England sind sie eben möglich. Nach einer starken radikalen Welle, die die Gewerkschaften in den Jahren 1920 bis 1926 überflutete, ist jetzt eine tiefergehende Reaktion eingetreten. Die Führung der Gewerkschaften scheint der Auffassung zu sein, daß sie nicht so sehr durch die Vorbereitung neuer Kampfmaßnahmen und durch fortgesetzte Stärkung des Klassenbewußtseins ihrer Mitglieder die Macht der Arbeiterbewegung festigen und schließlich auch die Lage der Arbeiterklasse heben könne, als vielmehr durch gemeinsame Verhandlungen mit den führenden Kapitalisten, bei denen es darauf ankomme, sie im Guten zu einem Eingehen auf die Arbeiterforderungen zu bewegen. Es ist klar, daß diese Taktik fehlerhaft ist, denn wenn schon die Bourgeoisie die Verhandlungen für den „industriellen Frieden“ führt, dann wird dieser Frieden eben doch nur erreicht werden, wenn sich die Arbeiterklasse den Forderungen der Bourgeoisie völlig unterwirft. Das werden die Führer der englischen Gewerkschaften nicht tun können. Und so werden sie über kurz oder lang wieder zu Kampfmaßnahmen übergehen müssen, trotz aller Verneinung des Klassenkampfes durch sie. Je weniger den Gewerkschaften die augenblickliche Taktik schadet und je mehr sie die Schwächung der letzten Jahre ausweichen können, desto stärker wird der Erfolg sein, der diese Maßnahmen schließlich doch begleiten muß.

Es ist eine auffällige Erscheinung, daß trotz der Schwächung der Gewerkschaften die Arbeiterpartei an Vertrauen bei dem englischen Proletariat nichts eingebüßt hat. Der Sieg in Northampton ist gewiß nicht überwältigend. Die Arbeiterpartei gewann hier nur 500 Stimmen und hat noch immer über 10 000 Stimmen weniger als die Kandidaten der gegnerischen Parteien. Aber er ist erfreulich insofern, als auch er wieder beweist, daß die Überzeugung von der Notwendigkeit einer eigenen politischen Arbeiterbewegung in den Proletariaten jetzt fest verankert ist. Das wird sich bei den kommenden allgemeinen Wahlen, die vermutlich erst Anfang 1929 stattfinden werden, noch stärker erweisen. Da wird die Arbeiterpartei den Konservativen wahrscheinlich einige Dutzend Mandate abnehmen. Dann wird sie zu zeigen haben, inwieweit sie sich ihrer Aufgaben als Arbeiterpartei selbst schon bewußt ist. Die Arbeiterklasse wird dann von ihr nicht nur eine Korrektur der Ergebnisse der vierjährigen Reaktionsperiode fordern, sondern darüber hinaus auch eine selbständige Politik, die zuerst und ausschließlich den Interessen des Proletariats dient. Ob die Arbeiterpartei bei der in ihr vorherrschenden Ideologie diese Forderung wird erfüllen können? Wahrscheinlich ist, daß erst mit den immer größer und heftiger werdenden Kämpfen die Arbeiterpartei zu einer bewußten Klassenpartei wird, die mit revolutionären Mitteln dem Sozialismus zustrebt.

Ablehnende Antwort an Briand

SPD Paris, 12. Januar.

Die Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg auf das Schreiben Briands hinsichtlich des Antikriegspaktes ist am Donnerstag in Paris eingetroffen. Den Abendblättern zufolge, die englische Informationen wiedergeben, soll darin die französische Forderung kategorisch abgelehnt sein. Nichtsdestoweniger sollen die Verhandlungen weitergeführt werden.

Washington, 12. Januar.

In der von Kellogg nach längerer Besprechung mit Briand verfaßten Antwort an Briand wird ausgeführt, daß das Staatsdepartement Briands Gegenantrag über einen Kriegsverzichtsvertrag in zwei Punkten nicht zustimmen könne. Erstens habe es den gleichzeitigen Abschluß eines solchen Vertrags mit Deutschland, England, Italien und Japan für eine wesentliche Bedingung. Das Staatsdepartement verspreche sich keinen Vorteil davon, wenn zunächst nur Amerika und Frankreich diesen Vertrag unterzeichneten und erst dann den anderen Staaten den Beitritt nahelegen würden, da dieser Weg die Gefahr in sich birgt, daß die anderen Staaten mit dem Wortlaut nicht einverstanden sein könnten. Dadurch würde das Vertragswerk erschwert oder ganz unmöglich gemacht. Zweitens stelle Briands Vorschlag auf einen Angreifungsvertrag eine so starke Einengung des ursprünglichen Plans dar, daß dessen Zweck illusorisch werde. Amerika schlage daher vor, man solle auf der Basis des ursprünglichen Vorschlags Briands gleichzeitig mit den genannten Staaten in Verhandlungen eintreten. Der Inhalt der Antwort ist eine weitere Behauptung für die hier immer wieder dargestellte Politik, daß die Regierung der Vereinigten Staaten und der Senat keinen Sondervertrag mit Frankreich abschließen und ihm keine Sonderstellung vor den anderen europäischen Großmächten, unter die auch Deutschland zähle, einräumen wolle.

Die Reparationschwindelen

U Paris, 12. Januar.

Die Untersuchung in der Angelegenheit der Betrügereien auf Reparationskonto nimmt ihren Fortgang. Sie wurde nunmehr auch auf Chartres, Meaux und Reims ausgedehnt. Nach Mitteilungen des Finanzministeriums soll durch die Angelegenheit auf schließlich der französische Staat geschädigt worden sein. Die Schätzungen über den Umfang der Betrügereien gehen weit auseinander. Die Angaben schwanken zwischen 40 und 400 Millionen Franken. Bei den in Betracht kommenden Geschäftskonten und Geschäftshäusern wurden zahlreiche Dokumente beschlagnahmt. Einem Abendblatt zufolge sollen ähnliche Operationen auch in Belgrad stattgefunden haben und Ende November des vorigen Jahres der französischen Regierung mitgeteilt worden sein. Doch habe man ihnen damals noch keine große Bedeutung beigemessen.

Erhöhung der Eisenpreise

Zug einmütiger Abwehr der Öffentlichkeit

WIB Düsseldorf, 12. Januar.

In der heutigen Sitzung des Stahlwerksverbandes herrscht Übereinstimmung darüber, daß sowohl Formeisen und Stabeisen in Frage kommt, ein Preisaufschlag von drei Mark je Tonne das Mindeste dessen darstelle, was unter den heutigen Verhältnissen gefordert werden müsse, um ein einigermaßen wirtschaftliches Arbeiten zu ermöglichen. Dementsprechend wurden folgende Erhöhungen beschlossen:

Für Formeisen und Stabeisen drei Mark je Tonne, ferner wurde der Aufpreis für Lieferung in Eisenmarktweite für U-Profile und Stabeisen auf acht Mark je Tonne festgelegt. Der Grundpreis für Thomasgüße beträgt für Formeisen auf Frachtgrundlage Oberhausen 134 Mark, Frachtgrundlage Aachen 133 Mark. In welchem Ausmaß eine Preiserhöhung für die sonstigen Walzwerkzeugnisse Platz greifen muß, wird noch geprüft.

Hinter den Kulissen der Devoli

Film und Politik

„Die Devoli ist ein nach rein kaufmännischen Grundzügen aufgebautes, großzügiges Reklame-Unternehmen.“ So heißt es in einer Berichtigung, die die Geschäftsleitung der Devoli an den großen deutschen Presseversender hat. Auch wir wurden bereits mit zwei ihrer Reklameartikel beehrt, die in Form von Berichtigungen verpackt worden sind. Daraus ergibt sich, daß an dem obigen Satz nicht zu zweifeln ist. Die Devoli hat Geld, woher es stammt, ist eine andere Frage. Sie verfügt über ein reichhaltiges Arbeitspersonal. Ob dieses an den geheimnisvollen Geldquellen in Form entsprechender Gehälter beteiligt ist, siehe ebenfalls. Zuletzt aber versteht die Devoli Reklame zu machen, und das soll nicht bestritten werden. Damit aber ergibt sich von selbst, daß dieser neuen Gründung alle Aufmerksamkeit zugewendet werden muß. Dies um so mehr, als ihre Berichtigungen ganz offensichtlich den Tatsachen zu widersprechen scheinen.

Die uns zuletzt übersandte Berichtigung enthält zunächst den eingangs wiedergegebenen Satz. Dann fährt sie fort:

„Die Deutschnationale Volkspartei oder Herr Geheimrat Hugenberg ist weder finanziell noch ideell an unserem Unternehmen beteiligt.“

Mit dem Reichsverein für vaterländische Lichtspiele stehen wir nur in geschäftlichen Beziehungen und erledigen dessen Aufträge genau so gegen Bezahlung, wie für jeden anderen, der sich unserer bedient.

Die Beteiligung des Grafen von der Schulenburg ist die eines Gesellschafters ohne politischen Hintergrund.

Ein Vertrag mit einer Münchener Firma besteht nicht. Wir beziehen unsere Filme von einer Berliner Firma und bringen wir nicht Filme nationalpolitischen Charakters, sondern Kultur-, Lehr- und völlig tendenzlose Unterhaltungsfilme.“

Zu diesen Reklameberichtigungen nimmt im Demokratischen Zeitungsdienst Rudolf Lantisch das Wort. Er bemerkt:

„Wenn die Devoli behauptet, zu den Tendenzen des Reichsvereins für vaterländische Lichtspiele keine Beziehungen zu haben, so schlägt sie damit der Wahrheit ins Gesicht. Sie hält sich auch wohlweislich, gegen die auch von dem Reichsfilmbund, dem offiziellen Organ des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterbesitzer, gebrauchten Mitteilungen zu nehmen, daß zwischen Herrn Claudius bzw. der Devoli und dem Reichsverein für Vater-

ländische Lichtspiele ein Monopolvertrag abgeschlossen ist, in dem Herr Claudius verpflichtet, für die Devoli nach den Tendenzen und ethischen Werten des Reichsvereins zu handeln und zu verfahren.“ Dieser Vertrag trägt das Datum vom 28. Mai 1927 und ist von Herrn Claudius einerseits und den Herren Dr. Dettler und Hauptmann a. D. von Paris andererseits unterzeichnet. Der Reichsverein aber, was hier nochmals betont sei, bezeichnet als seinen Zweck, Lichtbildstreifen zu produzieren und zu verbreiten, die „im Sinne deutscher Kunst nationale Gedanken pflegen“; er will „mit den Gespögenheiten der Filmbranche brechen, soweit es sich um unheimlichem Geiste beherrschte, geschäftliche Maschinen und um zersetzende, abbaubare Tendenzen“ handelt. Der Reichsverein setzt sich aus einer Reihe rechtsgerichteter Verbände zusammen, u. a. dem Deutsch-Völkischen Offiziersbund, Stahlhelm, Behrwolf, Widling und Ruffhauerbund. Es gehört wirklich viel dazu, wenn die Devoli, die übrigens jetzt schon begonnen hat, Mitglieder für den Reichsverein zu werben, die Stirn gegen ihren einstigen politischen Charakter zu legen.“

Der Leser beachte die in der Berichtigung der Devoli und weiter die in der berichtigten Berichtigung von Rudolf Lantisch fettgedruckten Sätze. An den konkreten Angaben Lantichs wird die Devoli nicht vorüberkommen. Wir erwarten also von der Devoli eine Berichtigung ihrer Berichtigung, die freilich in erster Linie an das Reichsfilmbund zu richten wäre. Im übrigen ist Reklame eine unter Umständen recht zweckmäßige Angelegenheit, vorausgesetzt naturgemäß, daß das Reklameunternehmen sich dabei nicht selbst desavouiert.

Die Frankfurter Zeitung bemerkt dazu: „Es wäre wünschenswert, wenn die Devoli zur völligen Klarstellung auch positiv mitteilen würde, wer in ihrem Aufsichtsrat sitzt und wer hinter ihr steht.“ Wir schließen uns diesem Wunsch an, und wenn schon die Devoli so produktiv und reklameeifrig Berichtigungen an die Blätter schickt, dann wäre hier die Möglichkeit vorhanden, der Öffentlichkeit weitergehende Klarheit zu verschaffen. Jedoch: Wer darf das Kind beim rechten Namen nennen...“

Noch war die Tinte nicht völlig trocken, mit der die vorstehenden Zeilen geschrieben waren, und schon erreichte uns eine neue Reklameberichtigung der Devoli zu einem Feuilleton in der Nummer vom 5. Januar, in dem über „Hugenberg's Tantschgwader“ gesprochen wurde. Dieser Ausdruck sei geeignet, das „rein geschäftliche Unternehmen... in ein falsches politisches Licht zu stellen.“ Wahr sei demgegenüber:

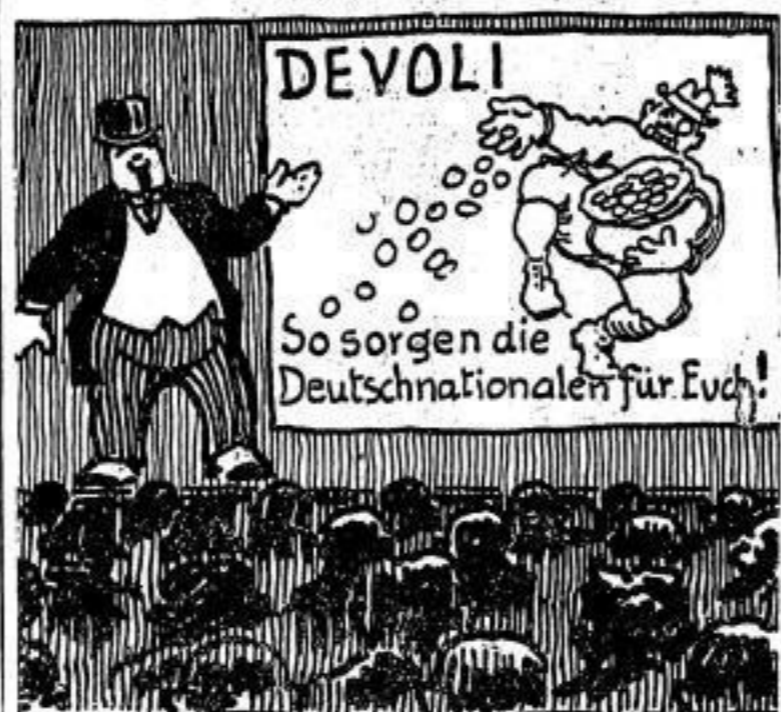
„Die Devoli ist ein reines Geschäftsunternehmen und bedeutet keine Gefahr für das sozialistische Proletariat. Der Ausdruck „Hugenberg's Tantschgwader“ ist eine irreführende bewußt falsche Bezeichnung. Die Devoli hat mit Herrn Hugenberg nichts zu tun.“

Also das „Hugenberg'sche Tantschgwader“ ist bis auf weiteres nicht zulässig. Hoffentlich folgt die Devoli dem Vorschlag der Frankfurter Zeitung, woraus sich das Weitere ergeben dürfte. Wir sagen darum: das Tantschgwader, das nach den Tendenzen und ethischen Werten des Reichsvereins zu handeln und zu verfahren“ habe. Wenn dann noch hinzugefügt wird, daß sich hinter dem Reichsverein der Deutsch-Völkische Offiziersbund, der Stahlhelm, der Behrwolf und der verbundene Widling verbirgt, dann dürfte das erforderlich richtige „politische Licht“ über das „rein geschäftliche Unternehmen“ verbreitet sein.

Neues Ermächtigungsgesetz in Bayern

Die Vorlage der Regierung über die Staatsvereinsfassung, mit der sich der Ministerrat gestern abschließend beschäftigt hat, enthält auch die Ermächtigung der Staatsregierung zur Neuorganisation der Gerichte, die zur Durchführung der Staatsvereinsfassung im Gebiete der Justizverwaltung erforderlich ist. Dieser Gesetzesentwurf wird sich von dem Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes vom 9. Juli 1928 nicht wesentlich unterscheiden, aber durch seine Fassung die Zweifel heben, die bisher bezüglich der verfassungsmäßigen Ermächtigung der Regierung zur Änderung der Gerichtsorganisation bestanden haben. Ferner dürfte der Gesetzesentwurf auch eine Bestimmung über den weiteren Beamtenabbau enthalten.

Die „ethischen Tendenzen“



Für Hugenberg, „aber ohne sein Geld“

Justizdebatte im Haushaltsausschuß

Hoch- und Landesverratsprozesse — Amnestie — Vertrauenskrise

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde in den letzten Tagen anlässlich der Debatte über den Justizetat u. a. auch die Frage der Hochverrats- und Landesverratsprozesse behandelt. Der Reichsjustizminister gab dazu umfangreiches statistisches Material bekannt. Aus ihm ist ersichtlich, daß allein im Jahre 1927 die Zahl der eingegangenen Anzeigen wegen Hochverrats 845 betrug und außerdem noch 630 Anzeigen wegen Landesverrats zu verzeichnen waren. Die Zahl der erhobenen Anklagen betrug im Jahre 1927 bei Hochverrat 49 und bei Landesverrat 40. Die Zahl der Verurteilten war bei Hochverrat 70 und bei Landesverrat 44. Im Jahre 1924 wurden wegen Hoch- und Landesverrats 208 Personen verurteilt, im Jahre 1925 waren es 278 Personen und im Jahre 1926 insgesamt 124 Personen.

Der Reichsjustizminister gab dann noch eine Darstellung über die Auswirkung der Gnadenaktion aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten. Insgesamt wurden 76 Fälle auf dem Gnadenwege erledigt. Erlassen wurden Freiheitsstrafen im Gesamtbetrage von über 107 Jahren, davon etwa 88 Jahre Zuchthaus, 18 Jahre Gefängnis, 8 Jahre Festung, ferner eine lebenslange Zuchthausstrafe. Im einzelnen entfallen auf politische Straftaten, und zwar insbesondere Hochverrat, 70 Gnadenurteile. Von diesen 70 Begnadigten entfallen auf „linksgerichtete“ Täter 68. Im ganzen waren zur Zeit der Gnadenaktion 148 „linksgerichtete“ Täter in Haft. Von „rechtsgerichteten“ Tätern wurden 7 begnadigt; in Haft waren 18 „rechtsgerichtete“ Täter. Auf Landesverrat und Verleumdungssachen entfiel je ein Gnadenurteil, auf Spionagefällen entfielen 8 Gnadenurteile. Die Gesamtheit der Gnadenurteile der Länder steht noch nicht fest, da die Begnadigungsmöglichkeiten namentlich in Preußen noch nicht völlig abgeschlossen worden sind. Nach der zuletzt bekanntgewordenen Mitteilung hat Preußen bisher mehr als 12 000 Gnadenurteile erteilt, bei den übrigen Ländern erfolgten rund 4000 Gnadenurteile.

Im Verlauf der anschließenden Debatte verwies der Abg. Rosenfeld (Soz.) vor allem darauf, daß die Vertrauenskrise in der Justiz nach wie vor fortdauert. Großes Mißvertrauen habe vor allen Dingen ein neuerdings erschienener Artikel des früheren Senatspräsidenten Baumbach erregt, der die Einwirkung der Bewährungsfrist mit einem dem „Lil“ entnommenen Bild lächerlich mache: „Zeit läuft ab, dann bewährt sich mir“ Baumbach habe ferner die Straffrist als Däne der Politik bezeichnet. Solche Ausführungen eines früheren hohen Richters seien geeignet, das Ansehen der deutschen Justiz aufs Schwerste zu schädigen. Auf die Dauer könne nur eine bessere Rechtsprechung die Vertrauenskrise mildern. Vor allem müßten die Laienrichter wieder mehr Verwendung finden, und zwar insbesondere solche aus der Arbeiterklasse.

Der Abg. Rosenfeld stellt dann noch eine Reihe von Fragen an den Justizminister. Schließlich befragt er ihn noch mit dem Ausschluß der Öffentlichkeit in dem Prozeß des Rittergutsbesizers v. Treslow gegen den Major a. D. v. Badiac. Was man da verhandelt habe, sei allgemein bekannt, und erst der Ausschluß der Öffentlichkeit sei geeignet gewesen, die Staatssicherheit zu gefährden.

Im weiteren Verlauf der Debatte befragte ihn der Reichsjustizminister Dr. Heigt mit dem Problem der Vereinfachung der Justiz, ohne dazu jedoch eine amtliche Stellung zu nehmen. Er gab schließlich seine persönliche Meinung zum besten und verteilte dabei die bekannte föderalistische Auffassung der Deutschnationalen Volkspartei. U. a. teilte er noch mit, daß jede Justizverwaltung in den deutschen Ländern ein Defizit aufweise. Die Frage Rosenfelds, ob die Reichsgerichte, und Oberlandesgerichte in Zukunft wieder mit 7 bzw. 5 Mitgliedern besetzt werden sollen, beantwortete Dr. Heigt damit, daß die Betätigung der Richter nicht abgeschlossen seien. Die finanziellen Interessen der Länder wären dabei in nicht unbeträchtlichem Maße beteiligt. Der Gelegenheitswörter, über die unehelichen Kinder liege bereits ein Reichsgesetz vor. Ein Gesetzesentwurf über die Zivilprozessreform werde der Öffentlichkeit nach Fertigstellung möglichst bald vorgelegt werden. Der die Zwangsvollstreckung betreffende Teil sei bereits abgeschlossen und werde hoffentlich nach im Frühjahr der zuständigen Kommission zu einer abschließenden Prüfung vorgelegt werden. Abschließend erklärte der Reichsjustizminister, daß er die Arbeiten seiner Vorgänger an dem Straßengesetz, und zwar u. a. auch des früheren sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Radbruch, stets anerkennend hervorgehoben habe. Auf Rosenfelds Forderung über den Fortbestand der Vertrauenskrise in der Justiz ging Heigt nicht ein.

Die Redner der bürgerlichen Parteien schlossen sich im großen und ganzen der von dem Abg. Rosenfeld geäußerten Kritik an dem Artikel des ehemaligen Senatspräsidenten Baumbach an. Abg. Rosenfeld (Soz.) betonte nochmals, daß die Wiederherstellung der Gewissensfreiheit notwendig sei. Wenn er von Klassenjustiz gesprochen habe, so wolle er nicht jeden Richter eines solchen Vorwurfs beschuldigen. Immerhin aber können außerordentlich viele solcher Fälle vor und ganz besonders rufe die Praxis des Reichsgerichts derartige Vorwürfe mit Recht hervor. Ähnliche Ausführungen über das Reichsgericht machte der demokratische Abgeordnete Haas. Der Reichsjustizminister widersprach dem, ohne sich aber die Haltung des Reichsgerichts in allen Einzelheiten zu eigen zu machen. Der Abg. Dr. Lent (Soz.) schritt nochmals die Frage der Hochverratsprozesse an und wandte sich besonders scharf gegen die Spionagefälle des Reichsgerichts. Ludendorff sei z. B. angeklagt worden, aber nicht Löffler, von Rahr und andere. Der Redner bespricht dann einen Fall Gröhl, wo das Reichsgericht fälschlich und ganz willkürlich ein schweres Delikt konstruierte, um den Mann mit zwei Jahren Zuchthaus unter Verlegung mildernder Umstände zu verurteilen, nur weil sich der Angeklagte unter falschem Namen in Berlin aufgehalten habe, um nicht vor das Münchner Volksgericht zu kommen. Auch das Reichsministerium habe die Gesetzwidrigkeit zur Dauererleichterung erhoben. Mit dem Fall Hoebus sei die Sache längst nicht erledigt. — Damit war die Debatte beendet.

Um die 300-Millionen-Anleihe Dr. Meinhofs

Vorher bringt der Haushaltsausschuß u. a. auch den Etat der Reichsschuldenverwaltung. Abg. Silberding (Soz.) kritisiert dabei, daß eine Regierung, die nicht mehr im Amt war, sondern lediglich nach die Geschäfte zu führen hatte, eine Anleihe von 300 Millionen Mark aufgelegt habe. Seine Kritik richtete sich auch gegen die Heraushebung des Zinsfußes für diese Anleihe von 5 auf 6 Prozent, ohne daß die Regierung mit dem Reichstage Zustimmung genommen hätte. Der Redner berechnete die Anleiheemission der Reichsregierung im kommenden Jahre auf 1250 Millionen Mark. — Auch der Zentrumsvorredner v. Guderart vertrat den Standpunkt, daß eine geschäftsführende Regierung keine Reichsanleihe ausgeben soll, und eine Staatsanleihe nur mit Zustimmung des Reichstages erfolgen darf.

Demgegenüber führte Staatssekretär Popitz u. a. folgendes aus: Gegenwärtig gesehen, muß auch eine geschäftsführende Regierung die Freiheit haben, eine Anleihe aufzunehmen, wenn man nicht Gefahr laufen will, den Staatsapparat lahmzulegen. Was die Regierung in solchen Fällen tun darf, ist lediglich eine politische Zweckmäßigkeit, und Laßfrage. Soweit die Staatsanleiheverordnungen der Anleihe in Frage kommt, kann nach § 3 der Reichsschuldenordnung angenommen werden, daß der Reichsfinanzminister ermächtigt ist, die Bedingungen der Schuldverschreibungen

Die Auslandspolitik der Woche

Rußland und Japan — Flottenbau in U.S.A. — Pointe und seine Kammer

Der japanische Staatsmann Komoto Goto hat für einige Wochen Rußland besucht und mit den amtlichen Stellen der Sowjetunion enge Fühlung genommen. Es handelt sich zwar nicht um eine offizielle diplomatische Mission, aber es ist selbstverständlich, daß der 71jährige alte Herr keine Erholungsreise gemacht hat, sondern Informationen bezieht und fäden angeknüpft hat, an denen auch das amtliche Japan interessiert und beteiligt ist. Die Reden, die beim Empfang Gotos in Moskau und Leningrad gehalten wurden, sprachen von der vorhandenen und notwendigen Freundschaft zwischen Rußland und Japan. Reden von Diplomaten mit solchen Worten und den Frieden und die Freundschaft verschönern, dem Inhalt haben ja nachgerade nicht immer viel Sinn. Dennoch kann Gotos Besuch zu einer kurzen Betrachtung des russisch-japanischen Verhältnisses Anlaß geben.

Zweifellos sind bei den Moskauer Unterhaltungen überaus wichtige Dinge behandelt worden, so z. B. das Verhältnis zwischen der russischen Ostchinesischen Bahn und der japanischen Sübmantchurischen Bahn in der Mandchurie, das zeitweilig nicht besonders glänzend war. Die Beziehungen zwischen Rußland und Japan werden im weitestgehenden durch die Ereignisse in China bestimmt. Solange die Einflussmöglichkeiten für die imperialistischen Auslandsmächte infolge der unbestimmten Zukunft der chinesischen Bürgerkriegsbewegung nicht festgelegt sind, solange ist auch das Verhältnis zwischen den einzelnen Mächten nicht endgültig. Gerade weil es der chinesischen Revolutionsbewegung nicht wird gelingen können, das Agrarland China, den bedeutsamsten nichtkapitalistischen Raum für den Einbruch des äußeren Kapitals, dem ökonomischen Machtbereich der imperialistischen Mächte zu entziehen und eigens für die chinesische Bourgeoisie zu reservieren, gerade wegen dieser an dieser Stelle so oft behandelten Situation sind die machtpolitischen Kombinationen in China dauernd labil. Diese Situation hinwiederum ist ja nur ein Ausdruck für die größeren imperialistischen Gegenüberstellungen in der Welt; noch weiß man nicht, an welcher Seite in der Mächtegruppierung des englisch-amerikanischen Gegenüber Rußland und Japan zu finden sein werden. Nicht die größten, sondern die aktuellsten Gegenstände waren für die Gestaltung der russisch-japanischen Beziehungen maßgeblich: der russisch-englische Grenzstreit, der japanisch-amerikanische, die englisch-amerikanische Zusammenarbeit und die chinesisch-japanische Reibungsfrage, soweit sie den japanischen Einfluss und kolonialen Besitz in China bedrohte. Vom imperialistischen Standpunkt aus war die japanische Chinapolitik geradezu genial. Japan vertrat es, einerseits seinen ökonomischen und politischen Einfluss in China vor der revolutionären Bewegung zu sichern und zeitweilig sogar noch durch eine gezielte Benutzung der Generale der chinesischen Nordarmee auf Kosten Englands zu erhöhen. Auf der anderen Seite hat Japan bezüglich des russischen Revolutionsbewegung gesucht und auch in bezug auf den japanisch-amerikanischen Grenzstreit eine erdächtige Freundschaft mit Rußland gehalten. Rußland selbst versuchte durch eine Anlehnung an Japan seine Stellung in Asien gegenüber England zu verbessern. Der russisch-japanische Vertrag vom Frühjahr 1925 war das erste größere Dokument der russisch-japanischen Freundschaft. In diesem Vertrag ging die Sowjetregierung sogar soweit, der japanischen Regierung etwas zuzugestehen, was sie der englischen verweigert: Verzicht auf eine Unterfütterung von regierungsfeindlichen (also auch kommunistischen) Bewegungen in Japan. Die oftmals starken Spannungen zwischen Tschangtschun und Rußland, wie sie in den mehrfachen „direkten“ Aktionen Tschangtschun gegen die Ostchinesische Bahn und in der Befehung der Peking-Sowjetbotschaft vom 6. April 1927 ihren Ausdruck fanden, wurden immer durch eine Vermittlung Japans vor dem Schlimmsten bewahrt. Aber größeren Umfang konnte die russisch-japanische Zusammenarbeit neben dem erwähnten Umständen schon wegen der japanisch-russischen Eisenbahnkontinuität in der Mandchurie nicht annehmen. Als dann mit dem Vormarsch der chinesischen Revolutionsbewegung der machtpolitische Einfluss Rußlands in China den japanischen beeinträchtigte, war natürlich von der russisch-japanischen Freundschaft nicht mehr viel übrig; der Regierungswechsel in Japan, der Antritt des neuen Senatspräsidenten Wakatsuki, hat zur Verschlechterung der russisch-japanischen Beziehungen vielleicht auch einiges, wenn auch sehr wenig beigetragen. Der Zusammenbruch der russischen Chinapolitik und die zeitlich damit verbundene Stabilisierung des japanischen Einflusses in der Mandchurie und in Schantung machte die Bahn wieder frei für eine Besserung des russisch-japanischen Verhältnisses, die Japan um so notwendiger erschien, als seine Beziehungen zu Tschangtschun nicht mehr die allerbesten waren. Es wäre verfehlt, davon zu sprechen, daß diese Beziehungen gelöst wären. Hingegen, Tschangtschun Generalstabeschef, war erst kürzlich wieder in Japan; aber zwei Herren zu russisch ist auch für Japan nicht leicht. Die Wiederherstellung der russisch-japanischen Freundschaft ist in den letzten Monaten recht merklich gewesen, wenn auch ein von der Rumänien verbreiteter Text eines am 13. November zwischen Rußland

und Japan abgeschlossenen geheimen Vorvertrags über die Ueberlassung der Ostchinesischen Bahn an Japan ins Gebiet der Phantastie zu weisen ist. Ob der Besuch Gotos in Rußland die Beziehungen zwischen Japan und Rußland weiter fördern wird, muß man abwarten. Den Japanern geht es um die Interessen des japanischen Imperialismus, und das es den Russen nicht um die Interessen des japanischen Proletariats zu tun ist, belegt ja schon die angeführte Stelle aus dem russisch-japanischen Vertrag.

Das Programm, das der amerikanische Marine-Sekretär am Mittwoch dem Flottenbauausschuß des Repräsentantenhauses vorlegte, deutet sich mit der Veröffentlichung vom Dezember. In der Zwischenzeit haben also die Stimmen aus London auf die amerikanische Regierung keinen Einfluss auszuüben vermocht. Das Flottenbauprogramm für die nächsten fünf Jahre bringt eine Aufzählung in jenen Schiffsklassen, die eine Verständigung aus der Genfer Seeabstimmungskonferenz zwischen England und den U.S.A. nicht möglich war. Zehntausend-Tonnen-Kreuzer mit achtzähligen Geschützen wollten die Engländer auf der Genfer Konferenz den Amerikanern nicht zugestehen. So baut man diese Kreuzer eben ohne ein solches Zugeständnis, und zwar im Laufe der nächsten fünf Jahre nicht weniger als 25 Stück. Wenn die Engländer das kommende Jahr kein neues Bauprogramm beschließen haben und sogar auf den Bau von zwei bereits genehmigten Kreuzern verzichten, so war diese Zurückhaltung nur darauf berechnet, die amerikanische Bautätigkeit nicht allzusehr herauszufordern. Genügt hat diese Erwägung freilich nicht. Da die Amerikaner trotz des neuen Flottenbauprogrammes den Engländern noch reichlich hinterlegen sind, hat man ja in England Zeit, den Wettbewerb in der Flottenrüstung fortzusetzen. Das neue amerikanische Bauprogramm ergänzt um das glücklichste das Verhalten der U.S.A. in Nikaragua. Am Montag beginnt in Havana der sechste panamerikanische Kongress. Wenn Präsident Coolidge, eine alte Tradition durchbrechend, persönlich zu dieser Tagung gefahren ist, so läßt sich hieran die Befolgung des amerikanischen über die Zustimmung haben, die gegen den amerikanischen Imperialismus in den Staaten Süd- und Mittelamerikas herrscht. Aber da man weiß, wie solche Kongresse zusammengesetzt werden, ist die Möglichkeit vorhanden, daß eine solche Rede des amerikanischen Präsidenten die nötige Stimmung bei den in Havana versammelten Regierungsböden beschafft.

Die Sitzung der französischen Kammer vom Donnerstag hat nicht nur eine „Sensation“ gebracht durch den äußeren Vorgang, daß dies demokratische Parlament mit einer sogenannten Linksmehrheit kommunistische Abgeordnete zur Verhaftung freiließt, die dann auch unmittelbar nach der Sitzung vorgenommen wird. Die Kammerführung vom Mittwoch ist eines der traurigsten Kapitel aus der Regierungstätigkeit des Herrn Pointe. Wer will noch einen trefflicheren Beleg dafür haben, daß diese Kammer kein Linksparlament, zu welchem Ruhme ihm der Wahlsieg des Linkstartills unseiner Angehörigen vom Mai 1924 verhalf, sondern der gewöhnliche Hausnecht der Pointe, Barthou und Sarraut ist! An sich ist ja dies Ereignis nicht von überragender Bedeutung, und Catin und seine Freunde müssen nicht nach Tobolsk, sondern nur in die Santé einziehen. Bedeutung hat dieser Vorgang nicht wegen der fünf Menschen, um die es geht und von denen man sagen kann, daß sie in ihrem Kampf gegen den Marokkokrieg, desentwegen sie verurteilt wurden, ihren Mann gestanden haben, mag sein, mit nicht immer richtigen Mitteln. Nicht hierin, sondern in der Art, wie sich auch am Mittwoch in Frankreich die Arbeiterbewegung aufstellte, lag die Wichtigkeit der Kammerabstimmung. Pointe und die „radikale“ Innenminister Sarraut sammeln alle Kräfte zum Wahlkampf; seit Monaten treibt Sarraut die merkwürdige Politik gegen die Kommunisten. Keine Kammer hat die Regierung hieran gehindert. Aber die alte demokratische Übung, Abgeordnete wegen politischer Betätigung einsperrn zu lassen, wollte sich die Kammer nicht nehmen lassen und gab noch vor kurzer Zeit die verurteilten Abgeordneten frei für die Arbeiten des Parlaments. Nun hat es Pointe mit seinem althergebrachten Hausmittel, der Stellung der Vertrauensfrage, verlust, und diesmal gelang das Experiment. Die Mehrheit der radikalen Kammerfraktion hat Pointe zu seinem Ruhme beschaffen, indem sie teils für die Regierung votierte, teils sich der Stimme enthielt. Nur eine Minderheit unter Führung des Parteivorstandes Dolobier verlor. Die alten Traditionen der Partei zu wahren. Die neue Tradition der Partei ist freilich die, daß sie sich bei allen ihren Abstimmungen in diese drei sich ungefähr gleichbleibenden Teile zerlegt und Herrn Pointe alles ermöglicht, was er an frommen Wünschen auf dem Herzen trägt.

von sich aus festsetzen und auch zu ändern. Auch der Reichsschuldenausschuß hat in einem Gutachten diese Frage befragt. Im übrigen ist die staatsrechtliche Seite dieser Frage, nicht so geklärt, daß man sie ohne Zweifel mit Ja oder Nein beantworten kann.

Nach weiterer Aussprache wurde beschlossen, durch eine Untersuchung der unpolitischen Fragen klären zu lassen. Dann wurde der Etat der Reichsschuldenverwaltung ohne wesentliche Veränderung angenommen.

Sur Zeit keine Mietenerhöhung

Beim Etat des Reichsarbeitsministeriums gab der Reichsarbeitsminister Brauns eine kurze Darstellung über die Entwicklung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Gestaltung der Sozialgesetzgebung in den letzten Monaten. Sein Bericht liegt an Lobeshymnen für die Leistungen des Bürgerblocks nichts zu wünschen übrig. Die Öffentlichkeit dürfte besonders interessieren, daß die Reichsregierung den Zeitpunkt für eine Steigerung der gesetzlichen Miete in absehbarer Zeit nicht fest gegeben hat. Außerdem stellt Dr. Brauns fest, daß die Kosten des Versorgungswesens in der Öffentlichkeit von Unternehmern „in unangenehmlicher Weise“ übertrieben werden. Sie würden in Wirklichkeit nur 3,5 bis 4 Prozent der Ausgaben für die gesamte Militärversorgung betragen.

Wegen Verleumdung Brauns verurteilt

Das erweiterte Schöffengericht Berlin I verurteilte am Donnerstag den verantwortlichen Redakteur des „Nationalen Tag“, Adolf Fleming, wegen fortgesetzter öffentlicher Verleumdung des preussischen Ministerpräsidenten zu 600 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte hatte in einem Artikel behauptet, Ministerpräsident Brauns verfolge nicht die Interessen Preußens, sondern lediglich die eines beherrschten und eigenhändigen Parteiführers.

Amlich wird mitgeteilt: Die Königsberger Allgemeine Zeitung hatte das Schreiben des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns an den Reichskanzler in der bekannten Angelegenheit des Teleprogramms des Reichsfinanzministers an eine fälschliche Presseversammlung in einem Leitartikel besprochen. Da dieser Artikel beleidigende Wendungen gegen den Ministerpräsidenten enthielt, hat Ministerpräsident Brauns Strafantrag gegen die Königsberger Allgemeine Zeitung gestellt.

Baul Dieck zieht seine Unterschrift zurück

Wann folgt Noote?

Der Bürgermeister von Dortmund und Abgeordnete des preussischen Landtages, Paul Dieck, tritt um eine Veröffentlichung folgender Erklärung:

„Gelegentlich einer Zusammenkunft der preussischen Landesdirektoren im Sommer vorigen Jahres bin ich von einem der Teilnehmer gebeten worden, einen Aufruf zugunsten einer Bewegung für den Einheitsstaat zu unterzeichnen. Ueberzeugt von der Notwendigkeit, daß die Errichtung der einheitsstaatlichen Republik eine der wichtigsten Aufgaben ist, und daß nichts veräußert werden darf, was uns diesem Ziele näher führt, habe ich mich dazu bereit erklärt und die Unterschrift gegeben. An irgendeiner Besprechung habe ich nicht teilgenommen, insbesondere nicht an der Gründungsversammlung. Nachdem ich erkannt habe, was hinter der Bewegung steht und nachdem ich weiter gesehen habe, daß die Rechtsparteien aus dem Aufruf Kapital für sich zu schlagen suchen, habe ich dem Aufruf mitgeteilt, daß ich meine Unterschrift zurückziehe. Jegliche Beziehungen zum Bund zur Erneuerung des Reiches habe ich nicht.“

Der Reichstag gab am Donnerstag dem Gesetzentwurf über die Anrufung des Rändigen Internationalen Gerichtshofes im Haag seine Zustimmung. Der Gesetzentwurf ist eine Folge der Erklärung des Außenministers Dr. Stresemann in Genf vom 28. September 1927. Danach wird auf fünf Jahre Deutschlands Schiedsgerichtsbarkeit besonders allen Mitgliedern des Völkerbundes gegenüber zu einer obligatorischen gemacht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Alfred Herre in Leipzig
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Hugo Schand in Leipzig
Druck u. Verlag Leipzig: Buchdruckerei „Volkswirtschaft“ Leipzig

Gegen Manneschwäche zur Anregung und Kräftigung bei vorzeitiger Erschlaffung im Errectio- und Emission-Defizit. — Allein echt König-Salomo-Apothek (König-Nikolaistraße) Postverand Grimmische Straße 17

Für die Abonnenten des Ost- und Südostbezirks liegt ein Prospekt vom Kaufhaus Gebr. Bergmann, Leipzig, S. O., Eisenbahnstraße 84 (Ecke Rindstraße) bei.

Diese Kammer umfaßt 16 Seiten.

Inventur-Ausverkauf

Beginn am 16. Januar

Ausführung u. Preisliste, wie Sie sie wünschen

Einige Beispiele:

- | | | | | | |
|--|---|------------------------|--------------------------------------|---|-----------------------|
| Pa. Herren-Straßentiefel
Unterboden | gute Form
mit feinem
von Mk. | 9 ⁹⁰
an | Pa. Damen-Straßenschuhe
gute Form | in schw.
u. farb.
Mk. | 5 ⁹⁰
an |
| Arbeitsstiefel | besonders darb vorar-
beitet, prima | 7 ⁵⁰
an | Sch. Lackspangen - Damenschuhe | in jeder Ausführung | 7 ⁹⁰
an |
| Tourenstiefel | Staublasche, wasch-
lichem Futter, schwarz | 13 ⁹⁰
an | Tanzschuhe | in Brokat und verschiedene
andere Ausführungen | 9 ⁹⁰
an |

Kinderschuhe zu jeder Preisliste.

Diverse Herren- und Damen-Hauschuhe enorm billig.

Schuhhaus Süd

J. Kaulmann

Peterssteinweg 12



Gewaltige
Preiermäßigung
bis zu 70 %

Inventur Ausverkauf

beginnt

Montag, den 16. Januar

Kleider - Blusen - Pullover - Lumberjacks
Strickkleidung - Woll- und Seidenkleider
Modelle in Straßen-, Nachmittags-, Tee-, Tanz-
und Abendkleidern

Blusen Leopold Held

Kainstraße 19

Gewerkschaftliche Anzeigen
Ortsausschuß des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Seher Straße 32, Fernruf 34021

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Leipzig
Tel. 34121 u. 34111. Geschäftss. vorm. 9-12 Uhr
nachm. 1-5-7 Uhr. Sonnabends vorm. 9-12 Uhr

Heizungsmonteur und Helfer. Sonnabend, 14. Januar,
haus Sitzung der **Vereinigung der Heizungs- und
Klimatechniker** im Volkshaus (großer Saal), Seher
Straße 32. Die wichtige Tagesordnung vorliest, muß jeder
Betrieb vertreten sein.

Deutscher Verkehrsverbund, Verwaltungsstelle Leipzig
Geschäftss. 9-1 u. 4-7 Uhr. Sonnabends 9-2 Uhr. Tel. 34011.

Sektion Hausmeister. Montag, den 16. Januar 1928, 20 Uhr,
im Volkshaus (großer Saal), Seher
Straße 32. **Sektions-Mitgliederversammlung.** Tages-
ordnung: 1. Stellungnahme zur Teilnahme an den Unter-
nehmungsleistungen des Deutschen Verkehrsverbundes.
Referent: Kollege Heber. 2. Gewerkschaftliches. Die
Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert pünktliches und
vollständiges Erscheinen.
Die Sektionsleitung: J. A. Müller.

Bevor Sie Ihren Bedarf an
Konfektion
beden, besuchen Sie mein
Stagengeschäft
Sie erhalten auf
Teilzahlung
Mäntel, Herren u. Damen,
Anzüge und Kleider für
Straßen und Gesellschaft.
Reagen-Bekleidung, Joppen,
Solen u. dergl., Konfektion
für Kinder

Bei Vorzahlung erhalten Sie 10 Pros. Ermäßigung!
Hertlein Eisenbahnstr. 33
II. Etage

Teilzahlung
Frischauf!
Fahrräder
Kühmaschinen
Sprechapparate
Schallplatten
Wringmaschinen
Reparaturen
Fabriklager
Leipzig C 1, Königstr. 16
Bundesgeschäft des A.-R.-B. Solidarität
Tel. 17514 Konkurrenzlos in Preis und Qualität.

Fr. Grodzinski, Petersstr. 17, I.

Auf Teilzahlung!

**Solide
Möbel**

Einzelmöbel, Aus-
stattungen, Speise-
Schlaf- und Herren-
Zimmer

Küchen :: Polstermöbel :: Betten
Matratzen, Decken, Sprech-Apparate

Anzahlung ganz nach Wunsch!

Fr. Grodzinski, Petersstr. 17, I.

Jeder Partei- und Gewerkschafts-
genosse kauft seine geistige
Nahrung nur in feiner
Parteiluchhandlung!
Wie empfohlen unser reichhaltiges Lager
aus sämtlichen Wissensgebieten
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung und deren Filialen

Feinste Tafelbutter
à Stück 1.05 (aus eigener Molkerei)
sowie Kümmelstangenkäse Stück à 8 Pfg.
und Irischer Speisequark à Pfd. 25 Pfg.
empfiehlt
Walther Vogel, L.-Gohlis
Hallsche Str. 117

Volkshaus-Fleischerei
Seben Tag in Qualität
frische hausgeschlachtene Würst
Verkauft auch über die Straße
**Hausgeschlachtene
Würstwaren**
Pa. Schweinefleisch 1⁰⁰-1²⁰
Täglich warme Würst
W. Meerhahn, Leutzsch,
Karlstraße, Ecke Weststr.

Montag, den 16. Januar

Zwei Sensationen an einem Tag.

1.

Beginn des seit vielen Wochen von
unseren Kunden herbeigewünschten

Inventur Ausverkauf.

Viele, viele 100erte von Händen sind seit vielen Wochen
mit Vorarbeiten beschäftigt. Eine auf das Höchste
gesteigerte Leistung wollen wir vollbringen.

2.

**Eröffnung eines Teiles
des werdenden Monumentalbaues
mit Einrichtungen
die etwas ganz Neues für Leipzig
fein werden.
Morgen mehr!**

K A U F H A U S
BRÜHL

Ruder für Brot

„Horch einmal, Mutter, der Batter stami!“ „Was seest er denn?“ „Er seest: es muh annerstet wärel!“ Fliegende Blätter, 1848.

Inhalt einer Zeitungsmeldung: Der Dresdner Opernschor versagt mehr und mehr. Es stellt sich heraus, daß es sich um feinerlei passivste Resignation handelt, sondern daß die Leute physisch entkräftet sind, einfach nicht mehr singen können. Der Chor wird in ruinöser Weise ausgenutzt. Seit dem vierzehnten August hatte er in 101 Aufführungen zu singen, 64 Bühnenproben und 88 Chorproben zu bewältigen. Niemals Ablösung. Nur Dirigenten und Solopersonal dürfen alternieren. Die Bezahlung ist schlecht. Eine Aufbesserung ist glatt abgelehnt worden. Die, die gewünscht wurde, hätte im Jahre für alle und alles insgesamt zwanzigtausend Mark ausgemacht, ein Drittel des Jahresgehalts des Herrn Generalmusikdirektors Busch.

Herr Generalmusikdirektor Busch hat seinen Hauptsitz gar nicht in Dresden, sondern klebt in der Hauptsaison an amerikanischen Dirigentenstühlen; die bringen ihm noch mehr Geld ein. Aus Amerika kommt auch eine interessante Zeitungsmeldung — keine Ente, denn sie steigt in eine Zeitung, die man für wahr halten darf: in die „Frankfurter“. Die Meldung hat mit diesem Dresdner Chor und mit diesem Busch, der ihn in seinem Schatten hungern läßt, nichts zu tun. Sie besagt nur, daß Amerika das Problem seiner Ueberproduktion an Getreide so gelöst hat, daß jetzt Ruder aus dem Korn fabriziert wird.

Herr Generalmusikdirektor Busch soll doch, bevor er zurückkommt, die Meldung vom Korn aufs Korn nehmen. Soll sich das Rezept geben lassen, wir müssen das auch in Deutschland einführen. Wenn die Augen höhl werden, weil's der Magen ist, wenn der Geldbeutel so schlaff hängt, wie vor Hunger die Haut — Schminke schwandelt, fällt, färbt, läßt Farbe, und Ruder vermischt. Ruder ist weiß, weiß wie Unschuld, herrlich geeignet, die Schandflecke des herrschenden Ausbeuterregimes zu decken.

Ruder ist famosos Deckweiß der Unschuld vor der Schuld derer, die hungern lassen. Ruder ist hübscher Kanonendampf des Trodenmords, der da täglich an wehrlosen proletarischen Existenzen verübt wird, auch in der Kullissenpraxis. Ruder, mit dem sich ja schließlich sprachen wirtschaften läßt, dürfte, rein ökonomisch betrachtet, billiger sein als Mehl. Ruder wird das Volksernährungsmittel der herrlichen Zeiten sein, denen uns Wilhelm entgegenführte. Ruder sollte auf keinem Tisch der deutschen Hausfrau fehlen.

Geitgetreu.

„Dokumente des Dolchstoßes“ Ein Reinfall der Völkischen

Ein böser Reinfall erlebten die Nationalsozialisten in Göttingen. Sie hatten vor einigen Monaten im Völkischen Buchladen eine Postkarte mit schwarzgoldener Ecke angelegt und darauf die Worte verzeichnet: „Dokumente des Dolchstoßes — Schwarzgoldener Frontverrat.“ Die Karte war angeblich von französischen Fliegern hinter der deutschen Westfront abgeworfen worden.

Wegen dieser Verleumdung hatten sich jetzt der Geschäftsführer des Völkischen Buchladens, E. S. n. Gronow, und der Student Groß vor dem Schöffengericht in Göttingen zu verantworten. Die Bekräftigung der Dolchstoß-Äußerungen war sehr groß, als der Vorhänger die Feststellung des bekannten Sachverständigen Amtsgerichtsrat Dr. Herz-Berlin bekam, daß schwarzgoldene Postkarten dieselben Inhalts schon vor Anfang des Krieges weit zahlreicher abgeworfen worden seien, als solche mit schwarzgoldenen Farben. Ferner wurde festgestellt, daß ein Kriegsblatt, „Das Deutsche Volk mit dem Kaiserlichen Adler auf dem Titelblatt von französischen Propagandisten jahrelang verteidigt wurde. Als die Nationalsozialisten schließlich ihre Felle wuschlammten sahen, gaben sie an, sie hätten natürlich nicht die Reichsfarben treffen wollen. Mit dieser faulen Ausrede kamen sie aber diesmal nicht durch. Der Staatsanwalt erklärte, daß der heutige Staat viel zu tolerant sei gegen solche Schänder der Reichsfarben, und beantragte gegen den Hauptangeklagten, n. Gronow, 4 Monate und gegen den Studenten Groß, 2 Monate Gefängnis. Das Gericht ließ die beiden Angeklagten aber mit der verhältnismäßig geringen Geldstrafe von 400 Mark davonkommen.

391000 Liquidationsgeschädigte

Die Begründung des Gesekentwurfes

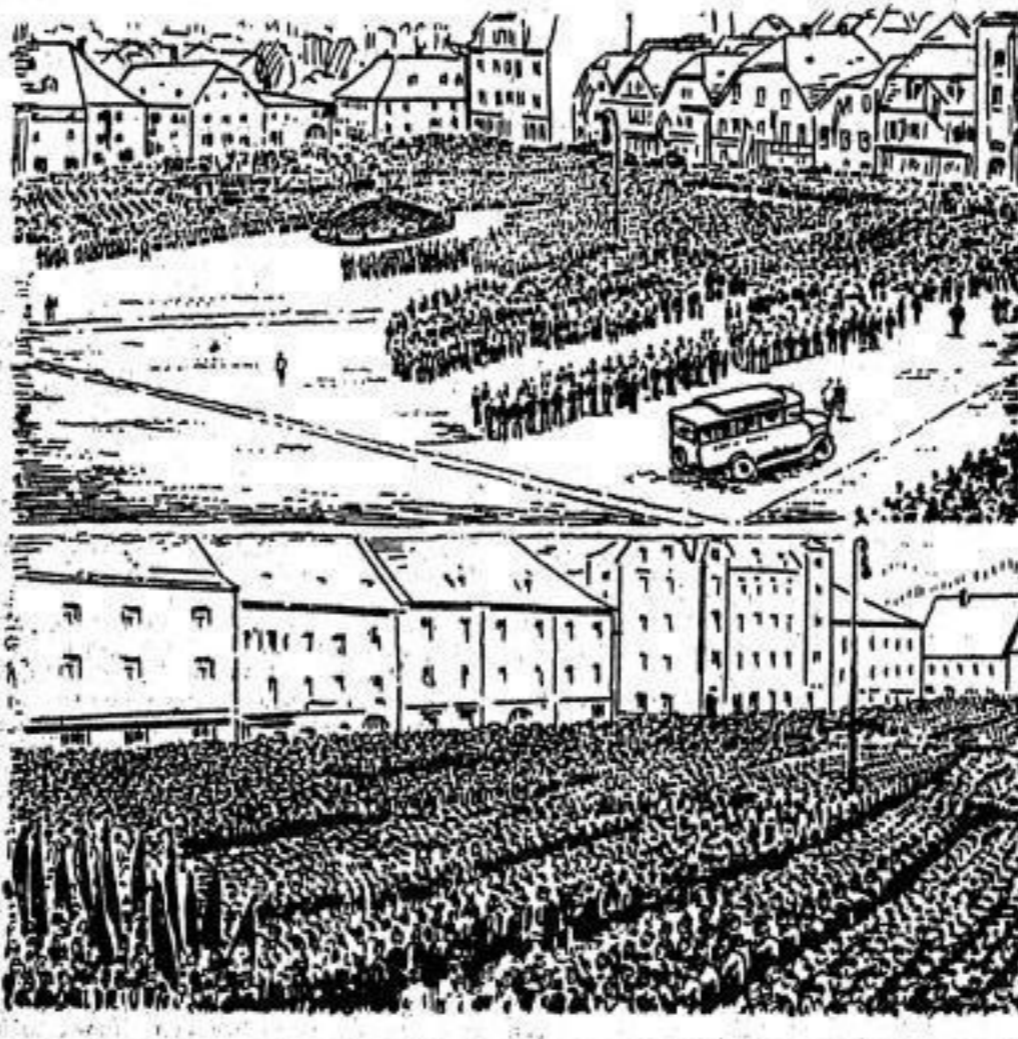
Aus der Begründung des Gesekentwurfes über die Liquidationsgeschädigten, die am Dienstag dem Reichstag zugegangen ist, ergibt sich, daß das Reich in 391000 Fällen Schadenertrag zu leisten hat. Davon betreffen 61000 Fälle den Verlust von Wertpapieren. Von den restlichen 330000 Schadenausfällen entfallen 95000 auf das Ausland, 175000 auf die ehemaligen Schutzgebiete, 138800 auf die abgetretenen Ost- und Nordgebiete, 34800 auf die obersteilischen Aufstandsschäden und 45000 auf die abgetretenen Westgebiete.

Der Friedenswert sämtlicher Schäden wird für Liquidationsgeschäden auf 7,6 und für Gemalischäden auf rund 2,8 Milliarden Mark geschätzt. Davon wurden bis zum 1. September 1927 rund 1014 Millionen Mark als Entschädigung bewilligt (Liquidationsgeschäden 420 Millionen und Gemalischäden 594 Millionen Mark). Wenn man die Leistungen des Reichsentschädigungsamtes (rund 50 Millionen Mark) berücksichtigt, beläuft sich die Gesamtentschädigung bis zum genannten Termin auf 10 Prozent des Schadens. Das nach dem Gesekentwurf vorgesehene Entschädigungskapital beträgt 1028,5 Millionen Mark.

Diese Zahlen offenbaren ebenfalls, was dem deutschen Volke das von dem alten System heraufbeschworene Verdröben des Krieges kostet. Die wirkliche Auswirkung der deutsch-nationalen Kriegspolitik ergibt sich aber erst, wenn man zu diesen Millionen noch die Milliarden für Reparationsleistungen hinzuzählt.

Ein Jahr Barmat-Prozess

Am 11. Januar dieses Jahres war ein Jahr seit dem Beginn der Hauptverhandlung im Barmat-Prozess abgelaufen. Bisher ist an 157 Tagen verhandelt worden. Insgesamt wurden bisher 400 Zeugen und 60 Sachverständige vernommen. Die Anklage wird von 5 Staatsanwälten vertreten, während für die 11 Angeklagten 17 Rechtsanwälte tätig sind. Die Akten des Prozesses sind bis jetzt auf 70 Hauptbände und 1000 Nebenbände angeschwollen; die Anklage allein umfaßt 680 Druckseiten. Von den Sachverständigen sind 50 schriftliche Gutachten erstattet worden. Die Protokolle der Hauptverhandlung füllen allein sieben Altentände mit 2800 Seiten. Die Kosten des gesamten nunmehr fast drei Jahre dauernden Strafverfahrens betragen 280000 Mark. Die Bezahlung der Anklage hat etwa 100000 Mark gekostet. Im einzelnen sind durch die Hauptverhandlung bisher an Kosten entstanden für richterliche Beamte etwa 28000 Mark, für Staatsanwälte etwa 17000 und für Schöffen und Geschworene etwa 9000 Mark; für Zeugen und Sachverständige sind in der Hauptverhandlung bisher etwa 22000 Mark vorausgelegt.



Bruck a. d. M. Heimwehrtagung lt. burgerl. Presse 7600 Teilnehmer!

Unteres Bild: Schutzbundtagung lt. burgerl. Presse 6500 Teilnehmer!

Hier der Beweis, wie die burgerl. Presse lügt!!

Landesverratsprozess Schredt u. Genossen Geheimnisvolle Andeutungen, aber keine Klarheit Die Geheimnisse des Zimmers 69 a

Der dritte Verhandlungstag sollte über die Tätigkeit Schredts in Berlin endlich Aufklärung schaffen. Es wird festgestellt, daß Schredt wie alle seine völkischen Bekannten in Berlin zwei falsche Pässe hatte und sich vorsichtshalber nie polizeilich meldete.

Vorsitzender: „Haben Sie sich nun seit gestern überlegt, wie Sie sich weiterhin verteidigen wollen?“

Schredt: „Als Angeklagter habe ich die Anklage zu widerlegen und zu entkräften. Ich habe gestern die Wahrheit gesagt, aber natürlich war ich zurückhaltend. Es war nicht die volle Wahrheit!“

Vorsitzender: „Ich will mit Ihnen keine mittelalterliche Tortur vornehmen. Aber es liegt objektives Beweismaterial vor, das geeignet erscheint, Sie zu überführen. Von Ihrer Hand hergestellte Urkunden weisen mit ziemlicher Bestimmtheit darauf hin. Diese Urkunden sind in fremden Händen gewesen, von denen Sie photographiert wurden. Abzüge sind deutschen patriotischen Redaktionen wie der „Menschheit“ zugesandt worden. Vor allem hat aber die polnische Regierung Photographien der Denkschriften und Protokolle in Händen gehabt und deren Inhalt in Gestalt von Vorkundensverhandlungen gegen Deutschland ausgedrückt. Auf diese Tatsachen stützt sich zunächst die Anklage. Der Kreis schließt sich vollkommen, wenn eine hohe Reichsstelle die Genehmigung zu einer bestimmten Ausgabe erteilt!“

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten weiter vor, daß er der Frau Werten, die seine militärischen Dokumente für patriotische Zwecke zweifach vervielfältigte, gesagt hat: „Diese Dokumente sind äußerst wichtig und streng geheim zu halten. Wenn man die Schriftstücke ans Ausland verkaufen würde, könnte man ein schönes Geld verdienen. Aber das tut ein ordentlicher Mann nicht, denn das wäre ja Landesverrat!“

Nun wird noch einmal die gestrige Darstellung Schredts rekapituliert. Festgestellt wird, daß Schredt mit Hitter verkehrt hat und daß ein gewisser Kier, der als Zeuge erscheinen wird, ihm den Hitterpuls vorher anflügelte. Von der bereits mehrfach erwähnten nationalen Stelle habe er photographierte Instruktionen zur Gesekensammlung erhalten. Auf einer Liste standen die Adressen derer, bei denen für die nationale Diktatur geseknorrt werden sollte.

Reichsanwalt: „Bei wem haben Sie Geld gesammelt?“

Schredt: „Ich bin froh, wenn sich die Leute nicht freiwillig melden.“

Englands Herrschaft in Indien



Bildwitz: „Das indische Volk will unbedingt unsere Herrschaft. Es will die Bande nicht lösen, die es mit uns verknüpfen.“ (Zweittlg.)

Reichsanwalt: „Warum ist der Angeklagte so vorsichtig?“

Vorsitzender: „Da verstehe ich schon den Angeklagten. Man kann ja die nationale Diktatur entweder auf illegalem (!) oder auf hochverräterischem Wege anstreben. Wenn der Angeklagte die Wahl zwischen Landesverrat oder Hochverrat hat, wird er vorsichtig sein. Sonst stände er eben statt vor uns vor dem vierten Straßengericht!“

Der Angeklagte nickt zustimmend.

Vorsitzender: „Woher haben Sie die Ueberlieferung Ihres ersten Dokuments „Probleme der Landesverteidigung“. Wertwürdigerweise ist diese Formulierung dann überall in der Presse, zuerst wohl in der „Menschheit“, aufgetaucht!“

Schredt: „Diese Formulierung hatte ich im Sportteil einer Zeitung zuerst gefunden und dann übernommen!“

Der Vorsitzende erfuhr den Beschuldigten, daß dem Gericht alle Zeitungsauschnitte zur Verfügung zu stellen, auf Grund deren er seine Denkschriften angeblich verfaßte. Der militärische Sachverständige werde erst dann beurteilen können, ob Schredt, der nie Soldat war, solche Denkschriften schließlich gestützt auf Zeitungsauschnitte verfaßt hätte. Es entsteht die Frage, zu welchem Zweck Schredt denn überhaupt Fälschungen von Denkschriften des Reichswehrministeriums über die zukünftige Bewaffnung der Wehrmacht, die Verwendung der nationalen Verbände zur Landesverteidigung, die Neuorganisation der deutschen Wehrmacht und andere aktuelle Themen vornahm. Mit einem ehemaligen Offizier Albert und einem gewissen Stoffe habe er in dieser Zeit vor allem zusammengearbeitet. Man wollte eine Vermittlungsstelle für die nationale Einigung organisieren. Mit den kleinen Verbänden wie Bismarckbund, Reichsflagge und anderen sollte begonnen werden. Stahlhelm, Jungbo und die größeren Verbände sollten folgen. Man wollte die dann geeinigten nationalen Verbände als zweite Wehrmacht, als Anhängel der Reichswehr organisieren. Diese Gedanken waren ja auch die leitenden in den Denkschriften.

Vorsitzender: „In allen Spionageprozessen, die wir hier verhandeln, spielen diese Gedanken bei den Auspähungen stets die Hauptrolle. Das macht die von Ihnen verfaßten Dokumente so gefährlich!“

Der Angeklagte erwidert darauf nichts.

Die Druckeinrichtungen bei Schul seien von der nationalen Stelle, für die er arbeitete, angeschafft und auch benutzt worden.

Schredt erklärt die Uebermittlung der Photos der Urkunden an Polen durch Verrat eines seiner Mitarbeiter, Alberts, Stoffes oder Proellers. Er selbst habe mit polnischen Stellen nie in Verbindung gekunden; an Frankreich seien die Dokumente abscheulich einzig und allein durch Huleba alias Koch gelangt.

Festgestellt wird weiter, daß Polen und Frankreich von der Photographieren erst ein halbes Jahr nach Schredts Verhaftung Gebrauch machten. Schredt betont, daß das Gericht jetzt im wesentlichen den Zusammenhang der Vorgänge der Wahrheit entsprechend wisse, aber noch nicht alles. Die Ausgaben in seinem Notizbuche über die laufende von Koch und Schredt nur fingiert, um der nationalen Stelle eventuell zu zeigen, welche hohen Spesen er hätte. Weiter erklärt Schredt, daß er binnen 24 Stunden stets wachte, was seine Mitarbeiter machten. So erfuhr er, daß ein gewisser Huleba Verrat gelöst hätte. Nun fand Schredt in Kochs Notizbuch den Namen Huleba eingetraget. Eines Abends sagte Schredt dem Koch auf den Kopf zu, daß er der Verräter Huleba wäre. Koch gab das auch zu. Angeblich beschloß nun der nationale Kreis um Schredt, Koch zu töten! Es wird noch ein merkwürdiger Vorgang besprochen. In einem der Protokolle Schredts wurden geheimnisvolle Vorbereitungen erwähnt, die vom Zimmer 69a des Reichswehrministeriums ausgehen sollten. Die Franzosen leihen einen Spion an, der die Geheimnisse des Zimmer 69a entkräften sollte. Der Spion wurde verhaftet. Man stellte sich heraus, daß er sich auf falscher Fährte befunden hatte, da es im Reichswehrministerium überhaupt kein Zimmer 69a gibt. Allerdings hat es ein solches Zimmer im ehemaligen preussischen Kriegsministerium gegeben!

Schredt überreichte eine Anzahl Zeitungen, unter ihnen Völkers Das Volksheer der Zukunft und Zeitungsnutzen zum Beweise dafür, daß er die militärischen Dokumente lediglich gestützt auf solches harmloses Material angefertigt hätte. Der Vorsitzende hält dem Beschuldigten vor, daß er seiner Zeit selbst für Erweiterung der Anklage sorgte. Zunächst sollte er nach seiner Verhaftung nur wegen Urkundenfälschung belangt werden. Da gab Schredt unaufgefordert an, daß er das Material gestützt auf Privatarbeiten ehemaliger Offiziere und Reichswehroffiziere veröffentlichten wollte. Jetzt stellt er die Materialbeschaffung wieder anders dar.

Vorsitzender: „Wenn Privatarbeiten von Offizieren zugleich die Ansichten und Wüchten des Reichswehrministeriums enthalten, und da gehen ja auch viele Hände zwischen Ministerium und Offizieren hin und her; wenn es sich also um solche Arbeiten mit solchem Inhalte handelt, dann ist die Tatsache eines Strategiegeheimnisses gegeben, wenigstens möglich!“

Danach wird die Fortsetzung der Verhandlung auf Freitag vertagt.

Sozialpolitische Kämpfe 1927

Das Jahr 1927 war vom Reichstage zu einem sozialpolitischen Wahlsjahr gestempelt worden. Kein Wunder, daß die sozialpolitischen Auseinandersetzungen heftige Formen annahmen und durch die breitere Öffentlichkeit, mehr denn sonst, sich mit den Fragen der Sozialversicherung beschäftigte.

Auch im Reichstage wurden heisse Kämpfe geschlagen. Vener großzügige Geist, der nach der Revolution und unter ihrem Druck im Reichstage in den Fragen der Sozialversicherung herrschte, ist längst dahin. In den Hallen des Reichstages muß jede Entscheidung zugunsten der arbeitenden Massen in mühseligen Kleinkämpfen erzwungen werden. Nirgends kann die zunehmende Stärke der Bourgeoisie besser beobachtet und verfolgt werden, als auf diesem Gebiete. Gerade im verflochtenen Jahre mußte eine Reihe Angriffe auf die Sozialversicherung abgewehrt werden. Nicht immer gelang dieses völlig.

Als es darum ging, den Witwen und Waisen zu helfen, deren Erträge bereits vor dem 1. Januar 1912 verfallen waren oder inaktiv wurden, konnte sich der Reichstag nicht dazu aufstellen, allen diesen Gruppen einen Rentenanspruch zuzubilligen. Nur denjenigen Hinterbliebenen wurde gegebenenfalls die Rente zugesprochen, deren Ernährer zwar vor dem 1. Januar 1912 inaktiv geworden, aber erst nach dem 31. Dezember 1923 gestorben waren.

Auch die Neuregelung der Steigerungssätze atmete einen rückwärtigen Geist. Es gelang hier der Bürgerlos-Mehrheit, eine Trennung von gelehrten und ungelerten Arbeitern durchzusetzen, so daß die Beiträge aus der Invalidenversicherung derart unterschiedlich sind, daß Spannungen bis zu 30 Mk. monatlich eintreten. Auch in der Frage der Beitragsleistungen wurden die besser bezahlten Arbeiter benachteiligt, indem der sozialdemokratische Antrag auf weitere Beitragsklassen abgelehnt wurde.

Eine Erhöhung der erbärmlich niedrigen Grundrente aus der Invalidenversicherung, die jetzt monatlich ganze 20 Mk. beträgt, zu erzielen, war bei dem gemeinen Widerstand des Bürgerblods unmöglich. Das Zentrum war hier nicht nur der Geführte, sondern der Führer im Streit gegen eine solche Grundrenten-Erhöhung. Wie denn überhaupt die Stellung des Zentrums in sozialpolitischen Fragen stark von seinem rechten Flügel bestimmt wurde.

Das Hauptwerk des verflochtenen Jahres war die Fertigstellung des Arbeitslosen-Vericherungsgesetzes, wobei es der Sozialdemokratie gelang, wesentliche Verbesserungen durchzusetzen. Leider sind hier die Beiträge in den unteren Beitragsklassen derart ungenügend, daß man in den kommenden Monaten bei der wieder zunehmenden Arbeitslosigkeit sich ernstlich mit der Frage wird beschäftigen müssen, ob hier nicht gründliche Abhilfe geschaffen werden muß. Gerade die Schichten stellen einen erheblichen Teil der Erwerbslosen. Immerhin bedeutet das Gesetz einen Pflichtanspruch auf Arbeitslosenunterstützung und läßt sich leicht wesentlich verbessern.

In der Unfallversicherung brachte es der Reichstag leider nicht fertig, ein Gesetz zu beschließen, das alle Arbeiter und Angestellten, seien sie wo auch immer beschäftigt, in die Unfallversicherung einbezieht. Nur ein Antrag der Sozialdemokratie wurde kurz vor Jahresluß durchgebracht, der die Regierung ersucht, eine entsprechende Gesetzesvorlage einzubringen. Ferner wurde endlich die Frage des Ersatzes von Sachschäden und der Lieferung von Hilfsmitteln zugunsten der Unfallverletzten erledigt, die sich seit dem Juni 1926 hinschleppte.

In der Knappschaftsversicherung gelang es der Sozialdemokratie, einen verwegenen Handstreich der Deutschnationalen abzuschlagen, deren Vertreter und zugleich Vorsitzender des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes vorschlug, die kaufmännischen Angestellten der Bergwerke aus der Knappschaftsversicherung herauszunehmen, wobei sich diese jämmerlich gestanden haben würden. Dabei zeigte es sich, wie recht wir hatten, als wir feiner als die Deutschnationalen die Schaffung einer besonderen Abteilung für Angestellte in der Knappschaft, die durch den Bürgerlos, unter Führung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, erfolgte, ist der Beginn des Abbaus der Knappschaftsversicherung.

Die sozialpolitischen Wahlen zeigten nicht überall ein ungetrübtes Bild für die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse. Durch die unselbige Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse durch die SPD ließ sich diese verkleinern, eigene Listen aufstellen, wodurch einige große Krankenkassen, die bisher fast in der Hand der Arbeiter waren, bürgerliche Mehrheiten erhielten. Durch das unerhöht schlechte Wahlrecht zur Angestelltenvereinswahl wurde, das nur unwesentlich im Frühjahr 1927 verbessert wurde, ist es der „KfA“ nicht gelungen, ihre große Stimmenzahl in entsprechenden Vertreterzahlen auszumünzen.

Diese Wahlen sprachen aber auch sonst eine sehr ernste Sprache. Den bürgerlichen Angestelltenverbänden gelang es, überraschend hohe Stimmenzahlen zu erzielen. Trotzdem diese bürgerlichen Verbände sich geradezu strafschuldig an den Interessen der Angestellten verhielten, ließen ihnen diese in Scharen zu. Auch hier ist also der Zug der Revolutionszeit, der Hunderttausende von Angestellten zur Arbeiterbewegung führte, vorbei. Es muß daher alle Kraft darauf gerichtet werden, andere Mittel und Methoden des Kampfes zu finden, die uns diese Schichten wieder zuführen.

In erster Linie aber wird die Arbeiterschaft bei ihrem Kampfe um die Sozialversicherung um die noch in den Händen des Zentrums befindlichen Arbeiterarmeen ringen müssen, damit in den kommenden Parlamentswahlen die Macht des Bürgerblods gebrochen wird. So, und nur so, wird das Jahr 1928 dann ein Jahr des wirklichen Fortschritts der Sozialversicherung sein.

Es mehren sich die Zeichen, das weite Kreisse des Bürgerblods gewillt sind, ernsthaft Schluss zu machen mit der Zwangsversicherung. Auch die Entscheidungen des Reichsversicherungsamts der letzten Zeit in Fragen der Zugehörigkeit zur Pflichtrentenklasse, die zugunsten der so schädlichen Erwerbslosen ergingen, stimmen bedenklich.

Ein angelegter Leser der Deutschen Bergwerkszeitung schreibt unter anderem am 17. Dezember 1927, nachdem er „festgestellt“ hat, daß an den niedrigen Löhnen nicht die Unternehmer schuld sind, folgenden:

„Die Sozialversicherung ist schuld daran. Die Sozialversicherung, die in einer Republik überhaupt keine Berechtigung hat. Der freie Staat war ein Obrigkeitsstaat. Dieser war verpflichtet, für seine Untertanen zu sorgen. In der Republik ist eines der Hauptmotive: freie Bahn dem Tüchtigen! Weg mit allen Hemmnissen und Schnurperlsperren. Was hat denn der Arbeiter von der Sozialversicherung? Zum Leben zu wenig. Wenn jeder Arbeiter die Beiträge, die er für soziale Zwecke aufbringen muß, selbst verwalten könnte, so würden sehr viele — wie in früheren Jahren — sich ein eigenes Anwesen schaffen.“

Wahrlich ein edles Bekenntnis einer echt republikanischen Unternehmerklasse! ... Und die Republik ist gut, wenn sie uns den Willen tut.

Dieselben Gedankengänge werden in einem Flugblatt „Versicherungswesen und Volkswirtschaft“, von der „Deutschen Erneuerungsgemeinde“ herausgegeben, vertreten. Nach diesem Flugblatt ist die Zwangsversicherung an dem Elend und dem Verfall der deutschen Volkswirtschaft schuld.

Aus diesen sich mehrenden Beispielen geht hervor, daß jetzt auch versucht wird, unter den Zwangsversicherten zu werden und diese gefahrdrohend zu machen. Darum muß im Jahre 1928, das zu einem Wahlsjahr der Wahrung mit dem Bürgerblod werden muß, die Sozialdemokratie die Sozialpolitik in den Mittelpunkt des Kampfes stellen. Millionen, die sonst der Arme fernbleiben, aber untreue Gegner pfeifen, werden so gewonnen werden können.

Schiedsprüche

In der mitteldeutschen Metallindustrie

WLB Magdeburg, 12. Januar.

Die Spruchkammer hat heute für die mitteldeutsche Metallindustrie einen Schiedspruch gefällt, wonach der Spitzenlohn für Facharbeiter 78 Reichspfennige, für angeleitete Arbeiter 72, für ungeleitete 65 Reichspfennige beträgt. Die übrigen Lohnsätze erhöhen sich im gleichen Verhältnis. Die Auszahlungssätze für Monteure erhöhen sich um 8 Prozent. Die Gleitregelung erhöht sich um 10 Prozent. Für Anhalt wird eine Sonderregelung getroffen. Dieses Abkommen tritt am 15. Januar in Kraft und ist mit einer Frist von 14 Tagen kündbar, erstmals zum 20. September 1928.

Für die Feinlebewerke

WLB Klotz, 12. Januar.

In dem Lohnstreit zwischen der Leitung der Feinlebewerke Wernemünde und der Belegschaft wurde vom Schlichter ein Schiedspruch gefällt, zu dem sich die Parteien bis zum Sonnabend zu äußern haben, widrigenfalls der Spruch als abgelehnt gilt, wo-

nach alsdann die Verbindlichkeitserklärung durch den Schlichter für Mecklenburg-Schwerin zu erfolgen hätte.

Der heute ergangene Schiedspruch steht für die Facharbeiter der Wernemünde eine Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pfg. bis zum 30. Juni und um einen weiteren Pfennig bis zum 30. September 1928 vor. Die Arbeit soll als durch den Streit nicht unterbrochen gelten. Die noch im Ausland befindliche Belegschaft ist zur Hälfte während der nächsten zwei Wochen, zur andern Hälfte im Laufe der folgenden zwei Wochen wieder einzustellen.

Zur Geschichte der Arbeitszeit in USA

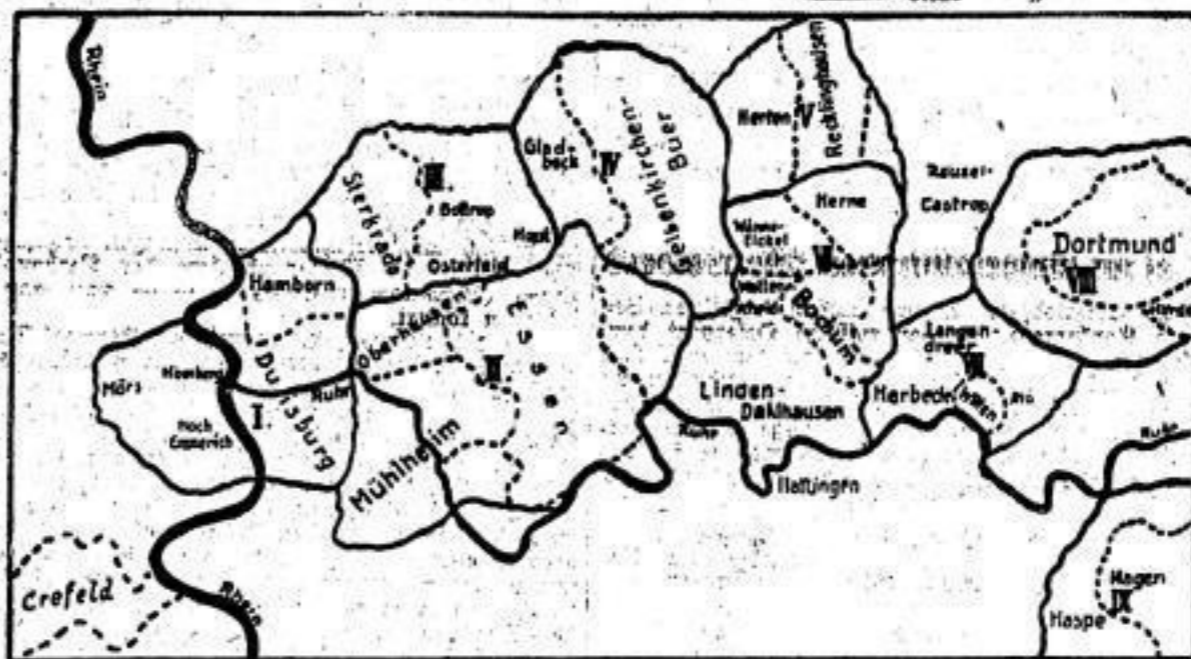
Einen Bericht von William Green, dem Präsidenten des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, entnehmen die Presseberichte des IGB u. a. die folgenden Angaben über die Arbeitszeit in den USA:

In den Jahren 1778—1835 wurde in den Fabriken bis lange gearbeitet, wie auf dem Lande, d. h. von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, resp. 14—16 Stunden. 1833 setzte die hauptsächlich von den Bauarbeitern eingeleitete Kampagne zugunsten des 10-Stunden-Tages ein. 1840—1870 ist die Periode, in der versucht wurde, möglichst viel auf geheimerem Gebiete zu erreichen. Diese Agitation führte im Jahre 1840 zur Festlegung des 10-Stundentages für die Bundesangestellten. 1865 begann die Kampagne zugunsten der Achtstundentage. 6 Staaten nahmen solche Gesetze an, sie blieben jedoch ziemlich wirkungslos. Sobald die Gewerkschaften erstarkt, verließ man sich nicht mehr auf gesetzliche Aktionen, sondern die Gewerkschaften suchten die Arbeitszeit selber herabzusetzen. 1884—1890 wurde auf diesem Gebiete viel geleistet. So eroberten die Schreiner im Jahre 1890 den Achtstundentag in 137 Städten. Die großen Massen der Arbeiter waren jedoch noch lange Zeit hinaus viel länger beschäftigt. So arbeiteten im Jahre 1900 noch 78 Prozent der Arbeiter in den fabrikmäßig arbeitenden Industrien 54—60 Stunden und 8 Prozent über 60 Stunden. Die große Umwälzung kam während des Krieges und nach Friedensschluss, was an Hand nachstehender Tabelle verfolgt werden kann, in denen die Prozentätze der erfassten Berufe für die angegebene Stundenzahl aufgeführt sind:

per Woche:	1900	1914	1919	1921	1923
48 Stunden und weniger	7,2	11,8	48,7	51,5	46,1
54 Stunden	7,3	13,5	18,5	18,2	21,9
54—60 Stunden	70,1	68,9	31,8	27,5	30,1
Über 60 Stunden	8,7	5,8	3,0	2,5	1,9

Das Eingemeindungsproblem im Ruhrgebiet

Bevölkerungs-Konzentration im Ruhrgebiet — der Weg zur Einheitsgemeinde



I. Duisburg-Samborn Märkisch-Samborn-Emmerich	circa 600 000 E	IV. Gelsenkirchen-Buer- Gladbeck	circa 450 000 E	VII. Witten-Annen Langenbrunn-Herbede	circa 100 000 E
II. Essen Stadt-Land Wülfrath-Oberhausen	900 000 E	V. Ardinghausen Stadt-Land Serten	300 000 E	VIII. Dortmund Stadt-Land Hörde-Stadt	550 000 E
III. Bottrop-Sterkrade Ostfeld-Bocht	200 000 E	VI. Bochum-Wanne-Eickel Herne-Wattenscheid	450 000 E	IX. Hagen-Saase	150 000 E

Kaum ein Gebiet Deutschlands zeigt einen so stürmischen Entwicklungsgang wie das Ruhrgebiet. Schon vor dem Kriege bestand das Verlangen nach Schaffung einer Industrieprovinz, damit durch den Wegfall der Provinzgrenzen von Rheinland-Westfalen die Entwicklung der Kommunen nicht gehindert würde. In der Nachkriegszeit ist durch die in Aussicht stehende Neugliederung des Reiches diese Frage verstimmt, aber die Ausdehnung der Städte und Industrieorte geht seinen Weg und verlangt Veränderungen, so daß schon der Plan einer Ruhrstadt besprochen wurde, der das ganze Ruhrgebiet, die Kette der zusammenhängenden Städte von Duisburg bis Dortmund, zu einer Einheitsgemeinde umfassen soll wie Groß-Berlin.

Im vergangenen Jahre ist im westfälischen Teil des industriellen Ruhrgebiets durch Schaffung der Mittelstädte Wanne-Eickel und Wattenscheid sowie der Eingemeindungen in Bochum und Gelsenkirchen ein Schritt zur Konzentration erfolgt, der aber, wie die neue Eingemeindungsvorlage der Preussischen Staatsregierung deutlich erkennen läßt, nur ein vorläufiger Anfang in den kommunalen Grenzveränderungen im Ruhrgebiet gewesen ist. Die völlige Auflösung des Landkreises Dortmund und seine Verteilung an die Städte Dortmund, Herne, an die Stadtgebiete Castrop-Rauxel und Linen, ferner die Zusammenlegung von Gelsenkirchen-Buer-Dorst, zeigen uns, welcher Art die Pläne sind, nach denen der Konzentrationgedanke voranzutragen werden soll.

Die Vorlage der Preussischen Staatsregierung ist gekennzeichnet durch das Bestreben, jetzt getrennt verwaltete große Gebiete zu einheitlichen Kommunalgebilden zusammenzufassen. Den Hauptanstoß haben die finanziellen Nöte der Gemeinden, hervorgerufen durch eine verkehrte Steuerpolitik des Reiches, gegeben. Andererseits hat dabei auch die verwaltungstechnische Seite eine Rolle gespielt. Eine großzügige Verwaltungsreform im Staate ist ohne eine entsprechende kommunale Neuordnung nicht gut denkbar! Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet ist die neue Eingemeindungsvorlage zu begrüßen. Zu bemängeln ist jedoch, daß das Staatsministerium auf halbem Wege stehen bleibt, also wiederum nur Stillwerk macht. Gewisse Interessen scheinen hierbei eine große Rolle gespielt zu haben.

Bestehende Kartensätze gibt ein Bild der Bevölkerungskonzentration von über 30 Kommunen. Die Karte stellt den Vorschlag eines Kommunalratsmannes dar, der dahin geht, diese Kommunen, große und kleine Industrieorte, deren baulicher Zusammenhang längst gegeben ist, zu neuen Großstädten zu vereinen. Aus der angefügten Tabelle ist zu ersehen, welche Größe die einzelnen Städte bekommen würden, falls der Vorschlag einmal Verwirklichung finden sollte. Die Verdrößerung der Stadtgrenzen dieser Großstädte würde weitgehende Aussichts für Wohnungsbau und andere moderne Einrichtungen dieser Einheitsgemeinden für die Zukunft ermöglichen, die für die Massenmassen dieses Industriezentrums von weittragender Bedeutung sein würden.

Weißer Zähne: Chlorodont

Ein Urteil von Vielen: „Da ich schon mehrere Jahre zum Putzen meiner Zähne Chlorodont benutze, gestatte ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich, seit ich Chlorodont verwende, schneeweiße Zähne bekommen habe. Ich hatte früher Zahnbelag und versuchte mit allen möglichen Mitteln denselben zu beseitigen, was mir mißlang, bis ich Ihre vorzügliche Zahnpaste Chlorodont kaufte und auch probierte. Chlorodont allein führte mich zum Ziel. Ich werde heute oft beneidet und gefragt, womit pflegen und putzen Sie Ihre Zähne? Ich kann dann Ihre Zahnpaste Chlorodont weiter empfehlen, daß auch unsere Mitmenschen zu einem guten Resultat kommen, wie ich. Anbei ein Bild, woraus Sie ersehen wollen, daß meine Zähne auch wirklich schneeweiß sind, trotz des Rauchens. Wenn das Bild nicht mehr benötigt wird, bitte ich um Rücksendung.“ Berlin-Tempelhof, Chr. R. (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt). — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pfg., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Sächsische Angelegenheiten

Der redliche Schlosserinnungs-Chefoberrmeister

Eigentlich hat ja wohl der Handwerkerführer Weber, der jetzt als sächsischer Finanzminister der Wirtschaftspartei fungiert und nebstbei mit der Ernennung zum Schlosserinnungschefoberrmeister ausgezeichnet worden ist, seinen Beruf verfehlt; er hätte müssen Kesselprediger werden. Wo hat er nicht schon alles geredet und was vor allem. Was hat er nicht schon alles geredet! Am Donnerstag ist er wieder in Leipzig in einer Wahlkreis-Konferenz der Mittelstandsgruppe aufgetreten. Diesmal als Propagandarebner für die Mittelstandspartei. Natürlich hat Weber auch diesmal nicht vergessen, sich gebührend das Lob wie die Löffelzinken in den Mund zu schmeieren. „Er“ hat ein schweres Erbe übernommen. „Sein“ Erbe ist nun fertiggestellt. Die Welt werde in den nächsten Tagen sehen, daß er bei der Staatsaufstellung „seine Grundsätze“ durchgeführt habe. Unter seiner glänzenden Führung nimmt der Mittelstand in Sachsen eine Vorpostenstellung ein usw.

Dann ging der Kleine Spindikus zur großen Politik über. Der Mittelstand müsse für seine Machtposition im Reichstage sorgen. Man wolle kein „Reichsland Norddeutschland“ mit der Mainlinie, sondern „ein gesundes Mitteldeutschland“. Was diese Mittelstandspolitiker unter einem gesunden Mitteldeutschland verstehen, ist ja hinreichend bekannt, der mittelständlerische Reichstagsabgeordnete Drewh formuliert es in dieser Versammlung dahin, daß der kommende Reichstag kämpfen müsse um wirtschaftliche Freiheit und steuerliche Gerechtigkeit. Wenn bei den Wahlen das bodenständige Bürgerturn in Handwerk, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft nicht zusammenstehe, dann werde es mit der bürgerlichen Wirtschaft vordere sein. Jetzt werde eine Wirtschaft getrieben, die weit entfernt sei von den Gesichtspunkten der privaten Wirtschaft.

Das ist das Programm, unter dem der sächsische Finanzminister Weber und seine Freunde das gesunde Mitteldeutschland schaffen wollen. Welche Gefahr für den wirtschaftlichen Fortschritt darin liegt, ergibt sich aus der Tatsache, daß Weber als Finanzminister den entscheidenden Einfluß über die gemeinwirtschaftlichen Betriebe des sächsischen Staates hat und daß zur Zeit weitgreifende Pläne über Zusammenschlüsse großer Gemeinden und Gemeindevorstände zur Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser betrieblen werden, die weit über Sachsens Grenzen hinausgehen. Die Verwirklichung dieser Pläne unter dem entscheidenden Einfluß jener Mittelständler wäre die größte Gefahr für den Ausbau der Gemeinwirtschaft. Daher müssen die Arbeiter im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts alle Anstrengungen machen, Herrn Weber und seine Freunde gründlich heimzuschicken. Lange genug haben die zehn Abgeordneten der Wirtschaftspartei in Sachsen ihren reaktionären Einfluß ausgeübt, es wird Zeit, daß damit aufgeräumt wird. Wenn die Arbeiter diese Aufgabe richtig erkennen, dann wird auch der redliche Finanzminister Weber seine Rolle bald ausgespielt haben.

Weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung berichtet über die Arbeitsmarktlage u. a.:

Die Zunahme des Gesamtangebotes auf dem Arbeitsmarkte hat sich auch weiterhin noch fortgesetzt. In den Lehndberufen hat zwar der Zusammenhang mit der milden, gemäßigten Witterung eine leichte Besserung eingekehrt, in der Industrie hat sich jedoch teilweise

der Rückgang im Beschäftigungsgrade vermindert, insbesondere in der Tafelglas-, Metall- und Holzindustrie. Es machen sich hier Rückwirkungen der Saisonarbeitslosigkeit in den Lehndberufen, insbesondere im Baugewerbe, bemerkbar. In der Textilindustrie bleibt im allgemeinen die Lage stabil. In den Spinnereien, Webereien, Ausstattungsanstalten und in der Strumpf- und Tricotagenindustrie ist der Bedarf an Arbeitskräften betriebigend. In der Seiden-, Spitzen- und Gardinenindustrie ist der Bedarf geringfügiger, zum Teil haben auch Entlassungen stattgefunden. Im Nahrungsmittelgewerbe ist, mit Ausnahme der Zigarettenindustrie, die Nachfrage allgemein zurückgegangen. Dasselbe gilt auch für das Bekleidungs- gewerbe, wo insbesondere im Schneidergewerbe ein starkes Nachlassen des Beschäftigungsgrades beobachtet werden kann. In der Papier verarbeitenden Industrie und im graphischen Gewerbe sind ebenfalls allgemein Einschränkungen vorgenommen worden, so daß hier das Angebot an Arbeitskräften merkbar zugenommen hat. Im Gastwirtsgeerbe ist die Nachfrage nach Arbeitskräften gestiegen; in den meisten Fällen handelt es sich allerdings nur um einen vorübergehenden Bedarf. Im Transport- und Verkehrsgewerbe beschränkt sich die Nachfrage auf Kraftfahrer und Kohlenarbeiter. Der Bedarf der Reichsbahn ist stark zurückgegangen. Auf dem Arbeitsmarkte der Unterhaltungsindustrie ist infolge des Quartalswechsels das Angebot erheblich zugenommen; die Nachfrage hat sich nicht entsprechend gesteigert.

Die Vermittlungstätigkeit für die Landwirtschaft hat mit Beginn des neuen Jahres allgemein stark zugenommen. Die Nachfrage nach männlichem Personal konnte gedeckt werden, während bei der Befriedigung des Bedarfes an weiblichen Kräften die bekannten Schwierigkeiten wieder auftraten. Auch im Stein- und Zementgewerbe hat der Bedarf an Arbeitskräften wieder etwas zugenommen.

Die Zahl der Unterhaltungsbeschäftigten in der Arbeitslosenversicherung und in der Krankenversicherung ist vom 1. bis 31. Dezember 1927 von 85 827 auf 123 479, also um 37 652 gestiegen.

Ein östlicher Feudalherr

Wie sich der Herr Graf vor sozialistischen Basillen schützen will. Die Dresdner Volkszeitung berichtet: „Das Feudalbüchlein Mittel bei Bauhen hat schon oft von sich reden gemacht. Allerdings war das nicht etwa das Verdienst des dortigen Fremden- versicherungsvereins oder eines Kesselsbüchleins, sondern die Mittelere haben dies dem Rittergutsbesitzer Grafen von Holstein zu verdanken, der auch der eigentliche Macher der Stahlhelmbewegung im dortigen Bezirk ist. So wählte man einmal in der Mittelere Kirche eine Stahlhelmschmiede durch einen Geistlichen, dann unternahm man eine Schließung zur Befestigung der Lehrentstelle mit einem Günstling des Stahlhelmschmiedens, und jetzt wird ein neuer amüsanter Fall bekannt.“

Vor einigen Monaten suchte der Stahlhelmschmied in einer Bauhütte bürgerlichen Geltung einen herrschaftlichen Kutscher und stellte dabei folgende Bedingungen: Gebortener Kavallerist, Unteroffizier, guter Pferdebesitzer, 1,70 Meter groß und vor allem mit vaterländischer Gesinnung. Die Wahl des Grafen entfiel auf einen Bewerber namens Klein, der seitdem die Ehre hat, sich herrschaftlicher Kutscher des Grafen von Holstein zu nennen.

Dieser Kutscher mit der vaterländischen Gesinnung schenkt aber ein ganz wertvoller Mann zu sein. Jedenfalls freunde er sich bald mit dem Briefträger des Ortes an, also einem republikanischen Beamten, der aber über sein „Beamtenrepublikanismus“ hinaus auch persönlich ein überzeugter Republikaner ist. Auch die Kinder der beiden Väter schlossen Freundschaft miteinander.

Keinigen Blickes sah nun der Herr Graf, wie hier alle vaterländischen Belange vernachlässigt wurden, und fürchtete alles Ernstes um die vaterländische Gesinnung seines Leibkutschers. Der würde doch nicht etwa republikanische oder gar sozialistische Basillen in das vom Stahlhelmschmied durchweichte Mittelere Schloß tragen? Das durfte nicht geschehen! Also bemühte sich der Graf von Holstein höchst eigenhändig (man bedenke!) zu dem republikanischen Briefträger, hielt ihn auf der Straße vor dem Postgebäude an und

unterlag ihm den Verkehr mit seinem Leibkutscher sowie den Verkehr der Kinder miteinander. Er hielt dem vorerst ganz erstaunten Briefträger vor, daß er doch als christlicher Sozialist oder gar Kommunist (das scheint für den Grafen jeder Republikaner zu sein) unmöglich mit seinem Kutscher verkehren könne. Wenn dies trotzdem weiter gehe, sehe er sich selber gezwungen, seinen Kutscher zu entlassen!

Es folgte nun noch eine Unterhaltung zwischen dem Grafen und dem Briefträger, bei dem dieser den Grafen fragte, ob er, der Graf, denn seine deutschnationale und Stahlhelm-Gesinnung auch so offen zum Ausdruck bringen würde, wenn er sich an der Stelle eines Briefträgers befände. Darauf eine verlegene Redensart. — Alles in allem ist dieses Bild ein kennzeichnendes Beispiel dafür, was gewisse Leute unter der „Freiheit der Meinungen“, die sie für sich immer so laut fordern, verstehen, wenn andere, und nun gar noch Angestellte, von ihr Gebrauch machen wollen. Der Herr Graf, dessen Gattin übrigens die Tochter eines der reichsten Sachsen, besitzt 35 Millionen Grunderwerbzone im Elsaß ist (1), beliebt Methoden, die vielleicht früher einmal gang und gäbe waren, die sich aber die Arbeiterschaft heute entschieden verbitten muß.

Auch ein Reford

Die kommunistische Arbeiterstimme in Dresden hat in der ersten Woche des neuen Jahres einen beachtenswerten neuen Reford aufgestellt. Da die ganze Arbeit der Kommunisten darin beruht, recht tüchtig auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu schimpfen, basiert der Reford auf diesen Schimpferellen. In der ersten Woche des neuen Jahres brachte die Arbeiterstimme insgesamt 49 Artikel, die sich gegen die Sozialdemokratische Partei und deren Politik in den Gewerkschaften richten. Das macht täglich 8 Artikel gegen die Sozialdemokratie. Auch eine erstaunliche Leistung und ein Reford in unserer Zeit. So streben die Kommunisten nach der „Einheitsfront“!

Das Wachsen der Konsumvereine

Der Konsumverein Vorwärts für Dresden und Umgegend erzielte im Dezember 6 Millionen Mark Umsatz. In diesem Umsatz war der Web-, Wirt- und Schuhwarenabteilung mit 1 852 000 Mark, die Bäckereiabteilung mit 1 290 000 Mark, und die Fleisch-, Wurst- und Fischabteilung mit 222 000 Mark beteiligt. Der Gesamtumsatz in den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres beträgt 24 Millionen Mark. Fünf neue Verteilungsteile wurden in diesem Zeitraum eröffnet. Seit dem 1. Juli 1927 sind 4250 neue Mitglieder dem Verein beigetreten.

Nachträge zum Mordprozess gegen Sanitätsrat Dr. Böhm

Der Bruder der erschossenen belitten Frau des Sanitätsrates Dr. Böhm in Groß-Rohrdoorf, Kaufmann Georg Landrock, hatte eine Klage auf Erbnunwürdigkeit angekreuzt; um die Herausgabe des beträchtlichen Vermögens seiner Schwester zu erwirken. Die Erste Instanz des Landgerichts Dresden hatte diese Klage abgewiesen. Dagegen war Berufung eingelegt worden. Der Zweite Instanz des Oberlandesgerichtshofes erkannte nun am Montag gleichfalls auf Abweisung der Klage. Das Landgericht klagt sich bei Abweisung der Klage auf das Urteil des Schwurgerichtes Dresden, das bekanntlich auf Einstellung des Verfahrens lautete.

Erinnertes. Mit 70 Jahren wieder ins Zuchthaus. Wegen vorläufiger Brandstiftung wurde der 70 Jahre alte Franz Jakob in Langenreinsdorf vom Gemeindefiskus Schöffengericht zu fünf Jahren Zuchthaus und Ehrenrechtsverlust verurteilt. Er hatte die Scheune eines Gutsbesitzers angezündet, sich an dem Feuerstein gemeldet und gleich darauf der Polizei in Erzmittelschau gestellt. Jakob ist bereits 44 mal vorbestraft. Durch das Feuer wurde ein Schaden von 20 000 Mark verursacht. Wahrscheinlich wollte sich der Brandstifter eine Altersversorgung schaffen. Wie herrlich ist es, doch in dieser „göttlichen Weltordnung“!

Die äußerste Anspannung der gewaltigen Kräfte bringen
 Unermessliche Preisvorteile!
**INVENTUR-
 AUSVERKAUF**
 Um jeden Preis Räumung
 überschüssiger Bestände!
 Unternehmern wird ihn ins Rollen bringen



ZALTMANN

Er wird alle in seinen Mann ziehen und allen Vorteile bringen :: Beginn: Montag, den 16. Januar.



Auf dem Friedhofe

Wie das so ist bei Hochbetrieb im Krematorium und auf dem Friedhof; die Zeit für Besichtigungen läßt sich nicht genau einhalten, und wenn man gar vorpünktlich da ist, steht man bald in einer größeren Schaar und wartet mit ihnen. Und beobachtet natürlich. Die Trauerzüge, die Leidtragenden, ihre Kiebel, den Sargschmuck, die dem Toten folgenden Freunde und Bekannte. Und man sieht da viel, Trauriges und Komisches, und man hört auch manches, was sonst verschwiegen wird.

Hinter zwei Herren vom Typ des höheren Beamten stand ich, als ein außergewöhnlich langer Trauerzug heranrückte. Die weinende Witwe mit den Kindern blieb unbesprochen, auch die nächsten hinter ihr, vielleicht die näheren Verwandten des Toten. Aber dann kam eine lange Reihe von Männern, die zur Aufmerksamkeit herausforderte. Stillschweigend Arbeiter oder kleine Beamte der letzten Gehaltsklassen, die ihrem ganzen Aussehen nach täglich schwer mit dem Leben kämpfen mußten. Sie trugen in schlecht passenden schwarzen Röcken, hatten unfröhliche, schwarze Köpfe auf dem Kopfe und wirkten trotz ihrer ersten Gesicht nicht feierlich, sondern komisch. Sicherlich hatten sie den Toten zu Lebzeiten kein "Gut" genannt, aber jetzt wirkte ihr ganzer Auszug, als hätten sie nie anders als "teurer Eduard" gesagt.

Der eine der höheren Beamten vor mir tuschelte dem anderen ins Ohr: "Dieser unumgängliche Anzug und die grimmiige Trauermensche selbst den Leuten, wie einem Maulesel das Borstbüschchen." "Stimmt," antwortete der zweite, "aber lassen Sie nichts hören. Es sind zwar Proleten, aber welche von der ungefährlichen Sorte. Sehen Sie nicht?"

Ich schaute seinem Augenblinzeln nach. Die drei vordersten im Trauerzuge wickelten sich gelbblaue Schärpen um den Bauch, singerten aus einer Wachsstockflöte eine große Fahn- und ließen sie über den Zylinderhüten flattern. Es stand zwar nicht da, daß sie von den Frauen und Jungfrauen des Vereins gestiftet sei, doch war es zu vermuten. Denn im übrigen sprach die Fahn- deutlich für den Geist des Vereins. Auf gelbem, seltsamen Untergrunde prangte ein stolzer Ritterkrieger im schönsten Schwarz, und seine weichen Lippen und der brennend rote Kamm gaben die passende Farbenkomposition. Um keinen Zweifel zu lassen, war im Zeichen dieses Schwarzweißrotens Godels zu fügen und zu stehen gedacht, leuchtete die Umschrift "Gefällig- und Kleinfortschrittverein" köhlig über den Friedhof.

Der Spott der beiden "besseren" Herren wirkte so hart, wie er sich anhört? Nein. Sie haben von ihrem Standpunkte aus sogar recht. Denn es wirkt komisch und lächerlich, wenn der Arbeiter auf dem Friedhofe vorzöge, daß in dieser Klassengesellschaft sogar die Beerdigung noch eine Angelegenheit des Klassenkampfes ist und sein muß. Wenn er auf dem Friedhofe die Gebrauche der anderen Klassen in Kleidung und Benehmen nachahmt, darf er sich nicht beschweren, wenn die ihn auslachen; denn ihre Gebrauche passen nicht zu seinem Wesen, weil sie ihm auch sonst längst fremd geworden sind. Er wird belächelt, wenn er trauert. Und daran ist der Arbeiter selbst schuld, wenn er auf dem Friedhofe den sonst überwundenen Kleinbürger heraushebt. Hannos.

Auch die dritte Januarwoche bleibt mild

Nichts zeigt so anschaulich den ausschlaggebenden klimatischen Einfluß des Atlantischen Ozeans auf die Witterung Europas wie die Geschwindigkeit, mit der binnen acht Tagen in der Ebene auch die letzten Spuren der strengen Kälte verschwunden waren, die im Dezember und erneut in den Tagen des Jahresanfangs Europa in Eis und Schnee gehüllt hatte. Nur in einzelnen Küstengebietern und auf den Strömen Osteuropas gibt es noch nennenswertes Eis; das flache Land selbst ist nun schon wieder fast geräumer Zeit freigelegt, und zwar im Nordosten bis zum Finnischen Meerbusen, lediglich im Mittel- und Alpengebiet ist es gelegentlich noch zu etwas schärferen Nachfröhen gekommen. Die geringen, durch Unterbrechung entstehenden Bodenfröste in Stunden nächtlicher Aufheiterung sind bedeutungslos; sie wiederholen sich, wie man weiß, oft bis tief ins Frühjahr hinein, selbst wenn tagtäglich bereits Frühlingswärme herrscht.

Die anhaltende Ueberflutung des Festlandes mit warmer atlantischer Luft hat dem Witterungsbild längst wieder ihren Stempel aufgeprägt. Es unterscheidet sich in keiner Weise von dem in den vorangegangenen drei milden Wintern, mutet an manchen Tagen, an denen bei der milden Westluft die Sonne zum Durchbruch kommt, schon vorfrühlingshaft an und trägt gewisse vortellige Prophezen, die während der kalten Dezemberstage schon wieder einen höchst strengen Winter voraussetzen zu müssen geglaubt haben. Wer einiges Gedächtnis hat, der wird sich erinnern, solche Unterfälle auch vor den beiden letzten Wintern vernommen zu haben. Zur Zeit sieht es jedenfalls in Mitteleuropa nach allem anderen aus nach einem strengen Winter aus, und wenn die Möglichkeit erneuter Kälteeinbrüche von Norden oder Osten her auch durchaus nicht von der Hand gewiesen werden soll, so würde auch das nachteiligste mit einem strengen Winter gleichbedeutend zu sein brauchen. Bisher war nur der Dezember ausgesprochen kalt; er hatte im allgemeinen eine um lediglich 1/3 Grad zu niedriger mittlere Temperatur; aber die bisher abgelaufene erste Januarhälfte weist schon wieder einen Wärmeherrschaft auf, und es fehlen bloß alle Anzeichen für eine baldige Veränderung des ausgesprochen milden Witterungscharakters. Winter, der nach einem kalten Vorwinter nachher mild oder sogar sehr mild zu verlaufen pflegen, sind sogar sehr häufig; den letzten dieser Art hatten wir erst 1925/26; ähnlich war der Winter 1919/20 mit seinem kalten und schneereichen November und seinem dann am 1. März bereits eingetretenen, völlig schlaflosen Frühling, in dem sogar in Nord- und Ostdeutschland schon am Ende der ersten Aprilwoche die gesamte Vegetation voll entwickelt war. Lassen wir uns also nicht hängen machen, sondern die milde Witterung die nächsten zehn Tage überbauert, kann mit großer Wahrscheinlichkeit darauf gerechnet werden, daß, wie leicht von einzelnen kurzen Frostperioden abgesehen, der Rest des Winters mild bleibt und in ein zeitiges Frühjahr überleitet.

Da nach wie vor eine ununterbrochene Kette von Tiefdruckwirbeln sich westwärts über den Atlantik und den nordamerikanischen Kontinent bis zum Stillen Ozean erstreckt, so wird aller Voraussicht nach auch in der kommenden Woche das milde Westwetter

Riesenstandal im Leunawerk!

Die Arbeiter haben zu „hohe“ Löhne

Das kapitalistische System lebt neben der realen Macht der Bajonette, die es beschützen, von den Legenden, die es umschweben. Es ist die berühmte „Unternehmerinitiative“, die Tüchtigkeit der Kapitalisten und ihrer Direktoren, die nach der herrschenden Meinung Ordnung, Wohlergehen und feste Gewinne über die Menschheit bringen. Die Kapitalisten und ihre Stellvertreter, die Direktoren und Aufsichtsräte, das sind die klugen und neuartigen Herren, die sich für den Segen der gesamten Menschheit sorgen und härmten. Wie es aber in Wirklichkeit aussieht, für wen es sorgt und für wessen Taschen geschafft wird, das lehrt die neuliche Standalaffäre, die in den Leuna-Werken passiert ist.

Die Angelegenheit, über die wir bereits vor einiger Zeit berichteten, beginnt wenig romantisch mit einem kleinen Leipziger Malermeister namens Albert Schönfeld. Bis zum Jahre 1917 lebte er — mehr schlecht als recht — ein bescheidenes, unauffälliges Dasein. Damals erhielt er einen kleinen Auftrag für die Leuna-Werke. Für seine Malerarbeiten bekam er Abschlagszahlungen, abgerechnet wurde immer nach bestimmten Zeitabschnitten. Man kann nicht sagen, daß Sch. damals schon an Leuna ein reicher Mann wurde. Sein Geschäft setzte in der Inflationszeit ein, als hunderttausende Menschen Hunger litten, begann er zu verdienen. Denn schon damals, mitten in dem kümmerlichen Währungsverfall, begann für Schönfeld eine „Aufwertung“. Da es sich anfangs nur um unbedeutende Beträge handelte, wurden ihm seine Aufwertungsforderungen für zurückliegende Arbeiten ohne weiteres bewilligt. Bald sah aber Schönfeld ein, daß mit der Inflation und der nachfolgenden Stabilisierung für einen „maternen Geschäftsmann“ viel zu verdienen sei. Er fand die Unterhaltung einiger verantwortlicher, zeichnender, rechnerischer Beamten der Holzabteilung des Leunawerkes. Mit deren tätiger Unterstützung erreichte er die Bezahlung von längst erledigten Malerarbeiten. Seine Protokolle erreichten sogar das Ungeahnte: Schönfeld erhielt eine Sammelbestätigung von Direktionsmitgliedern der Leuna-Werke, die dahin lautete, daß alle Rechnungen, die von Schönfeld eingereicht wurden, zu bezahlen seien.

Mit dieser Blankovollmacht begann nun ein neuer Abschnitt in des Malermeisters Leben. Er hängte nämlich seinen Beruf an den Nagel und machte sich ein Bureau in Gestalt einer Privatsekretärin auf, deren einzige Tätigkeit in dem Ausschreiben von alten, angeblich noch nicht bezahlten Rechnungen bestand. Anstandslos wurden diese Forderungen ein-, zwei- und auch oft fünfmal beglichen. Die leitenden Beamten der betreffenden Abteilung erhielten eine Gewinnbeteiligung von fünfundsiebzig Prozent. Auch für Malerarbeiten, die an andere Firmen ausgeliefert hatten, schrieb Herr Schönfelds Sekretärin wieder Rechnungen aus und sie wurden — beglichen. Langsam entflanden so

Forderungen im Gesamtbetrag von elf Millionen Goldmark. Als sich doch kleinere Schwierigkeiten bei der Bezahlung dieser Summe ergaben, beschloß Schönfeld die Dreistigkeit und das nötige Selbstvertrauen „zu seiner gerechten Sache“ und verklagte die Leuna-Werke erstmals auf die Zahlung von zweiundsiebzig Millionen Mark.

Schon im Jahre 1923 haben diese Zustände in den Leuna-Werken mehr als die dort erzeugten Ammoniakgase zum Himmel getrieben. Damals hat ein Malermeister die Anerkennung seines Namens angefordert beim Leuna-Direktorium gemacht. Was war die Folge? Auf Veranlassung des Direktionsmitgliedes Oberbaurat Schönberger wurde er sofort aus dem Werke entfernt. Jedenfalls wurden die Direktoren doch dadurch gezwungen, in der Angelegenheit etwas zu unternehmen. Mit der Unterbrechung beauftragte Detektive brachten reiches Material zusammen, aber auf Betreiben eines anderen Mitgliedes der Direktion wurde dieses schwer belastende Material nicht an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit wird gemeldet:

Gegen Direktor Schönberger, der vor einigen Tagen ganz plötzlich seinen Posten im Leunawerk aufgegeben hat und nach Ludwigshafen, dem Hauptsitz des Konzerns, verzogen ist, hat der Untersuchungsrichter bereits die Voruntersuchung eingeleitet. Wie eine heftige Korrespondenz erzählt, hat die Staatsanwaltschaft auch das Verfahren gegen Dr. Pollert eingeleitet.

Es war noch gemeldet worden, daß auch der Leiter der juristischen Abteilung des Leunawerkes, Dr. Pollert, an den Partizipationen beteiligt sei, das wird aber in einem Dementi von der Verlesung bestritten.

Eines machte sich bei der ganzen Voruntersuchung auffällig bemerkbar: solange es nämlich gegen kleine Angestellte und Beamte ging, benahm sich die Direktion gegenüber der Polizei äußerst zuvorkommend. Als aber einer der höchsten Herrschaften, nämlich der Oberbaurat Schönberger, der eigentliche Erbauer Leunas, und noch ein anderes Mitglied der Direktion in die Voruntersuchungsmassnahmen der Polizei hineingezogen wurde, geschah eine merkwürdige Wandlung. Die N. L. Z. weiß darüber zu berichten:

„Außerordentlich befremdend wirkt es, daß die Leuna-Direktoren, seitdem sie wissen, daß zwei Mitglieder ihres Direktoriums schwer belastet sind, von der Tätigkeit der Untersuchungsbehörde auf dem Werk nichts wissen wollen.“

Vom Leunawerk wird berichtet, daß zwei Direktoren beteiligt sind und behauptet, Schönberger habe nicht dem Direktorium angehört. Das bürgerliche Blatt erhebt nun die schier unglaubliche Behauptung:

„Säßen einzelne Mitglieder des Leuna-Direktoriums nicht mit ihrer Kenntnis zurückgehalten, so würde die 50-Millionen-Forderung Schönfelds bereits im Jahre 1923 abgewiesen worden sein.“

Wir vermuten, daß nicht viel Licht in diese Angelegenheit kommen wird, denn es scheinen viele Herren mit Namen und Einfluß kompromittiert werden zu können, und die Verantwortlichkeiten und Dinge strafrechtlicher Natur scheinen zu zahlreich bis in die höchsten Spigen der Leuna-Bureauskratie zu reichen, daß man voraussichtlich aus guten Gründen den Schleiher fröhlicher Nächstenliebe über Einzelheiten der ganzen Angelegenheit ziehen wird.

Die Angelegenheit hat aber noch eine andere Seite: Leuna gehört der I. G. Farbenindustrie. Dieses gewaltige Unternehmen weist jährlich, verschleiert in allen möglichen Formen, einen Riesengewinn aus, den es nicht zum wenigsten den Leunawerken und ihrer Produktion verdankt. Der Malermeister Schönfeld hat allein unerbittlich mehr als zweiundsiebzig Millionen Mark Leunagelder erhalten. Es soll auch für andere Lieferanten völlig unmöglich sein, ohne beträchtliche Schmiergelder Leuna-Aufträge zu erhalten.

Ein derartiges System der Schmiergelder ist für die Firmen, die unter diesen Umständen Aufträge erhalten wollen, nur möglich, wenn sie ihre Angestellten über das gewöhnliche Maß ausbeuten und andererseits minderwertige Arbeiten leisten. Auf jeden Fall scheinen die Leunawerke durch dieses System der Schmiergelder an viele Millionen Mark geschädigt worden zu sein. Summen, deren Höhe sich im Laufe der Jahre gewaltig summiert haben müssen. Und trotzdem konnten die Chemiekapitalisten der Leunawerke diesen gewaltigen Rationalisierungserfolg feiern. Trotzdem wiesen sie immer wieder auf die „unerschütterlich hohen Löhne“ der Leunawerke hin, die unter den übrigen Verhältnissen und Ausbeutungsmethoden „schiefen“ müßten.

In Leuna, zwischen Giftgasen, tausenden Werkslokomotiven, in höllischen Temperaturen und eisigen Juge, in entwürdigender Ausbeutung und Arbeitskontrolle arbeiten zehntausende Arbeiter. Wozu? Warum? Damit die Kurve der I. G. Farbenindustrie in die Höhe klettert, Abschreibungen erfolgen, Gewinne verschleiert werden und sich leitende Herren an einem derartigen Standal mischuldig machen. Das ist ein treffendes Beispiel für eine gewisse Art der kapitalistischen Rationalisierung!

mit einem Wechsel zwischen Regenfällen und trockenen Tagen fortzu dauern, wobei zeitweilig die Temperaturen, wie in der vergangenen Woche, besonders in West- und Süddeutschland wieder 10 bis 12 Grad Wärme erreichen werden.

Statistik der spinalen Kinderlähmung

Das Reichsgesundheitsamt gibt eine Statistik der in den letzten Jahren beobachteten Fälle spinaler Kinderlähmung, auch akute epidemische Kinderlähmung genannt. Die spinale Kinderlähmung trat in Deutschland erstmals im Jahre 1909 auf und war hauptsächlich in den preußischen Regierungsbezirken Arnberg und Düsseldorf. Ein Anstieg auf über 1000 Erkrankungen wurde im Deutschen Reich im Jahre 1913 beobachtet, während in den Jahren 1912 und 1914 nur 298 bzw. 242 Fälle gemeldet wurden. Epidemisch herrschte die Krankheit bereits seit 1911 in Standanabien. Noch schwerer war eine von Juni bis November 1918 im Staate Neuyork herrschende Epidemie, bei der 13 222 Erkrankungen, davon 10 342 in der Stadt Neuyork, festgestellt wurden. Nach dem Weltkrieg wurden im Deutschen Reich in den Jahren 1921/1922 jeweils 339, 601, 525, 541 und 380 Erkrankungen gemeldet. Die Zahl liegt im Jahre 1926 auf 1014 an. Im Jahre 1927 haben die Erkrankungen und zugleich die Sterbefälle noch weiter zugenommen. Es wurden in den ersten 40 Wochen der Jahre 1926 und 1927 1202 bzw. 1724 Erkrankungen und 125 bzw. 190 Sterbefälle ermittelt. Das Verhältnis der Sterbefälle zu den Erkrankungen hat sich jedoch 1927 gegen das Vorjahr nicht wesentlich verändert.

Zur Rückzahlung der Lohnsteuer

Bis zum 31. März müssen bei den Finanzämtern die Anträge auf Rückzahlung der zuviel abgezogenen Lohnsteuer eingereicht werden. Zur Erleichterung für die Antragsteller und Vereinfachung für die Finanzämter werden von den Finanzämtern Antragsformulare ausgegeben. Die Lohnbescheinigungen sollen enthalten: die Dauer der verschiedenen Beschäftigungszeiträume, die Höhe des erhaltenen Gesamtlöhnes und die Höhe des abgezogenen Gesamtsteuerbetrages. Außerdem sollen die Unternehmer in den Lohnbescheinigungen die Unterbrechungen der Beschäftigungsverhältnisse durch Krankheit, Streik und Kurzarbeit angeben. Für die Arbeiter, die im gesamten Bauergewerbe beschäftigt sind, ist das Lohnbescheinigungsformular jedoch ungenügend, denn es wird nicht gefordert, daß auch die Unterbrechungen wegen Witterungsverhältnisse angegeben werden müssen. Aber gerade im Jahre 1927 haben die Bauarbeiter sehr viel wegen Frost und Regen feiern müssen. Nur wenige Wochen konnten als volle Lohnwochen gebucht werden. Diese Frost- und Regentage zusammengezogen, ergeben einige Wochen, für die pro Woche mindestens 2,40 Mark an Steuern zurückgezahlt werden müssen. Wie bereits bekannt geworden ist, unterlassen viele Unternehmer die kurzen Unterbrechungen der Beschäftigung in den Lohnbescheinigungen anzugeben, weil es ihnen einerseits zuviel Arbeit verursacht, die Lohnkonten der einzelnen Arbeiter nachzuprüfen und andererseits in dem Lohnbescheinigungsformular die Angabe der Frost- und Regentage nicht gefordert wird.

Da bei den kurzen Unterbrechungen in den meisten Fällen eine Meldung auf dem Arbeitsnachweis nicht erfolgt ist, können die Arbeiter, wenn die Unternehmer die Unterbrechungen nicht beschreiben, einen Beweis für den Lohnausfall nicht erbringen. Die Finanzämter aber werden die Lohnsteuer nur insoweit zurückzahlen, als der Lohnausfall beschleunigt ist. Die Folge wird sein, daß die einzelnen Arbeiter geringere Beträge zurückgezahlt erhalten werden, als sie eigentlich zu bekommen hätten. Hinzu kommt noch, daß die Unternehmer überhaupt schon zuviel Steuern abgezogen haben, indem sie die Steuerbeträge nach oben abrunden und auch von dem Werkzeugaufschlag Steuern berechneten.

Wer sich vor Schaden bewahren will, der prüfe vor Abgabe des Rückerstattungsantrages seine Beschäftigungsverhältnisse, den erlittenen Lohnausfall usw. genau nach und verusche sich für alle Fälle den erforderlichen Nachweis zu beschaffen. An das Arbeitsamt oder muß das Erluchen gerichtet werden, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter rechtzeitig die Beschleunigungen über die Dauer der Arbeitslosigkeit erhalten.

Ludendorffs „geistiger Befreiungskampf“

Vom Tannenbergs-Bund unterzeichnet, leben jetzt gelbe Blätter an den Anschlagssäulen, die verkünden, daß General Ludendorff den Wunsch hegt, zu seinem Volke zu reden. Der mutige Kämpfer von Mürken will Leipzig, die „ausgeschöpfene“ Hochburg des Nationalismus und Faschismus, mit seinem Vortrage befreien. Wir haben nichts dagegen, daß Ludendorff der Welt mit seinen „Liedern“ was Gutes und Erhellendes zu sagen hat. In der Stelle, wo es geht, seinen Mann zu stellen, und wenn es auch nur im Reden wäre, hat Ludendorff sich ausgeschwungen. Aus Furcht? Nein, ein General hat nie Furcht. Wir sprechen auch nicht darüber, daß sich der Herr General selbstverständlich nicht in eine Aussprache einlassen will. Nur nach dem zweiten Vortrage, den — seine Frau halten wird, soll gnädig „Deutsche Aussprache“ gestattet werden. Wir würden überhaupt kein Wort über Ludendorff verlieren, um ihn nicht aus seiner Bedeutungslosigkeit zu erheben, wenn es uns nicht spähhaft ergäbe, zu sehen, wie auch treue deutsche Männer verfahren, ihr Unternehmen anzupreisen. In allerdinge acht deutscher Art wird die Werbetruppe gerührt für Ludendorffs Kampfschrift „Werrichtung der Freimaurerlogen durch Entfaltung ihrer Geheimnisse“. Die beiden Vorträge sollen so klar sein, daß nur der ihnen tiefen Sinn verstehen kann, der „im voraus das Wächstentum“ besinnungsgemacht werden, daß der „Schimbo“ des Tannenbergsbundes sogar Bücher schreiben kann. Aber noch eine Fliege will man mit dem einen Schlage kappen.

Ludendorffs Zeitung hat es wahrheitlich nötig, daß sie recht weit verbreitet wird; denn jeder Leser der „Deutschen Wochenchau“ erhält auf allen Blättern gegen Vorträge der Januaraufstellung 50 Prozent Rabatt. Echt deutsch. Der Zweck heiligt eben das Mittel. Es ist ja — um Wohle des Volkes sich aus Freimaurerbinden und unmoralischen Verbindungen gegen unbetante Obmannen zu befreien. Ob wohl der Tannenbergs-Bund der Öffentlichkeit eine Abrechnung vorlegt über den Erfolg der geschickten Geschäftsklamm?

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Schönefeld. Dienstag, den 17. Januar, pünktlich 20 Uhr, Sitzung in der Bibliothek.

Gaußh. Heute Freitag, 18.30 Uhr, im Rathaus.

Gaußh-Gaußh. Montag, den 18. Januar, 20 Uhr, im Mittelpunk. Hausbesitzer müssen bestimmt erscheinen.

Angel. Morgen Sonnabend, 20 Uhr, im Angerschloßchen.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Bezirk Leipzig. Freitag, 20. Januar, Hauptversammlung. Lichtbildvortrag des Genossen Braune, Berichte und Wahlen. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Frauen.

Großhohler. Sonnabend, 14. Januar, 20 Uhr, im Restaurant Einbildung, Vortrag des Genossen Jeller: Ist die Ehe eine gottgewollte Einrichtung?

Engelsdorf. Unser Frauenabend fällt im Januar aus. Wir besuchen alle den Wurmfortsatz im Volkshaus.

Jungsozialisten.

Zentrum. Heute, 19.30 Uhr, im Töpferhelm: Jahresmitgliederversammlung. Erscheint alle und pünktlich! Gruppe Süd. Die Arbeitsgemeinschaft kommt nicht im Volkshaus zusammen, sondern trifft sich am Sonnabend, dem 14. Januar, 19.30 Uhr, im Jugendheim, Töpferstraße.

Jugendweiblicher und Kinderfreunde

Sonntag ist Sonnenwendfeier.

Wir treffen uns: Westbezirk: 48. und 52. Volksschule 14.30 Uhr am Rothenburger Eiser, 50. und 51. Volksschule 14.30 Uhr am Goldenen Adler, 56. Volksschule 14.15 Uhr an der Schule, 57. Volksschule 14.30 Uhr an der Schule, 48. Volksschule 14.15 Uhr am Naturpark Schleußig, 48. Volksschule 14.30 Uhr Könnersstraße, Bücke. Alle anderen Schulen 14 Uhr am Lindenauer Markt. Rückmarsch geschlossen nach Aufstellung des Rampenbogens vom Volkshaus. Nordbezirk: Sämtliche Schulen (33. bis 39. und 58. Volksschule) sammeln sich 14.30 Uhr am Chausseehaus. Ostbezirk: 21. und 22. Volksschule 14 Uhr am Siedelplatz, 12. Volksschule 14.45 Uhr am Johannsplatz, 18. bis 20. und 53. Volksschule 14 Uhr am Drei-Möhren-Platz. Südbezirk: 31. Volksschule 14.45 Uhr am Gahhof, 25. bis 29. Volksschule 14.30 Uhr Eisenbahnbrücke, Reichenhainer Straße. Südwest: 7. und 8. Volksschule 15.15 Uhr an der Bahnbrücke, 6. und 54. Volksschule 15.30 Uhr am Kreuz. Ost-Bezirk: 1. bis 5. Volksschule 15 Uhr Schornhorstplatz, 9. und 10. Volksschule 14.30 Uhr Johannsplatz am Lutherdenkmal, 32., 40. und 41. Volksschule 14.15 Uhr Westplatz. Bitte beachtet morgen: Wo ruft die Pflicht?, da wir morgen nach dem Wetter entscheiden müssen. Vorbereitender Ausschuss für die Jugendweibliche.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Der Besuch der Gartensteiner Puppenspiele in den Räumen der 22. Volksschule, Fortstraße 2-4, wird unseren Gruppen angelegentlich empfohlen. Vorführungen: 14. und 16. Januar, 15 Uhr. Eintritt 25 Pf.

Gohlis. Gruppe Rote: Sonnabend, 14. Uhr, am Heim. Wir gehen in die Puppenspiele, 20 Pf. mitbringen. — Sonntag, Sonnwendfeier, alle Gruppen 14 Uhr am Heim. Wimpel und 10 Pf. mitbringen.

Schönefeld. Alle Kinder und Helfer treffen sich Sonntag, 14.30 Uhr, am Siedelplatz.

Südost. Gruppe Weiß: Wir gehen am Sonnabend zu den Gartensteiner Puppenspielen und treffen uns 14.15 Uhr am Ostplatz, 20 Pf. mitbringen.

Mitau. Jugendweiblicher und Kinderfreunde: Sonntag, 14. Uhr, an der Höhe, 10 Pf. mitbringen.

Engelsdorf. Sonntag, 14. Uhr, am Sportplatz, 20. Pf. mitbringen.

WV.

Funktionärschule. Heute Kurze Wintler und Bauer.

Mitglieder-Veranstaltungen

Quasitz. Morgen Sonnabend, 20 Uhr, im Kasino: Ein Bild in den Organisationsapparat der Partei. Redner: Genosse Wildebe. Selbstkritik. Sonntag, den 15. Januar, 15 Uhr, im Schleißgraben: Jahresgeneralversammlung.

Mitau. Morgen Sonnabend, 20 Uhr, im Gasthof Bodien, Generalversammlung der SPD.

10 Bitten der Blindenführhunde an das Publikum

Der Allgemeine Blindenverein, Berlin, verbreitet ein Flugblatt, in dem 10 Bitten der Führhunde ausgesprochen werden, die nicht nur für die Berliner, sondern für alle Blinden von großer Bedeutung sind und deshalb überall Beachtung finden sollten. Ihr wesentlicher Inhalt ist:

- 1. Streichel uns nicht! Ihr lenkt uns ab und erschwert uns unsere Pflicht. 2. Redt uns nicht! Wir müssen, wo es auch sei, bei unserem Herrn bleiben. 3. Füttert uns nicht! Wir dürfen nur untere Herrn lieben. Von ihm erhalten wir Nahrung und Befehle genug. 4. Hilfe beim Führen leistet unserem Herrn von der Seite aus, wo wir uns nicht befinden! Helft nicht durch Zupfen und Anfasen, sondern durch Worte. 5. Den Übergang über eine verkehrte Straße erleichtert uns durch Zuruf, sobald die Straße frei ist! 6. Weichen wir einem Hindernis nicht aus, so räumt es nicht weg, sondern laßt unserem Herrn die Möglichkeit, uns durch Wiederholung des Führens ins Gedächtnis zu rufen, was wir gelernt haben: Den Hindernissen richtig auszuweichen! 7. Arbeit auf eigene oder andere Hunde, so daß wir von ihnen nicht belästigt werden! 8. Beschäftigt uns nicht durch Neugierde! Neugierde verleiht! 9. Wollt Ihr euch über uns beschweren, so tut dies bitte bei den Organisationen unserer Herren, den Blindenvereinen. 10. Wir danken euch für jede Hilfe, besonders für die Erfüllung dieser unserer Bitten!

Boykott und Deutschlandlied

Man denke sich eine Halle, in der sich 10 000 Menschen drängen und sich beständig im Kampf um den besseren Platz. In der Mitte unter einem Vordach schlagen zwei Holzwände aufeinander los, als hätte der eine des anderen Frau verführt.

Wütend facht der eine ab. Gefundenlang verhält die Menge den Atem. Dann brüllen 10 000 Menschen freudig, gleichsam als wäre jedem ein komplettes Sandhaus geschenkt worden.

Der Kapellmeister sieht sich bemogen, das Deutschlandlied zu intonieren. Und prompt fangen, einbüßten Hauptes und Brustgedohnt, 10 000 Menschen: Deutschland, Deutschland über alles. Weil — ein Männlein ein anderes Männlein k. o. schlug.

O du guter, deutscher Bürger mit deinem überrollen Herzen und deinem überleeren Kopf; schimpf du nicht mehr den Protekten einen Herdenmenschen, weil er im Ringen um ein menschenwürdiges Dasein sich in das große Heer der Arbeit einreißt. Denke, großer Bürger, immer an den Hammer, der begeistert bläst und die Schweißlein, die unbekümmert mitblöden. Und linge bei Rindläuten und Hundrennen, bei allen feierlichen Anlässen zur Erinnerung des Gemütes und zur Festigung der Grundzüge des Deutschlandlied.

Unterbringung von Junglingen in Familienpflege. Der Kaiserprekondit Schrel. Die beim Jugendamt der Stadt Leipzig bestehende Pflegerstellenvermittlungsgesellschaft sucht Pflegerinnen, die Junglinge in Pflege nehmen wollen. Wer bereit ist, ein Kind zu versorgen, wolle dies schriftlich oder mündlich bei obengenannter Stelle (Stadthaus, Dachgeschoss, Zimmer 894), mitteilen. Die Aufgabe, in welcher Höhe monatliche Pflegegeld beansprucht wird, darf nicht fehlen. Es wird darauf hingewiesen, daß Pflegekinder ohne vorherige Genehmigung des Jugendamtes nicht aufgenommen werden dürfen.

30 Tage Aufenthalt in Jugoslawien ohne Aufenthaltserlaubnis. Reichsangehörige, die auf Grund der zwischen der Deutschen und der Jugoslawischen Regierung abgeschlossenen Vereinbarung ohne Sichtvermerk nach Jugoslawien einreisen, hatten bisher bei der zuständigen Behörde um eine Aufenthaltserlaubnis nachzusuchen, wenn sie länger als drei Tage in Jugoslawien bleiben wollten. Diese Frist ist nunmehr auf dreißig Tage verlängert worden.

WV. Kunstfeste. Sonntag, 15. Januar, 11 Uhr, Albertstraße: 3 Sinfoniekonzert, Leitung: Herm. Scherchen. Solisten: Agnes Denbach (Alt), Prof. Joseph Brunner (Kontrabaß). Vortragsfolge: 1. Haydn: Sinfonie D-Dur. 2. Bizet: Suite für Kontrabaß und Orchester. 3. Mozart: Haffner-Serenade. 4. Brahms: Kapelle für Alt, Männerchor und Orchesterbegleitung. 5. Wagner: Ouvertüre zu „Tannhäuser“. Eintritt 80 Pfennig, Jugendliche und Erwerbslose 40 Pfennig. (Für letztere nur an der Kasse.)

Veranstaltungen der Ausstellung „Das junge Deutschland“. Leipzig, Sonnabend, 14. Januar, 15 und 20 Uhr, in der Aula der 22. Volksschule, Fortstraße 2-4: Gartensteiner Puppenspiele. Eintritt: Erwachsene 50 Pfennig, Jugendliche 30 Pfennig. — 19.30 Uhr im Jugendheim, Töpferstraße 2: Lieber und Tänz der Jungfräulein Mädelgruppe. Eintritt 60 Pfennig. — 20 Uhr im Feuerschloß: Große Fahrt. Lieber und Vorträge der sächsischen Jungenschaft der deutschen Freischar. Eintritt: Erwachsene 50 Pfennig, Jugendliche 30 Pfennig.

Für die Besucher des Antiken Museums der Universität findet am Sonntag, dem 15. Januar, im Hörsaal 11 an der Wandelhalle der Universität ein öffentlicher unentgeltlicher Vortrag über die Götter des Pantheon statt. Der Beginn ist Punkt 11.30 Uhr. Zugang von der Unterstaßstraße.

Volkshochschule Hohe Straße. Vom Volkshochschulamt wird mitgeteilt: Im Heim Hohe Straße 38, I. ist am Sonntag, dem 15. Januar, 19.30 Uhr, Offener Abend mit einer Aussprache über Gemeinschaftserziehung. Gäste willkommen.

Volkshochschule Leipzig. Vom Volkshochschulamt wird mitgeteilt: Letzte Zusammenkunft des Kursus Schaller: „Arbeiterbewegung und Jugendbewegung“, am Sonntag, 15. Januar, 9 Uhr vormittags, im Volkshochschulheim, Salomonstraße 21.

Wirtschaftsschule. Vom Volkshochschulamt wird mitgeteilt: Der am 22. November von der Wirtschaftsschule Leipzig angelegte Kursus für Arbeitsgerichtsbesitzer der Teilnehmer von Prof. Lutz Richter beginnt am Montag, dem 16. Januar, 19 Uhr, in der Universität, Hörsaal 30.

Stadtschulmuseum. Die Neuerwerbungen der Städt. Versteigerung, darunter einige wertvolle Stiftungen, und das Vermächtnis Derham werden vom 12. Januar (Donnerstag) ab für längere Zeit gezeigt.

Von der Monatschrift Leipzig ist ein Sonderheft über rationelle Ernährung herausgegeben. Es enthält Beiträge von Prof. Dr. Scheunert: „Ueber die Ernährung der Familie“, ferner „Ueber die ernährungsphysiologische Bedeutung der Milch“, „Die Ernährung des Säuglings und des Kleinkindes“, Prof. Dr. Franke: „Die Bedeutung der Fleischernährung für den gesunden und kranken Menschen“, Prof. Dr. Deller: „Die ernährungsphysiologische Bedeutung von frischem und konserviertem Gemüse und Obst“, Prof. Dr. Hünig: „Brotgetreide und Brot in Deutschland“, Prof. Dr. Rinmann, vom Staatsinstitut für Bäckerei, Berlin.

Leipzig wieder als Verlagsort eines Fachblattes. Das „Jahrbuch für Buchbinderei und Kartonnagenbetriebe“ sowie für den Papier- und Schreibwarenhandel“ erscheint ab 1. Januar wieder in Leipzig, vorher war der Erscheinungsort Pöhlitz.

Fleischverkauf der Freibank. Sonnabend: Freibank I 4701 bis 5000 I bis 1700, Freibank II 511 bis 1800. Ab 11 Uhr freier Verkauf.

Polizeinachtichten

Unfall durch eine abstrahende Leiter. Beim Einsehen einer Glasflasche in etwa 8 Meter Höhe an der Giebelwand am Bahnhofsplatz 1 des Hauptbahnhofes rutschte eine etwa 7 Meter lange Leiter, die am Fuße eine alte Spindel hatte, ab. Der auf der Leiter stehende 27 Jahre alte Arbeiter Otto K. der Reichsbahn stürzte hierdurch ab und fiel mit der Brust auf die Leiter. Er wurde mittels Krankentransportwagens nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht. Vermutlich hat er innere Verletzungen erlitten.

Diebstahl aus einem Kraftwagen. Am 7. Januar, zwischen 9 und 11 Uhr, wurden aus einem vor dem Grundstück am Bahnhof 14 in Leipzig-Wahren unbesetzt stehenden persönlichen Kraftwagen folgende Gegenstände gestohlen, nachdem der Täter eine Scheibe zertrümmert hatte: Eine rote Steppdecke, eine braunrotbraune Handtasche, ein silberner Beutel, eine weiße Raucherbox, gez. B. D., und verschiedene Toiletteartikel. Wahrnehmungen über den Täter teilt man dem Kriminalamt mit.

Arbeitsgericht

Fristlos entlassen wegen Verweigerung gesundheitsgefährdlicher Arbeit.

Der seit 1910 auf dem Rittergut Gärtnichal beschäftigte und dort wohnende landwirtschaftliche Arbeiter R. war am 28. Dezember vorigen Jahres fristlos entlassen worden, weil er nicht in der Lage sei, die ihm übertragenen Arbeiten zu verrichten. R. hat sich dem Entlassungsbescheid nicht angeschlossen und hat sich in dem Prozess nicht betätigt. Die Verhandlung wurde abgebrochen, weil R. sich nicht betätigt hat. R. hat sich dem Entlassungsbescheid nicht angeschlossen und hat sich in dem Prozess nicht betätigt. Die Verhandlung wurde abgebrochen, weil R. sich nicht betätigt hat.

Wahlberechtigtlich widerspricht R. dieser Entlassung, und da er gewerkschaftlich organisiert ist, wandte er sich an den Landesarbeiterverband und klagte mit dessen Unterstützung vorm Arbeitsgericht auf Einholung der verbindlichen gerichtlichen Kündigungserklärung. Sein Rechtsbeistand, Genosse Grähler, machte neben dem oben wiedergegebenen Grunde in der Verhandlung besonders geltend, daß Brenner-Gehilfen eine andere, längere Arbeitszeit und weit höhere Löhne hätten als Tagelöhner, und daß schon deshalb nicht jeder beliebige Arbeiter zu Diensten in der Brennerherausgerufen werden dürfte. Auch sei ihr Beschäftigt an Schwere und Kleidung größer als bei anderer landwirtschaftlicher Tätigkeit. Der Einwand des Rittergutsbesitzers, daß man den Arbeitern nicht gut das Recht zugesprochen könne, ihre Beschäftigung nach einem Bescheide auszuwählen, und daß bei vorübergehendem Mangel an Fachkräften eben die übrigen Leute des Gutes einzupringen müßten, dürfe nicht unüberwunden bleiben, da — wie die Entlassung zur Genüge gezeigt habe — bei Duldung bezahlter Geflogenheiten durch die Arbeiter nur zu schnell ein Gewohnheitsrecht der Unternehmer einsetze, den langen und gesundheitsgefährlichen Dienst in den Brennerien statt von geschulten Gehilfen von Tagelöhnern, also billigeren Kräften leisten zu lassen.

Schließlich einigte man sich — nach Abschluß eines Teilvergleichs — auf die Einholung eines Sachverständigen-Gutachtens, und die Verhandlung wurde bis auf weiteres ausgesetzt. R. H.



Vor den Zug geworfen

Auf dem Bahnhof Mültitz bei Leipzig hat sich am 11. Januar 1928 in der Zeit zwischen 18.30 Uhr und 20 Uhr ein etwa 18 Jahre alter Mann vom Zug überfahren lassen. Der Unbekannte, der 1,65 Meter groß ist, hat hellgraue Augen, und hellblondes Haar. Bekleidet war der Tote mit weissem Leinenhemd, schwarzen Baumwollhemdenstrümpfen, grau-grünen Stutzen mit braunem Rand, graubrauner Cord-Anlehse, dunkelblauem Wollstoffjackett und braunem Leberzieher. Als Kopfbedeckung trug der Unbekannte, der keinerlei Papiere bei sich hatte, eine graue Sportmütze mit gelbem Futter. Außerdem fand man bei ihm ein weißes, blau gerändertes Taschentuch. Die Leiche wurde behördlich aufgehoben. Sachdienliche Meldungen wolle man an das Gemeindeamt Klein-Mültitz oder an die nächstliegende Polizeistation machen.

X Anwaltsberg. Aus dem Gemeindeparlament! In der ersten Sitzung der Gemeindeverordneten wurde Bürgermeister Gen. Driebusch einstimmig als Gemeindeverordnetenvorsteher wiedergewählt. Als erster Stellvertreter fungiert der Gemeindeverordnete Klotz (APD), als zweiter Stellvertreter der Gemeindeverordnete Bräutigam (bürgerl.). — Im Anschließ hieran erstattete der Bürgermeister einen ausführlichen Jahresbericht, aus dem hervorging, daß im Kalenderjahr 1927, trotz der mäßigen Finanzlage der Gemeinde günstige Fortschritte in der Entwicklung der Gemeinde zu verzeichnen sind. Den Gemeindeverordneten und Ausschüssen konnte hiernach mit Recht für ihre ehrenamtliche Tätigkeit der Dank des Gemeinderates für die während des Jahres 1927 geleistete Arbeit ausgesprochen werden. — Die Einwohnerzahl der Gemeinde ist bis Ende des Jahres 1927 auf 2600 angestiegen. — Für das Kindererziehungsheim „Lindenmühle“, dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Leipzig gehörig, bewilligte man zur Aufschüpfung eine photographische Bildaufnahme des Heiligen Familienabades. — Wertwürdig berührte das Annehmen des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums, jetzt noch eine Aufwertung für eine im Jahre 1928 gegebene Baubehilfe zu beantragen. — Die Einspruchnahmen des Gemeinderates gegen einen Beschluß des Kreisbauausschusses, wonach die Gemeinde, weil angeblich eine „allgemeine“ Finanzlage vorhanden wäre, die Abführung der Kantonsleihen mit 25 v. H. vorzunehmen habe, wurden einstimmig gutgeheißen. — Ferner nahm man Kenntnis von einem Schreiben der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden, wonach bis auf weiteres eine Befreiung in der Erlangung von kurz- oder langfristigen Darlehen, nicht zu erwarten ist. — Durch eine Hausammlung hatte die Gemeinde 84 bedürftigen Schulkinder eine Weihnachtsgeschenkung bereitet. Ein hiernach sich ergebender Restbetrag in Höhe von 184 Mark wurde auf die Gemeindefasse übernommen. — Beschlossen wurde, die Gemeindefeld-Verpachtung in anderer Weise zu regeln, da die einzelnen Parzellen keine Abnehmer mehr finden.

Zweinaundorf. Rege Bauaktivität. Die hiesige Gemeinde kann im Jahre 1927 eine rege Bauaktivität nachweisen. Von 48 Baugesuchen, die zur Prüfung und Befreiung vorgelegt worden, sind ausgeführt worden: 21 Landhäuser, 4 Gartenhäuser und 1 Badeneinbau. Größere Flächen Land vorzugsweise für Ein- und Zweifamilienhäuser werden gegenwärtig wieder aufgeschossen.

Geitzsch. Aus der Partei. Am vergangenen Sonnabend hielt der erste gutbesuchte Mitgliederversammlung der Gewerkschaft der Arbeiter-Geizsch ein sehr befruchtig aufgenommene und ergiebige Referat über „Neue Kampfformen“. Die sich anschließende rege Debatte mag als Zeichen fruchtbarer Parteilarbeit für das kommende Wahlsjahr gewertet werden. — Die schon längst fällige Flugblätter über die Stellungnahme der sozialdemokratischen Vertreter im Rat und Kollegium zu dem so heftig umkämpften Stadthausbau wurden durch die Genossen vor Sonntag früh unter der Obhut der Partei verteilt. Die umfassende chronologische Darstellung der Sache wird ihre Wirkung sicher nicht verfehlen. — Wie aus dem Interimsteil der Volkszeitung ersichtlich war, veranstaltete die Ortsgruppe kommenden Sonnabend im Alten Schützenhaus für die Parteimitglieder ein geistliches Beisammensein. Die Genossinnen und Genossen sollen an diesem Abend auch in gesellschaftlicher Beziehung einige frohe Stunden unter Gleichgesinnten verbringen. — Weiter werden unsere Mitglieder am 30. Januar in einer Parteiversammlung einen Vortrag vom Genossen Karl Schöder, Berlin: „Warum sozialistische Bildungsarbeit?“ hören, worauf wir schon heute hinweisen.

u. Wenzsch. Gemeindeverordnetenwahl. Die Wahl eines Gemeindeverordnetenpostens war auch diesmal mit Schwierigkeiten verbunden. Die SPD schlug Genossen Max U d e r vor. Die APD brachte ihren Mann — bisher Vorsteher — nicht in Voranschlag, sondern schlug den bürgerlichen Bürgermeister als Vorsteher vor mit der Begründung, daß das am zweidrittelsten sei. Vor einigen Jahren — als der Bürgermeister Gemeindeverordnetenvorsteher war — wurde diesem von der APD ins Gesicht geschleudert: „Es wird höchste Zeit, daß Sie von hier verschwinden.“ Jetzt wird, um die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern, von der APD der bürgerliche Bürgermeister vorgeschlagen. Der 1. Wahlgang brachte dem Bürgermeister die Höchstzahl der Stimmen (4). Dieser lehnte auf Grund auch des früher Vorgefallenen ab und will die Verordneten selbst handeln lassen. Nach langem Mühsalsten schien man auf dem toten Punkt zu stehen. Der Bürgermeister beriet mit der SPD und später mit den Bürgerlichen. Die SPD hielt ihren Vorschlag aufrecht, da sie keine Gründe sah, diesen zurückzugeben. Die Gemeindeverordneten hätten ja volle Handlungsfreiheit in ihren Entscheidungen. Vorschläge zu machen, sei Aufgabe der Fraktionen selbst, nicht Außenstehender. Die Wahl wurde schließlich wiederholt. Es erhielten Genosse M. U d e r 4, der Bürgermeister 3 Stimmen. 4 waren unglücklich. Als Stellvertreter wurde Jichorn mit 3 Stimmen gewählt. „Arbeiter- und Bauernregierung“ hörte man nicht. Die Sprecher dieser Worte hatten in der Aufregung wohl vergessen, daß die im Vorjahre gewählte „Regierung“ noch besteht. Sie schlugen sich demnach selbst ins Gesicht. Wir werden trotzdem für eine der Arbeiterkraft dienende Tätigkeit uns einsehen und wünschen, daß der Wille zur Durchführung besteht. — In nächster Sitzung sollen die Ausschüsse neu gewählt werden. — Die Schaffung eines schienenfreien Überganges am Bahnhof Wenzsch ist wiederholt besprochen worden. Jetzt meldet sich auch der Verkehrs-ausschuss von Brandis mit dem gleichen Anliegen. Die Reichsbahn sei nach dem Gesetz, wie dem Verkehrs-ausschuss mitgeteilt ist, zum Bau eines solchen Überganges nicht verpflichtet. Wenn dem so sein mag, so hat die Reichsbahn zum mindesten die moralische Verpflichtung, die unbilligsten Zustände am Französischen Übergang zu beseitigen. Zeitweise ist es tatsächlich so, als stände man an der Schranke vor einem Rangierbahnhof. Haben die hohen Herren diese Zustände noch nicht gesehen oder sind sie ihnen überhaupt nicht bekannt? Oder handelt man dort oben nach dem Grundsatz: Verlechte Institut und Verkehrsbehinderung sind unrentabel miteinander verbunden? In einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern der beteiligten Gemeinden soll diese Angelegenheit eingehend besprochen werden.

Siika 50000 Familien genießen nur das gute Konsumdrot



Hallo!
Sie können billig kaufen!

im **INVENTUR
 AUSVERKAUF**



*Lies die einfache morgige Infurade
 aufmerksam durch! Die neuen Leinwand
 überreicht mir — Dir haben es uns
 zur Pflicht gemacht; Bitte zu leisten,
 als die ungewisse!!!*
 Leipzig: Montag, den 16. Januar früh 8 1/4

**Das Haus der volkstümlichen Preise
 Keiner darf fehlen!**

Asthma ist heilbar
 (Lungenasthma)
 Dr. med. Albert Altmeyer kann selbst
 veraltete Leiden dauernd heilen. Arzt
 Sprechst. in Leipzig, Querstr. 18 str., jeden
 Mittwoch und Sonnabend, 10-1 u. 3-6.

Familien-Nachrichten
 Unserm allen bewährten Partei-
 genossen
Robert Kynast
 zu seinem heutigen 60. Geburtstag
 die aufrichtigsten Glückwünsche.
 Ortsverein SPD, Gerichshain.

Völlig überraschend und ganz unerwartet ver-
 schied nach kurzem Krankenlager am 10. Januar
 in Keuschberg-Dürrenberg, der Schweizer Herr
Friedrich Knebel
 Zwar erst einige Jahre in unserem Hause
 tätig, war er uns durch seine Tüchtigkeit und
 durch sein immer freundliches Wesen ein lieber
 Mitarbeiter geworden. Wir bedauern aufrichtig
 sein Hinscheiden und werden ihm allezeit ein
 ehrendes Andenken bewahren.
 Leipzig, am 13. Januar 1928.
THÜGINA

Nach langem schwerem, mit großer Geduld ertragenem
 Kriegseliden verschied am Mittwoch, früh 6 Uhr, im
 32. Lebensjahre mein innigstgeliebter Gatte, der treu-
 sorgende Vater meines einzigen Kindes, unser guter
 Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, Herr
ARNO GEY
 Leipzig, W 33, Josefst. 41
 In tiefstem Schmerz
Martha Gey geborene Richter
 und Kind Heinz, nebst Hinterbliebenen
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 14. Januar 1928, mittags
 1/2 2 Uhr, von der Kapelle des Lindenauer Friedhofes aus statt.

Explosionsunglück im Hamburger Hafen
35 Arbeiter verletzt

WIB. Hamburg, 12. Januar.

Heute früh kurz vor 7 Uhr hat sich im Hamburger Hafen ein schweres Explosionsunglück ereignet. Aus einer mit Schauerleuten vollbesetzten Motorbarke der Hamburger Bauereigenen Gesellschaft entstand inmitten des Elbestromes querab vor der Werft Reiherrstieg eine Explosion, die wahrscheinlich durch einen Bergarbeiterbrand verursacht wurde. Auf der Barke befanden sich insgesamt 80 Personen. Der Explosion ging eine starke, fast haus hohe Stachelflamme voraus, worauf eine starke Detonation erfolgte, die weit herum im Hafen vernommen wurde. Schnell herbeigeeilte Barcken, Fährdampfer und Schleppdampfer retteten die über Bord gesprungenen Arbeiter, die aus dem Elbe herausgeholt wurden. Nach den bisherigen amtlichen Feststellungen sind etwa 35 Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt. Die meisten der Verletzten befinden sich im Hafenspitals. Zwei Arbeiter werden noch vermisst. Die Barke wurde geborgen.

Hamburg, 12. Januar.

Nach amtlicher Mitteilung hat die Untersuchung der Ursachen der Explosion auf der Motorbarke ergeben, daß Benzin in die Wägel gelangt sein muß und durch äußere, noch nicht geklärte Ursachen zur Entzündung kam. Bei der explosionsartigen Verbrennung ist die Brennstoffleitung am vorderen Benzinintank abgerissen worden, wodurch Benzin auslief und die Brandwirkung erhöhte. An dem Motor waren Schäden nicht festzustellen.

Die Berliner Explosionskatastrophen

Sozialdemokratische Interpellation im Stadtparlament

SPD Berlin, 13. Januar (Radio).

Die Berliner Stadtniederordnetenversammlung wählte am Donnerstagabend einem alten Brauch entsprechend den Vorstand neu. Vorsitzender blieb der sozialdemokratische Stadtniederordnete Hah, der alle Stimmen auf sich vereinigte.

Die Stadtniederordnetenversammlung befahte sich dann mit der sozialdemokratischen Interpellation über die beiden Explosionsunglücke in Berlin. Aus der Antwort des Magistratsvertreters ergab sich, daß die durch das Unglück in der Landsberger Allee obdachlos gewordenen 17 Familien bereits endgültig in Wohnungen untergebracht sind. Die Umsätze erfolgten auf städtische Kosten. Die betroffenen Familien sind darüber hinaus mit allen notwendigen Bedarfsgegenständen ausgerüstet worden. Von den Verletzten wurden elf aus dem Krankenhaus entlassen, vier mußten noch in ärztlicher Behandlung bleiben. Auch die Kosten für die ärztliche Behandlung wurden von der Stadt übernommen. Wegen der Feststellung der Ursache des Unglücks sind Berichte von der Feuerwehr und von den Gaswerken eingefordert worden. Während sich die Feuer-

wehr eines abschließenden Urteils noch enthält, haben die Gaswerke betont, daß die neuen Gasleitungen vorchriftsmäßig verlegt und auch die Gasöfen vorchriftsmäßig behandelt wurden. Sofern also eine Gasexplosion als Ursache des Unglücks in Frage komme, könne das Gas nur aus schadhast gewordenen alten Gasrohren ausgeströmt sein.

In bezug auf die Explosion in Dahlem führte der Magistratsvertreter aus, daß der Befund der Feuerwehr einwandfrei die Entzündung von Explosionsstoffen ergeben hat. Allerdings sei das endgültige Ergebnis der Untersuchung noch aus. Sicher sei, daß die Polizei jetzt die Vorschriften über die Lagerung von Explosionsstoffen verschärft werde und darüber hinaus in der ganzen Stadt eine Revision vorzunehmen beabsichtige, um festzustellen, ob etwa irgendwo unrechtmäßige Explosionsstoffe gelagert werden.

Die Untersuchung des Dahlemer Explosionsunglücks dürfte in den nächsten Tagen zur Verhaftung dreier Bekannter des Inhabers der Unglücksvilla führen, da gegen sie der Verdacht besteht, sich gleichfalls gegen das Sprengstoffgesetz vergangen zu haben. Die Kriminalpolizei ist jetzt zunächst dabei aufzuklären, seit wann Weingärtner und sein geistlicher Schwager Stammer die Explosionsstoffe in der Villa aufbewahrt und an ihren Experimenten auch die drei fraglichen Bekannten teilgenommen haben.

Böttcher hingerichtet

III Berlin, 13. Januar.

Das Todesurteil gegen den Doppelmörder Mag Böttcher, der bekanntlich die Gräfin Lambdorff und die kleine Senta Eckert ermordet hat, ist heute morgen im Hof des Strafgefängnisses Berlin-Mitte vollstreckt worden. Die Hinrichtung erfolgte kurz nach 8 Uhr.

Eifersucht

SPD Wien, 11. Januar.

In Bukarest drang die Frau des italienischen Ingenieurs Pietro Mocco, in die Wohnung eines Obersten Sionescu ein, und brachte dessen Tochter mit einem Dolch schwere Verwundungen bei. Die Täterin gab bei ihrer Verhaftung an, daß sie als gebürtige Koskanerin nach den Sitten ihres Heimatlandes zu ihrer Tat „berechtigt“ gewesen sei, die sie aus Eifersucht begangen habe. In einem Briefe habe ihr ein Bekannter mitgeteilt, daß ihr Mann mit der Tochter des Obersten Sionescu seine freie Zeit verbringe. Sie sei darauf von einer solchen Raserei erfaßt worden, daß sie mit einem Dolch ihres Gatten den Überfall auf ihre Nebenbuhlerin verübt habe.

In Wien verübte ein 20jähriger Student der Chemie namens Schneider auf die 21jährige Gelangeshülferin Mariante Tod ein Revolverattentat und verwundete sie durch fünf Schüsse schwer, aber

nicht lebensgefährlich. Das Mädchen hatte die Beziehungen zu dem Studenten gelöst und war ein Verhältnis mit einem anderen Studenten eingegangen. Schneider erschien daraufhin in der Wohnung des Mädchens und hat sie, die Beziehungen zu ihm wieder aufzunehmen. Als sie dieses Ansuchen zurückwies, gab Schneider die Schüsse auf sie ab. Bei seiner Verhaftung erklärte er, daß er seine Tat tief bedauere.

Der Selbstmord, den vor einigen Tagen der Berliner Kaufmann Albert Stotomsky in Brandenburg a. d. Havel durch Erschießen begangen hat, ist dadurch noch rätselhafter geworden, daß die von seinen Gläubigern gegen ihn erhobene Anschuldigung des Wechselbetruges und des betrügerischen Konkurses sich auf Grund der Nachforschungen der Polizei als falsch erwiesen haben. Auch der Sohn des Selbstmörders, der falsche Wechsel auf Anraten seines Vaters in Verkehr gebracht haben soll, soll völlig schuldlos sein.

Schwerer Sportunfall. Bei der Austragung der Skimeisterschaften von Salzburg und Raiten bei Villach in Oesterreich fiel einer der bekanntesten österreichischen Skiläufer, der Salzburger Otto Amannshausen bei einem Probelauf auf der neuerbauten Sprungschanze so unglücklich, daß er einen Bruch der Schädelkapsel erlitt. Die Braut des Verunglückten ist bereits im vorigen Jahre bei einem Stürzen tödlich verunglückt, indem sie auf einen Baumstumpf stürzte.

Ein Aufwärtungsschwindler treibt seit einiger Zeit in Berlin sein Unwesen. Er gibt sich für den Beauftragten eines Reichsministers oder für einen Beamten der Berliner Reichsreuehandgesellschaft aus und spiegelt namentlich älteren Leuten vor, daß durch eine kleine Nachzahlung ihre durch die Inflation wertlos gewordenen Lebensversicherungen wieder aufleben würden. Der Betrüger, der u. a. in Hamburg unter dem Namen „Kogge“ und „Reichel“ und in Magdeburg unter dem Namen „Müller“ aufgetreten ist, hat Beträge bis zu 120 Mk. erbeutet. Vor einigen Tagen ist ihm der gleiche Schwindel in Weimar gelungen, wo er 120 Mk. einsteckte.

Verammlungskalender

Freitag, 13. Januar 1928.

Bund sog. Freidenker, Ortsgruppe Grohshofer, Lindengarten, 20 Uhr.

SPD-Ortsverein Markranstädt, Volkshaus, 20 Uhr.

Sonnabend, 14. Januar 1928.

Bund sog. Freidenker, Ortsgruppe Eutritsch, Generalversammlung, Heizungsmonteur und Helfer, Volkshaus, 20 Uhr.

© Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Feddampfte Hammelkeule 1.25 Kasseler Rippensteak mit 8 Ankohl 1.20 — Morgen: Schlachttrost Saurbraten mit Klößen 1.10

Jetzt auch Damen-Konfektion
Eröffnung Morgen!
Leipziger Textil-Gesellschaft m. b. H.



Leipziger Textil-Gesellschaft m. b. H.
BRÜHL 21

Mitri

Von Franz Hessel.

Die Kommerzienrätin hatte sich nun doch entschlossen, zwei Vorderzimmer zu vermieten, oder, wie sie es ausdrückte, „abzugeben“.

Die materiellen Vorteile eines solchen Verfahrens betonte sie nicht gern, wies lieber darauf hin, daß es neuerdings sozial einbruchsabwehrend gebe.

Die Rätin wählte nach langem Zaudern unter ihren Mietkandidaten einen jungen Ausländer, der durch den Attache einer Gesandtschaft empfohlen war.

Es war Frühling, als Mitri einzog, und die Rätin freute sich in ihrem Salon, daß der junge Mieter nebenan in seinen Zimmern schon Morgenlöhne hatte.

Im Juni war Mitri ein paar Tage krank; da ließ die Rätin es sich nicht nehmen, ihn persönlich zu pflegen.

Als im Hochsommer die Rätin in das kleine thüringische Bad reiste, das für ihre Gesundheit ebenso förderlich und dabei bedeutend billiger war als Kitzingen oder Marienbad,

Nach den üblichen fünf Wochen Kur kam die Rätin heim, und ihre erste Frage an Marie betraf Mitri.

„Der hat sich sehr geändert, seit Frau Rätin fort sind. Alle paar Tage gibt er eine große Tee- oder Abendgesellschaft.“

„Kam hatte sich diese vom ersten Schreden erholt, ein wenig Toilette gemacht und an den Kaffeetisch gesetzt.“

„Aber ich war doch nicht länger fort als sonst.“

„Frau Kommerzienrat, ich habe ein Auge zugeknippt, als Sie einen Untermieter genommen haben, obgleich mir als dem Hauswirt das Recht zusteht, Einspruch dagegen zu erheben.“

„Aber ich selbst konnte sie nicht beruhigen.“

die Hand, und ehe sie noch dazu kam, ihm Vorstellungen zu machen, begann er sein Herz auszuschütten.

Während hatten ihn die Seinen im Stich gelassen, seine bevorstehende Eheschließung mit einer reichen griechischen Neederstochter war durch neue balkanische Unruhen und Familienintrigen hintertrieben worden.

Er fand so reizende Wendungen, noch dazu in seinem ruhigen Deutsch mit den wohlklingendsten Konsonanten, daß die Rätin ganz hingerissen war und, statt ihm ins Gewissen zu reden, in die Schublade des Nachtschiffes langte und ihm daraus einen Schlüssel reichte.

Er schloß von so viel Erregungen schlief die Rätin tief ein. Aber noch vor Tagesanbruch wachte sie mit heftigen Herzklopfen aus wahren Fiebertäumen auf.

Am andern Morgen erschien in offener Wohnungstür, vor der die Portiersfrau saß, die Nachbarin, Frau Allen, krumm und auf die erschrockene Rätin zu deren Schwelle sie noch nie überschritten hatte.

„In höchster Bedenkenlage stand die Rätin ins Wohnzimmer ihres Mieters. Mitten auf dem Tisch lag unter dem Schlüsselpaar ein Stück Papier, darauf stand: „Tausend Dank und Liebeswort!“

Die Rätin hingegen grünte sich mehr um Mitri als um das eingekippte Geld. Es wird demnach eine ältere Rätin zu ihr ziehen, die ihre Wohnung aufgibt.

Kleine Chronik

Die Internationale Presseausstellung in Köln. Die „Wesla“ ist die erste internationale Schau in Deutschland nach dem Kriege.

Ein Vestinghaus in Rom. Nächstes Jahr, 22. Januar 1929, feiert das Vestinghaus seinen 200. Geburtstag.

Thomas Hardy, ein berühmter englischer Roman- und Erzählerschreiber der viktorianischen Zeit, ist im hohen Alter von 87 Jahren gestorben.

Evangelisches Licht und Leben. Es ist zwar ein unumstößlicher Glaubenssatz der christlichen Kirche, daß die Ordnung der Welt von göttlicher Herkunft sei und demzufolge mit allen ihren Auswirkungen und Erscheinungen vom gläubigen Menschen gebührend getragen werden müsse.

Die dauernde Geldknappheit als Mittel zur Säuglingspflege ist wirklich eine Idee, die sich sehen lassen kann.

Filmchau

Douglas Fairbanks ist von den Piratenschiffen auf das feste Land gegangen und fordert als Gaius (sprich: Ga-ut-cho) auch hier unsere Bewunderung heraus.

Daß der Film Königin Luise künstlerische und künstlerische Vorzüge hat, bleibt unerschütterlich gegenüber der Tatsache, daß er im 10. Jahre der Republik die unter der Kaiserherrschaft beliebte Art der Geschichtsbildung wieder aufleben läßt.

oder moralische Größe, dazu ehrlos, denn er hielt dem Volke gegenüber kein Königswort nicht. Die alte Gräfin Hof bewährte sich als Kuppelmutter mit allen Gattinnen. Und Luise selbst? Reichthum, Privot, durchaus nicht gattener, kriegerischer, eine gute Schauspielerin, die dem Volke gegenüber die leidende Frau mitleid, während sie zur selben Zeit als gottgefällige Königin lebte. (Ullrich, S. 104.)

Wie einen spannenden Schmelzer nimmt man Die Bankräuber von Alaska hin, sechs Akte, die von dem verantwortungsvollen Dienste des Orchesterleiters in den kleinen Städtchen welferener Goldgräberbezirke erzählen. Und wenn danach Pat und Patachon auf dem Pulverfasse sitzen, läßt man sich gern das Zwerchfell erschüttern. Eine ganze Serie ihrer tollpatschigen Streiche findet den Abschluß in der Verlobung einer Beschämterbande. Wie immer, ein netter Spaß, der niemand wehthut. (Stafa.) Hl.

Der Kammerdiener mit dem Schmuckkästchen

Die Propaganda gegen einen Uebelstand, welcher der Vergangenheit angehört, kann sehr wohl aktuell sein, solange die Gegenwart ähnliche Uebelstände kennt.

Die Aktualität jener berühmten Szene im zweiten Akt von Shakespeares „Kobold und Liebe“ ist also erwiesen. Aber damals verkehrte sich die Landespolitik nach ihre beklagenswerten Kindern?

Nämlich jener alte Kammerdiener, der auch ein paar Söhne darunter“ hatte, ist bei Frank zu dem Geheimfreier Wiberit geworden, der auch ein paar Brüder darunter“ hat.

Der allzu naiven Ausbeutermethode hat Friedrich II. von Preußen seinen Hohn, den Viehhalt, entgegengehalten. Das berechtigt aber den guten Bruno Frank noch nicht so ganz, als deus ex machina oder rettenden Engel einen preußischen Offizier erscheinen zu lassen.

Es ist etwas übertrieben, wenn unser Wiberit aufsteht und sagt, er könne niemandes Diener mehr sein und wolle nun mit seinen beiden Brüdern wirklich nach Amerika, das inzwischen seine Unabhängigkeit erklärt hat.

Die schönste Stelle im ganzen Stück ist Wiberits Antwort an den preußischen Obersten, der ihm sagt, er sei aber doch ein Landesverräter. Da fährt er ihm entgegen: „Ja, von ganzem Herzen!“

Das Gestrige dieses Stückes läßt sich am besten im Zusammenhange mit der Aufführung des Alten Theaters betrachten. Nicht als ob dieser von Schönland betretenen besondere Vorwürfe zu machen wären. Nein, die Darsteller können gar nicht anders als „spielen“, literarische Reminiscenzen, historisches Theater: Luise Millerin frei nach Schiller, wenn auch ohne Luise. Dafür mit dem Herzog, welcher aus etwa 75 Prozent Raib und 25 Prozent Präsident bestehend, von Dppen als feudaler Pierbengel mit Schwelmsäugelchen gut getroffen wurde.

Die Rätin wählte nach langem Zaudern unter ihren Mietkandidaten einen jungen Ausländer, der durch den Attache einer Gesandtschaft empfohlen war. Der sympathische Herr war Bulgare, das heißt eigentlich geborener Rumäne, erst seit den Balkankriegen Bulgare. Im Aussehen hatte er etwas Türkisches; seine Eltern hatten übrigens auch noch die türkische Oberherrschaft erlebt. Seinen schwermütigen Namen reduzierte die Rätin auf die Koseform Mitri, wenn sie von ihm in ihrer bald munteren, bald bestimmerten, immer sehr lebhaften Art zu erzählen pflegte. Sie hatte nun einmal den hohen Blutdruck, wie die Aerzte ihr stets versicherten, und es war ein Wunder, daß sie die letzte Operation in den Wechseljahren nach dem Tode des Gatten gut überstanden hatte.

Marx, Stegerwald und das Beamtentum

III Berlin, 11. Januar.

Stegerwald hatte sich vor Beratung des neuen Beamtenselbstverwaltungsgesetzes in Berlin und in der Presse der öffentlichen Meinung über die Beamtenselbstverwaltung, die das Beamtentum teilweise als feindlich empfunden hat. Wie nun die Kasselerische Schulzeitung berichtet, hat der geschäftsführende Ausschuss des katholischen Lehrerverbandes des Deutschen Reiches in einem Schreiben an die Zeitung der Zentrumspartei, zu Händen des Reichsanwalters Marx, gegen das Verhalten Stegerwalds protestiert.

Auf dieses Schreiben hat Marx in seiner Eigenschaft als Parteileiter des Zentrums eine Antwort gegeben, in der es heißt:

„Wenn Sie eine Rundgebung der Reichsparteileitung anregen, so ist zu bemerken, daß in absehbarer Zeit eine Zusammenkunft des Reichsparteivorstandes nicht möglich sein wird. Sie werden ohne weiteres als selbstverständlich annehmen, daß ich selbst die durchaus unbegründeten und unanständigen Ausführungen von Herrn Dr. Stegerwald über die Beamten sehr bedauerlich und in seiner Weise für gerechtfertigt halte. Ich habe auch Herrn Dr. Stegerwald darüber keinen Augenblick im unklaren gelassen. ... Das ganze Vernehmen bleibt im höchsten Maße bedauerlich. Es wird Sache richtiger Überlegung sein, Maßnahmen zu treffen, um dauernden Schaden für das weitere einträgliche Zusammenwirken der verschiedenen Berufsstände abzuwenden. Ich möchte einweisen auch von jeder öffentlichen Rundgebung in dieser Richtung absehen. Ich würde von einer solchen nur eine Verschärfung der Gegenläufe befürchten.“

Vom „Aufstieg“ der SPD

SPD In Baden ist die kommunistische Partei in einem unaufrichtigen Niedergang begriffen. Der Tiefstand ist derart groß, daß man schon nicht mehr sagt, den Mitgliedern die genauen Zahlen über den Mitgliederstand anzugeben. Von ehemals fünfzigtausend Mitgliedern im Bezirk Baden sollen nur noch 800 bis 1000 vorhanden sein, davon in Mannheim etwa 800. Der größte Teil dieser Mitglieder besteht aus jungen Leuten, die vom Frontkämpferbund übertraten. Ältere, gewerkschaftlich geknüpfte Mitglieder sind keine 10 Prozent vorhanden. Das Parteibüro für ganz Baden, die Arbeiter-Zeitung, hat noch etwa 2500 Abonnenten, davon in Mannheim etwa 1000. Nur infolge der hohen Zuschüsse aus Moskau kann sich das Blatt noch über Wasser halten. Natürlich sieht auch in Baden trotz der minimalen Mit-

gliederzahl die Spaltungsmacht in hohem Schwunge. Man wollte sogar Zeitungsträgerinnen, deren Männer im Verdacht der Opposition stehen, entlassen.

Im Landtag waren die Kommunisten nach der letzten Wahl mit vier Mann vertreten. Jetzt bestehen dort zwei kommunistische Gruppen.

Der Jungdo zum Trescow-Prozess

SPD Berlin, 12. Januar (Radio).

Der Jungdoische Orden veröffentlicht eine Erklärung zum Ausgang des Trescow-Prozesses. Darin heißt es u. a. in bezug auf Trescow selbst: „Wir, die wir über die Angelegenheit bis ins einzelne orientiert und unter Ausschluß der Öffentlichkeit vernommen worden sind, erklären, daß wir in seiner Lage genau so gehandelt hätten, wie er gehandelt hat. Für uns ist Haso v. Trescow vollkommen gerechtfertigt. Wir könnten ihn auch vor der Öffentlichkeit rechtfertigen, wenn wir offen reden dürften. Dies ist uns unmöglich, da das Gericht in Befürchtung einer möglichen Gefährdung der Landesinteressen die Verhandlungen im wesentlichen unter Ausschluß der Öffentlichkeit führte. Wir sind daher nicht in der Lage, mehr zu tun, als uns schweigend vor unseren Ordensbrüder zu stellen.“

Strafverurteilung Streichers

Das Disziplinargericht für nichtstaatliche Beamte, das beim Oberlandesgericht Nürnberg besteht, hat im Verfahren gegen den Hauptlehrer Streicher nach zweitägiger Verhandlung folgenden Urteil gefällt: Hauptlehrer Julius Streicher wird zur Strafverurteilung nach einem kleinen Teile und zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Begründung heißt es, daß Streicher im Herbst 1923 seine Schule zu halten, als völlischer Agitator tätig war. Außerdem nahm er am Hitler-Putsch in München teil. Ferner hat er seinen unmittelbaren Vorgesetzten in Nürnberg, Oberbürgermeister und Schulvorstand Dr. Luppe, gliblich beschimpft. Das Disziplinarverfahren hat sich über vier Jahre hingezogen.

Wie weiter aus Nürnberg berichtet wird, hat die Oberstaatsanwaltschaft gegen das Urteil Berufung beim Disziplinarhof des Verwaltungsgerichtshofes in München eingelegt. Die Einlegung der Berufung erfolgte, weil die Disziplinarämter beim Antrag des Oberstaatsanwalts, auf Diebstahlentlassung Streichers zu verzichten, nicht stattgegeben hat.

Rundfunkprogramm

Sonnabend, den 14. Januar. Unterhaltung und Belehrung. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.40 Uhr: Wetterbericht und Voraussage (Deutsch und Esperanto). Schachberichte und Wochensportmeldungen. 11.50-12.50 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Künstlerische Darbietungen für die Schule. Tanzmusik im Barockstil. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 16.30-18 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Junge. 18-18.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Dr. Heinrich Michaelis: Walter Scheffler, ein österreichischer Arbeiterdichter. Vorlesungen aus seinen Werken. 18.30 bis 18.45 Uhr: Rundfunkstunde. 18.45-19 Uhr: Walter Großmann vom Gewerkschaftsbund der Angestellten: „Aus der Praxis des Arbeitsrechts“. 19-19.30 Uhr: Vortrag: „Das junge Deutschland“. 3. Vortrag. Reichsjugendführer Newes Berlin: „Freizeitförderung der deutschen Jugend“. 19.30-20 Uhr: „Geschichte des Romans und der Novelle“. 18. Vortrag. Prof. Georg Witkowski von der Leipziger Universität: „Der naturalistische Roman“. 20 Uhr: Wettervorausage, Schachberichte und „Zellangabe“. 20.15 Uhr: Ringende Menschen: Mitwirkende: Ilse Stauff-Walmar (Registrierung), Prof. Robert Reich-Walmar (Wolke). 1. Einstellungs-musik. 2. a) Goethe: Wer nie sein Brot mit Tränen aß; b) Goethe: Iphigenie-Monolog mit Vargesell; c) Schubert: Der ewige Jude; d) Buch Job, Kapitel I, 11. bis 13. 3. Zwischenmusik. 4. a) Heibel: Hesperion an Bellarmin (2. Preis); b) Goethe: Wertheim, Brief vom 18. August; c) Kleiber: Nachtlied (Barthelme); Ilse Stauff-Walmar. 5. Zwischenmusik. 6. a) Schiller: Schlußlied; b) Klug: Die Frühlingfeier, Ilse Stauff-Walmar. 7. Schlußmusik. 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.15-24 Uhr: Heitere Abendunterhaltung. Mitwirkende: Priska Mich (Sopran), Emil Fischer (Bass), Fritz Stauffert (Tenor), Bernhard Bollmer (Registrierung), drei Pügel: Karl Fischer, sämtlich in Weimar. 1. a) Der verlebte Goldsch, aus der Operette „Gelsa“; b) O. Lang, du kleine Gelsa, aus der Operette „Gelsa“, Priska Mich, Karl Fischer. 2. a) Das Inerant; b) Das Täschchen, Bernhard Bollmer. 3. a) Schlußlied; b) Turandot, Fritz Stauffert, Karl Fischer. 4. a) Teufel vom Main; b) Seltene Geschichte, Emil Fischer, Karl Fischer. 5. a) Duett aus der Operette „Jägerliebe“; b) Schreib keine Briefe, Priska Mich, Fritz Stauffert, Karl Fischer. 6. a) Kind, komm ich mich; b) Geh, ich will nichts mehr von dir wissen, Priska Mich, Karl Fischer. 7. a) Das Stillesse; b) Kleine Anecdote, Bernhard Bollmer. 8. Präludium, Fritz Stauffert, Karl Fischer. 9. a) Der verlebte Goldsch; b) Es geht mir alle Tage besser, Emil Fischer, Karl Fischer. 10. Wehrmann-Schauer, Bollmer. 11. Zwei heitere Lieder, Fritz Stauffert, Karl Fischer. 12. Textlied aus „Dollarspielzeug“, Priska Mich, Emil Fischer, Fritz Stauffert, Karl Fischer.

Ämliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung. Einladung
zur Versammlung der Jagdgenossenschaft **Leipziger-Städtischer-Vogelwaid** am Montag, dem 30. Jan. d. J., 1/2 Uhr nachmittags im Gasthof Vogelwaid, Breitenstraße 9.
Tagesordnung: Neuwahl des Jagdvorstandes gemäß § 18 des Jagdgesetzes in Verbindung mit § 8 der Ausführungsverordnung zum Jagdgesetz vom 23. Juli 1925. L. R. 2753
Leipzig, den 11. Januar 1928
Das Solizeipräsidium.

Bekanntmachung. Einladung
zur Versammlung der Jagdgenossenschaft **Leipziger-Gohlis-Mücheln-Walden** am Dienstag, den 31. Januar d. J., 1/2 Uhr vorm. im Solizeipräsidium, Leipzig, Wackerstr. 3, Erdgeschoss, St. 317.
Tagesordnung: Neuwahl des Jagdvorstandes gemäß § 18 des Jagdgesetzes in Verbindung mit § 8 der Ausführungsverordnung zum Jagdgesetz vom 23. Juli 1925. L. R. 2758
Leipzig, den 11. Januar 1928
Das Solizeipräsidium.
Unter dem Vorbestande des Kuberswerthers Neubauer in Stahmeln, Hauptstraße 8, ist die Rinde festgesetzt worden.
Leipzig, am 12. Januar 1928.
Die Wirtschaftsmannschaft.

Freirelig. Gemeinde Leipzig
Sonnabend, den 14. Januar, 18 Uhr, im Volkshaus, großer Saal.
Winter-Sonnenwendfest
Zusammenkunft des Kinderchores und der Theaterstrolche, Dienstag, 17. Jan., 18 Uhr, im Volkshaus, 1. Etage.
Von der Reise zurück
F. W. J. Müller
Naturheilverfahren, Kinstancieeinrichtung, Tel. 40844 Elisabethallee 5. Tel. 40844

Liquidations-Ausverkauf

Grimmischer Steinweg 8, I.
Um das noch reichlich vorhandene Lager zu räumen, habe ich die Preise ohne Rücksicht auf Einkauf oder bisherigen Preis nochmals herabgesetzt!

Herren-Anzüge
Serien I II III IV
M. 20.- 30.- 35.- 45.- u. höher

Burche-Anzüge
Serie I II III IV
M. 15.- 24.- 29.- 35.- u. höher

Konfirmanten-Anzüge
Serie I II III IV
M. 12.- 16.- 20.- 25.- u. höher

Konfirmanten-Kleider
(weiß und schwarz), -Mäntel
M. 8.50 12.50 16.50 22.- und höher

Besonders herabgesetzt
Damen-Mäntel für Winter u. Übergang Mk. 5.-, 8.-, 12.-, 18.- und höher.

Damenkleider und Kostüme
Herrn - Ulster - Paletots
Covercoats - Uebergangs- und Gummi - Mäntel, Windjacken, Breecheshoen, Kinder- und Knaben-Anzüge

Paul Alfred Gärtner
Kaufmannsberater und Liquidator

Wenker Ausverkauf

Beginn Montag

Die angebotene vollständige Räumung aller Lager veranlaßt uns zu Preisherabsetzungen, die weit über das übliche Maß hinausgehen. Unsere sensationellen Preisangebote zeigen die nächste Anzeige.

Spezialhaus
Franz Eberl
Thomasgasse.

Tellzahlung



Damen
Mäntel ab 19.-
Kleider ab 12.-
Kostüme ab 22.-
Röcke, Blusen billigst
Kinder-Anzüge, Kleider, Mäntel
Gardinen — Teppiche
Riesen-Auswahl
bei
M. Baumgärtel
Königsplatz 9, I., neben Grupp-Museum.

Herrn
Mäntel ab 39.-
Ulster
Anzüge f. Straße, Sport u. Gesellschaft 39.-

Reformbetten
Holzbetten — Kinderbetten
Auflegematrizen
Ref.-Unterbetten — Stoppdecken
Bett- u. Chaiselongues
Teillzahl, ohne Anzahlung, sof. Lieferung
F. Enke, Elsterstraße 46, I. Stz.

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Mehrere tüchtige Zurichter
Bank- u. Maschinenarbeiter zu sofortigem Eintritt gesucht. Reisevergütung. Anfragen unter Angabe der bisherigen Arbeitsverhältnisse an
Adolf Zähringer
Rauchwarenzurichter und -Färberei
Staufen i. Brsg. (Bad. Schwarzwald).

Verkäufe

Speisefartoffeln und Speisemöhren
verkauft
Rich. Trotte, Markranstädter
Kaubere Scheidebör Straße 75.

Inventur-Ausverkauf

Um mit unseren reichhaltigen Lagern zu räumen, verkaufen wir enorm billig

Teppiche
Gardinen
Decken

Engel

Leipzig, Pragergäßchen 1-5
Ecke Petersstraße

Guter Kinderwagen preiswert zu verk. H. Baum, v. R. R. Hartmanns, Str. 3, pl.

Gehr. Nähmaschine aut. nähend * Meth, Frankfurter Str. 22.

Verkauf direkt an Private!

Hemdentuch Meter von 48 Pf. an
Linen 50
Stangenlöhnen 95
nur la Qualität
Für Händler und Wiederverkäufer, Hotels und Gastwirtschaften günstige Gelehenheitskäufe.
Eigener Fabrikbetrieb.
Spezialität: Wäsche und Schürzen.
Textil-Handelsgesellschaft m. b. H.
Johannisplatz 3, I., neb Sachsenhof kein Laden.

Blauenhang, gar rein
10. Dalbe u. 6. Porto
extra. Woll unmont.
Wirk. Dinterub.
mannsdorf 181 bei
Hegelheim in Sa.
Von Herrschaften
wenig getragene
Serr.-Garberobe
bid. zu vert. Witten.
Sorbingerstr. 12, v.
Ein- u. Verkaufsoesch.

Guteshaltene Maßanzüge
wie neu, lehrbill.
Aitmanns
Bardobrogschäft
Preußengasse 8, I
gegenüb. Althoff

Hallo! Kinderbetten
18 Mark
nur kurze Zeit!
Elsterstr. 46, I.

Ein Weg, der sich lohnt

und den Sie niemals bereuen. Führt bei Bedarf zu:
Bettstellen, Matrizen, Chaiselongues, Wollunterbetten, Stoppdecken, Inletts, Bettfedern, auch Reinigung, kompletter Schlafzimmer-Einrichtungen, Einzelschränken, Waschkommoden u. dgl. dorthin, wo viele tausend Kunden den Wert eines vorstelligen Einkaufes zu schätzen wußten, in das bestens bekannte

Betten-Spezial-Geschäft
Hauptgeschäft: Gerberstraße 56
2. Geschäft: Albertstraße 31
3. Geschäft: L. Schön, Schumannstr. 6
4. Geschäft: Lützner Straße 25
Auf Wunsch Zahlungsvereinbarung
Vorsicht! Auf Hausnummer und Firma Lipsa achten!

Sprechmaschinen
Anzahl. v. 5.- an
Wohrate v. 1.50 an
Schallplatte, 6. Mark.
Musik, Cubaraphon
Uferstr. 12, a. Zoo.

Kinderwagen
Kleinerwagen
Rumpfenwagen
Kinderhülle usw.
Teils. sof. mitnehm.
Güterstraße 46, I

Gute Reflektoren

in der
Leibniz-
Bibliothek
Strinat.

Gute Geschäfte

Diverses

Verleih

von Gesellschaften
aus
Baumgärtel
Königsplatz 9, I.